

III. Inoffizielle Gremien und Kooperationen

1. Kabinettsausschüsse

In typisch bayerischer Offenheit beschrieb der redegewandte Franz Josef Strauß sein Verhältnis zu Sitzungen im Allgemeinen: „Sitzung ogsetzt, highetzt, abghetzt, se higsetzt, se zsammgsetzt, ausanandergsetzt, d’Tagesordnung festgsetzt, wieder abgsetzt, ersetzt, Kommissionen eigsetzt, Kommissionen bsetzt, umbsetzt, gschätzt, nix gsagt, vertagt, z’letzt neu ogsetzt, vui san zsammakumma, nix is rauskumma, Sitzung umma.“¹ Ob die Kritik des bayerischen Urgesteins Strauß am Kommissions- und Ausschusswesen, die er lange nach seiner Amtszeit in der Großen Koalition äußerte, auch auf die Sitzungen der Regierung Kiesinger/Brandt hätte gemünzt sein können, bleibt zu zeigen.

Die Ausschüsse der Bundesregierung verdanken ihre Entstehung der Einsicht, dass das gesamte Kabinett als Beschlussorgan für bestimmte Fragenkomplexe zu groß und zu ineffizient ist. Interministerielle Ausschüsse gab es auf allen Ebenen der Ministerialbürokratie.² Die Ministerausschüsse auf Regierungsebene werden Kabinettsausschüsse genannt.³ Die Ausschüsse entwickelten sich zum wichtigen Instrument der notwendigen interministeriellen Abstimmung⁴ und etablierten in der Regierungspraxis zusätzliche dauerhafte Informations- und Koordinierungswege.⁵ Der Bildung der Ausschüsse lag der Gedanke zugrunde, das Kabinett als Mittelpunkt der Regierungsarbeit zu erhalten.⁶ Durch die *vorbereitende* und *vorbereitende* Tätigkeit der Ausschüsse sollten Kompetenzstreitigkeiten zwischen den einzelnen Ressorts beigelegt, die atmosphärischen Bedingungen der Kabinettsitzungen verbessert und die Entscheidungsfindung der Bundesregierung erleichtert werden.⁷

Ministerausschüsse waren „kleine Kabinette“, in die immer nur die Ressortchefs, die für das Sachgebiet des behandelten Themas zuständig waren, einbezogen wurden. Dem Bundeskanzler kam, entsprechend Art. 65 des GG, grundsätzlich in jedem Ausschuss der Vorsitz zu. Er konnte jedoch die Ausübung dieser Befugnis generell oder im Einzelfall dem stellvertretenden Vorsitzenden (dem federführenden Fachminister für den betreffenden Aufgabenbereich) überlassen.⁸ Kanzler Kiesinger nahm nur an den Zusammenkünften des Bundesverteidigungsrates und des Fi-

¹ So Franz Josef Strauß über den Verlauf von Sitzungen in der Bundeshauptstadt Bonn, ACSP, NL Strauß, dpa-Agenturmeldung im Juni 1988.

² Diese Ausschüsse sind vergleichbar mit den Ausschüssen von Bundestag und Bundesrat, vgl. Busse, Kabinettsausschüsse, S. 413.

³ Lepper, Rolle und Effektivität, S. 435; Groeben, Probleme der interministeriellen Koordination, S. 393. Die Begriffe Kabinettsausschuss, Regierungs- und Ministerausschuss werden synonym verwandt.

⁴ Morkel, Kabinettsausschüsse, S. 1.

⁵ Lepper, Rolle und Effektivität, S. 435.

⁶ Schöne, Reichskanzlei, S. 167f.

⁷ Knorr, Der parlamentarische Entscheidungsprozeß, S. 222.

⁸ Honnacker/Grimm, Geschäftsordnung, S. 68.

nanzkabinetts regelmäßig teil. In den anderen Ausschüssen ließ er sich vertreten.⁹ Die Besprechungen der Kabinettsausschüsse wurden, außer beim Bundesverteidigungsrat, von Fall zu Fall angesetzt.¹⁰ Die Bundesminister schlugen für die Ausschusssitzungen beim Chef des Bundeskanzleramtes Tagesordnungspunkte vor.¹¹

Weil die Ministerausschüsse vom Kabinett zu seiner Entlastung eingesetzte Hilfsorgane waren,¹² konnten sie sich mit den gleichen Angelegenheiten wie die Bundesregierung befassen. Der Unterschied bestand darin, dass sich die Ausschüsse nicht aus eigenem Recht mit den Aufgaben befassten, sondern diese vom Kabinett zugewiesen bekommen mussten.¹³ So sollten dann beispielsweise allgemein getroffene Entscheidungen konkretisiert oder ein Komplex, der für die Politik der Bundesregierung „von erheblicher Tragweite“ war, beraten werden.¹⁴

Ziel der Sitzungen der kleinen Kabinette war es, konkrete Festlegungen zu treffen, die daraufhin der Bundesregierung zur Bestätigung vorgelegt werden konnten.¹⁵ Jeder Vorschlag konnte im Kabinett korrigiert werden. Der Hauptzweck der Ausschüsse, die Bundesregierung zu entlasten, war allerdings nur zu erreichen, wenn die Empfehlungen in der Mehrzahl der Fälle ohne große Änderungen übernommen wurden. Dies traf zwischen 1966 und 1969 zu. Dadurch entschieden die Kabinettsausschüsse faktisch für die Bundesregierung¹⁶ und erlangten große Bedeutung.¹⁷

Die Ausschüsse wurden teilweise durch Kabinettsbeschluss, teilweise durch Vereinbarung der beteiligten Minister gebildet. Danach wurde darüber befunden, welche Mitglieder der Bundesregierung beteiligt wurden.¹⁸ Prinzipiell war jeder Bundesminister berechtigt, alle Sitzungen der Kabinettsausschüsse zu besuchen, auch wenn er dort nicht Mitglied war. Eine Ausnahme bildete der Bundesverteidigungsrat. An seinen Besprechungen konnten nur Mitglieder teilnehmen.¹⁹

⁹ Carstens, Politische Führung, S. 135. Die einzige Sitzung des Sozialkabinetts leitete er, ebenso die zweite beziehungsweise letzte des Agrarkabinetts.

¹⁰ Ref. III A/2 an Carstens, 8. 1. 1968, BACh, BKA, B 136/4802.

¹¹ Vgl. die Schreiben der Bundesminister an Knieper/Carstens in den Jahren 1967 bis 1969, BACh, BKA, B 136/4804. Die Geschäftsführung oblag dem Staatssekretär des Bundeskanzleramtes, vgl. § 21 der GOBReg.

¹² Rudzio, Regierung der informellen Gremien, S. 350.

¹³ Zu den Aufgaben des Kabinetts vgl. § 15 Abs. 1 der GOBReg. So bekam beispielsweise ein Ausschuss die Beantwortung des Stoph-Briefes übertragen: Im Verlauf der Diskussion im Kabinett wurde zwar beschlossen, prinzipiell Briefe aus Ostberlin anzunehmen, mit der Beantwortung sollte sich aber der Kabinettsausschuss für innerdeutsche Beziehungen befassen, vgl. Kurzprotokollauszug der 79. Kabinettsitzung am 17. 5. 1967, außerhalb der TO, BACh, BMF, B 126/51807.

¹⁴ So die Sitzungen der Konzierten Aktion, vgl. Kabinettsbeschluss vom 2. 10. 1968, BACh, BKA, B 136/7407.

¹⁵ Dies galt beispielsweise für die MifriFi-Sitzung am 6. 6. 1967, vgl. auch: Strauß an Kiesinger, 1. 6. 1967, BACh, BKA, B 136/7447.

¹⁶ Carstens, Politische Führung, S. 134f.; Morkel, Kabinettsausschüsse, S. 81; Schwarz, Bundesregierung, S. 71.

¹⁷ Honnacker/Grimm, Geschäftsordnung, S. 67.

¹⁸ Brandt an Kiesinger, 19. 1. 1968, AdsD, WBA, A7/16; Kurzprotokollauszug der 111. Kabinettsitzung am 31. 1. 1968, außerhalb der TO, BACh, BMF, B 126/51811.

¹⁹ Echler, Einfluß und Macht, S. 169; vgl. auch: Jahn an Brandt, 15. 12. 1967, AdsD, NL Jahn/1242; Interview des Verfassers mit Benda am 26. 4. 2006. Diese Regelung war nur

Es lassen sich permanente und außerplanmäßige Ausschüsse unterscheiden. Erstere umfassten größere Teilbereiche, während letztere einen festgelegten Aufgabenbereich hatten.²⁰ In der Zeit des 5. Deutschen Bundestages existierten vierzehn Kabinettsausschüsse,²¹ von denen während der Großen Koalition nur elf tätig wurden. Drei Ministerausschüsse aus der Zeit Erhards wurden von der Regierung Kiesinger/Brandt nicht aktiviert, bestanden allerdings nominell fort.²² Weitere Ausschüsse wurden angeregt, aber nicht verwirklicht.²³ Die elf aktiven Kabinettsausschüsse umfassen folgende Aufgabenbereiche:

Ministerieller Koordinierungsausschuss für Wirtschaftsfragen: Das „Wirtschaftskabinett“ besaß die längste Tradition unter den Kabinettsausschüssen. Die Bundesregierung hatte bereits im November 1949 die Errichtung eines wirtschaftspolitischen Ministergremiums beschlossen und auf Initiative von Konrad Adenauer eingerichtet.²⁴ In seiner ersten Besprechung wurde festgelegt, die finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen künftig von einem ministeriellen Koordinierungsausschuss lenken zu lassen.²⁵ Dieser wurde während der Großen Koalition Mitte Dezember 1966 und Ende Januar 1967 vom Kabinett bestätigt.²⁶

Im Wirtschaftskabinett wurde eine Fülle konjunkturpolitischer Maßnahmen erörtert.²⁷ Daneben billigte der Ausschuss das Verkehrspolitische Programm der Bundesregierung und erarbeitete in der Frage der Verkehrssteuer einen Kompromiss. Um Differenzen zwischen Franz Josef Strauß und Karl Schiller über gezielte Anpassungshilfen für die Wirtschaft beizulegen, kam der Koordinationsausschuss

aufgrund einer eigenen Geschäftsordnung möglich. Der früheren Praxis, sich aufgrund der teilweise sehr speziellen Themen durch Beamte vertreten zu lassen, wurde unter Kiesinger nicht nachgekommen. War ein Minister verhindert, ließ er sich durch seinen Parlamentarischen oder beamteten Staatssekretär vertreten.

²⁰ Schmieg, Kabinettsausschüsse, S. 222.

²¹ Morkel, Kabinettsausschüsse, S. 4; Morkel zählte nur 13, da er von einem Ausschuss für die Finanzreform nichts wusste.

²² Hierzu zählten die Kabinettsausschüsse für Entwicklungshilfe, seit dem 20.7.1960, für Fragen des geheimen Nachrichtenwesens und für Sicherheit, seit dem 2.10.1963, und für Raumordnung, seit dem 1.4.1965, vgl. Morkel, Kabinettsausschüsse, S. 5 u. 89; so auch: Carstens, Politische Führung, S. 134.

²³ So ein Kabinettsausschuss für Raumordnung und ein weiterer für Kriegsfolgenregelung, vgl. Kurzprotokollauszug der 65. Kabinettsitzung am 8.2.1967, TOP 3, BAArch, BMF, B 126/51806; *Der Spiegel* machte sich am 8.7.1968, S. 22, über den schon in der letzten Wahlperiode geschaffenen Kabinettsausschuss für Raumordnungsfragen lustig, da er noch nicht getagt hatte.

²⁴ Sondersitzung des Kabinetts vom 20.3.1951, TOP 1, in: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 4, S. 261. Die erste Zusammenkunft war am 19.4.1951, vgl. Kahlenberg, Geleitwort, in: Kabinettsprotokolle. Kabinettsausschuß für Wirtschaft, Bd. 1, S. 7.

²⁵ Sondersitzung des Kabinetts am 26.3.1951, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 4, S. 261. Zur weiteren Vorgeschichte vgl. Kabinettsprotokolle. Kabinettsausschuß für Wirtschaft, Bd. 1, S. 13–32. Die Mitglieder aller Ausschüsse sind im Anhang aufgelistet.

²⁶ StenB BT, 5. WP, 80. Sitzung am 13.12.1966, S. 3661D; Vermerk zur 63. Kabinettsitzung am 26.1.1967, TOP 4, BAArch, BMF, B 126/51806.

²⁷ Beispielsweise am 22./23.6.1967, vgl. Schillers Bericht in der SPD-Präsidiumssitzung am 23.6.1967, Protokoll, AdSD, SPD-PV. Alle genannten Themen dienen als Beispiel und sind nicht exklusiv zu verstehen. Eine detaillierte Auflistung ist erst nach Offenlegung der Protokolle möglich.

ebenfalls zusammen.²⁸ Unter Vorsitz des Bundeskanzlers beschloss er außerdem Maßnahmen zur Stabilisierung des Devisenmarktes und zur Sicherung der Preisstabilität, die einen Tag darauf vom Gesamtkabinett bestätigt wurden.²⁹ Dazu beschäftigten sich die Mitglieder mit Fragen des innerdeutschen Handels.³⁰

Kabinettsausschuss für das Sozialbudget und für ein soziales Strukturprogramm: Ein „Sozialkabinett“ existierte bereits zwischen 1955 und 1960.³¹ Danach wurde ein entsprechender Kabinettsausschuss für sozialpolitische Fragen erst wieder in der Zeit der Großen Koalition eingerichtet, per Beschluss der Bundesregierung von Anfang September 1968.³² Er konstituierte sich am 9. Oktober 1968 im Anschluss an die Sitzung des Bundeskabinetts und trat dann nicht wieder zusammen. Es wurde unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers vereinbart, einen Arbeitsplan für die soziale Alterssicherung über das Jahr 1971 hinaus aufzustellen.³³

Als Ergebnis der Arbeit des Ausschusses wurde zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik am 1. Januar 1969 ein Sozialbudget³⁴ vorgelegt. Es bildete die Grundlage für mehrjährige Planungen und politische Entscheidungen im sozialen Bereich.³⁵ Daneben sollten sich die Mitglieder insbesondere, soweit erforderlich, mit Problemen einer Lohnfortzahlung für kranke Arbeiter, mit der Krankenversicherung und mit dem Familienlastenausgleich befassen.³⁶ Der Ausschuss war notwendig geworden, um erhebliche Schwierigkeiten der Ressorts zu überwinden. Das Kabinett folgte den Empfehlungen, die er in seiner einzigen Sitzung gemacht hatte.³⁷

Bundesverteidigungsrat: Der Regierungsausschuss Bundesverteidigungsrat existierte auf Beschluss des Kabinetts seit Oktober 1955 und besaß als einziger eine Geschäftsordnung. Adenauer setzte seine Einrichtung auf die Tagesordnung, um die Landesverteidigung und den deutschen Beitrag zur NATO besser koordinieren zu können.³⁸ In der Geschäftsordnung des Gremiums wurde geregelt, dass

²⁸ Für den 19.9. u. 4.11.1968 vgl. Zeittafel 1966–1969 Bundeskanzler Dr. h. c. Kiesinger, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-320.

²⁹ Am 13.5.1969, vgl. Kurzprotokoll der 166. Kabinettsitzung am 14.5.1969, TOP 6, BArch, BMF, B 126/51818.

³⁰ Einzel-Information Nr. 959/67 vom 27.10.1967, BStU, HV A/229.

³¹ Kabinettsprotokolle. Ministerausschuß für die Sozialreform.

³² Kahlenberg, Geleitwort, in: Kabinettsprotokolle. Ministerausschuß für die Sozialreform, S. 7; Morkel, Kabinettsausschüsse, S. 88.

³³ *Bulletin* Nr. 129 vom 11.10.1968, S. 1118; die Unterlagen zur Alterssicherung befinden sich in: BArch, BKA, B 136/4802 u. 7407.

³⁴ Hockerts, Rahmenbedingungen, S. 40f.

³⁵ Kiesinger im Jahresbericht der Bundesregierung 1968, S. 5; Kleinmann, Geschichte der CDU, S. 302.

³⁶ Arbeitsplan des Sozialkabinetts vom 27.9.1968, BArch, BKA, B 136/4802.

³⁷ Müller, Sozialpolitik, S. 103.

³⁸ Kabinettsitzung am 6.10.1955, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 8, S. 552f. Per Kabinettsbeschluss der Sondersitzung am 11.10.1955 konstituierte der Bundesverteidigungsrat sich am 21.10.1955, Kabinettsprotokolle, Bd. 8, S. 568. Zu Beginn der sozialliberalen Koalition wurde er in Bundessicherheitsrat umbenannt.

seine Aufgabe die Beratung von jeglichen Fragen der Verteidigung sei.³⁹ Der Bundesverteidigungsrat wurde ermächtigt, endgültige Entscheidungen zu treffen, soweit nicht nach dem Grundgesetz oder einem Bundesgesetz ein Beschluss des Kabinetts erforderlich war.

Das während des 4. und 5. Deutschen Bundestages existierende Bundesministerium für Angelegenheiten des Bundesverteidigungsrates unter Minister Heinrich Krone wurde im Januar 1967 aufgelöst, seine Aufgaben wurden in das Bundeskanzleramt eingegliedert.⁴⁰ Per Kabinettsbeschluss vom selben Monat bestand der Bundesverteidigungsrat als Kabinettsausschuss der schwarz-roten Koalition fort.⁴¹

Die Sitzungen wurden seit 1965 bei Jahresbeginn für das ganze Kalenderjahr im Voraus festgelegt. Dadurch sollte gewährleistet sein, dass die Minister persönlich teilnehmen konnten und dass den Ressorts genug Zeit für die langfristige Planung der zur Beratung anstehenden Probleme blieb. Darüber hinaus konnte es zusätzliche Treffen aus besonderem Anlass geben. Als regelmäßiger Besprechungstermin wurde jeder erste Donnerstagvormittag im Monat eingeplant.⁴²

Das „Verteidigungskabinet“⁴³ bereitete Konferenzen der NATO-Verteidigungsminister vor und befasste sich mehrmals mit der Frage der Unterzeichnung des Nichtverbreitungsvertrages für Atomwaffen.⁴⁴ Seine Haltung zu diesem wichtigen Vertrag wurde später im Kabinet gebilligt.⁴⁵ Als Truppen des Warschauer Paktes in die ČSSR einmarschierten, kamen die Ratsmitglieder am 27. August 1968 zusammen, um über die Situation zu beraten.⁴⁶ Der Teil der Notstandsgesetze, der Bundeswehr und Verteidigung betraf, wurde in mehreren Sitzungen diskutiert.⁴⁷ Die damit im Zusammenhang stehenden „Schubladengesetze“ wurden per Beschluss des Bundesverteidigungsrates „eliminiert“.⁴⁸

³⁹ § 1 Abs. 2 der GO des BVR.

⁴⁰ Kiesinger an alle Bundesminister, 6.1.1967, BArch, BKA, B 136/4099. Obwohl Krone schon des Längeren auf eine große Koalition hingearbeitet hatte, wurde diese ohne ihn gebildet. Sein Ministerium war das einzige, welches nicht wieder besetzt wurde; daneben wurde noch die Stelle eines Bundesministers für besondere Aufgaben/Chef des Bundeskanzleramtes nicht wieder besetzt, dieser war aber keinem Ministerium vorgestanden.

⁴¹ Vermerk zur 63. Kabinettsitzung am 26. 1. 1967, TOP 4, BArch, BMF, B 126/51806.

⁴² Ref. III A/7 an Knieper, 17. 3. 1967; Vermerk des Ref. III A/2 für Carstens vom 8. 1. 1968; Vermerk des Ref. III A/2 für Carstens vom 9. 12. 1968 u. Vermerk des Ref. III A/2 für Abtl. II vom 13. 4. 1970, BArch, BKA, B 136/4802.

⁴³ Rausch, Parlament und Regierung, S. 237f.

⁴⁴ Für den 12. 10. 1967 vgl. Zeittafel 1966–1969 Bundeskanzler Dr. h. c. Kiesinger, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-320; für 22. 1. u. 14. 3. 1968 vgl. ACSP, NL Strauß, BMF/568.

⁴⁵ Carstens, Politische Führung, S. 135.

⁴⁶ Handschriftliche Notizen Brandts vom 27. 8. 1968, AdsD, WBA, A7/18; Maizière, In der Pflicht, S. 300. Am 21. 8. 1968 erfolgte der gewaltsame Einmarsch in die Tschechoslowakei, um den dortigen Reformkommunismus niederzuschlagen, vgl. dazu: Schwarz, Regierung Kiesinger, S. 159–186.

⁴⁷ Sprechzettel für die Sitzung des BVR am 28. 9. 1967, ACDP, NL Lücke, 01-077-112/5; Vermerk für die BVR-Sitzungen am 10. u. 5. 12. 1968, BArch, BKA, B136/5074; Vermerke des Ref. III A/2 vom 12. u. 13. 3. 1968, BArch, BKA, B 136/3821.

⁴⁸ Vermerk Gumbels vom 10. 10. 1967, BArch Hangelar, BMI, B 106/202827. Die Schubladengesetze waren Ausführungsgesetze zu dem im August 1965 verabschiedeten Sicherstellungsgesetz, das die Maßnahmen im Falle eines Notstands regelte.

Kabinettsausschuss für wissenschaftliche Forschung: Der Kabinettsausschuss für wissenschaftliche Forschung, Bildung und Ausbildungsförderung wurde durch Beschluss des Kabinetts im April 1965 ins Leben gerufen.⁴⁹ Ein erneute Entscheidung reanimierte den Ausschuss Ende Januar 1967.⁵⁰ Im „Wissenschaftskabinett“ schlug Carlo Schmid beispielsweise vor, Erziehungsinstitutionen auf Bundesebene außerhalb der Zuständigkeit der Länder zu schaffen. Schmid sprach von „Grandes Écoles“, die sich in Frankreich sehr bewährt hätten. Der Vorschlag wurde mit Wohlwollen aufgenommen. Allerdings wurden gleichzeitig Schwierigkeiten für die Verwirklichung gesehen. Im Juli 1967 ging es um Weltraumprojekte.⁵¹ Der Ausschuss forderte in dieser Sitzung ferner das Bundesinnenministerium auf, einen Bericht über Ausbildungseinrichtungen im öffentlichen Dienst zu erstellen. Eine entsprechende Kabinettsvorlage wurde an den Ausschuss überwiesen.⁵² Um eine „Akademie für öffentliche Verwaltung“ ging es in einer Ausschusssitzung im Oktober 1968. Bei dieser Akademie sollte es sich um das Kernstück eines Fortbildungssystems handeln, das die Ausbildung auf die Bedürfnisse der öffentlichen Verwaltung zuschnitt.⁵³

Kabinettsausschuss für mehrjährige Finanzplanung: Die mehrjährige oder Mittelfristige Finanzplanung war ein Kind der Großen Koalition. Mit der MifriFi unternahm es zum ersten Mal eine Bundesregierung, wirtschaftspolitische-, finanzpolitische- und allgemeinpolitische Interessen mittels globaler Steuerung zu vereinbaren.⁵⁴ Der Ausschuss der Bundesregierung für die mehrjährige Finanzplanung wurde Ende Januar 1967 eingesetzt⁵⁵ und trat im April 1967 zu seiner ersten Sitzung zusammen.⁵⁶ Kiesinger besaß nicht nur nominell den Vorsitz, sondern nahm ihn tatsächlich wahr.⁵⁷ Das Gremium hatte eine doppelte Aufgabe: Einmal sollte es die Grundlagen einer mehrjährigen Finanzplanung des Bundes bis 1971 erstellen.⁵⁸ Zum anderen war ein Sofortprogramm notwendig, um den Bundeshaushalt 1967 auszugleichen.⁵⁹

⁴⁹ *Die Welt* vom 2. 4. 1965, S. 1f., u. vom 2. 2. 1966, S. 1f.

⁵⁰ Vermerk zur 63. Kabinettsitzung am 26. 1. 1967, TOP 4, BArch, BMF, B 126/51806. Die Fortexistenz des Ausschusses in der Großen Koalition war nur eine Formalität, vgl. Ref. I/3 an den Hoppstedt-Wirtschaftsverlag, 14. 12. 1966, BArch, BKA, B 136/4804. Der Kreis der ständigen Mitglieder war durch die Große Koalition um den Bundesaußen- und Gesundheitsminister erweitert worden. Ferner durfte der Bundespressechef teilnehmen, vgl. Ref. I/3, 16. 2. 1967, BArch, BKA, B 136/4804.

⁵¹ Manuskript Tagebuch Osterheld. Zeit der Großen Koalition, Eintragung vom 18. 7. 1967, S. 136, ACDP, NL Osterheld, 01-724.

⁵² Vermerk des Planungsstabs vom 30. 9. 1968, BArch, BKA, B 136/5143.

⁵³ Vermerk des Ref. I/3 für Kiesinger vom 5. 11. 1968, BArch, BKA, B 136/5143.

⁵⁴ Handschriftliche Notizen Brandts für die Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion am 7. 7. 1967, in: Brandt, Demokratie, S. 132f.

⁵⁵ Vermerk zur 63. Kabinettsitzung am 26. 1. 1967, TOP 4, BArch, BMF, B 126/51806.

⁵⁶ StenB BT, 5. WP, 80. Sitzung am 13. 12. 1966, S. 3661D.

⁵⁷ Rede Kiesingers am 23. 5. 1967 auf dem 15. Bundesparteitag der CDU, Niederschrift, S. 117.

⁵⁸ Strauß an Carstens, 28. 6. 1967, BArch, NL Carstens, N 1337/661.

⁵⁹ Schmoeckel/Kaiser, Die vergessene Regierung, S. 318f.

In diesem Ausschuss wurde die MifriFi maßgeblich vorbereitet.⁶⁰ Wenn danach noch mehrmals im Kabinett darüber diskutiert wurde, so wäre ohne die Vorarbeit im Kabinettsausschuss eine tragfähige Entscheidung kaum erreichbar gewesen, urteilte Carstens.⁶¹ Auch bezüglich der Entwicklung von Finanzhilfen des Bundes und der Steuerbegünstigungen für die Jahre 1966 bis 1968 war Kiesinger der Meinung, dass der Regierungsausschuss für mehrjährige Finanzplanung darüber beraten müsse.⁶² Das „Finanzkabinett“ sollte im August 1968 seine Beratungen wieder aufnehmen, um den Haushaltsplanentwurf für das folgende Jahr vorzubereiten. Im Anschluss daran war vorgesehen, dass sich das Gesamtkabinett mit den Vorschlägen des Finanzausschusses befasste.⁶³

Kabinettsausschuss für die Finanzreform: Das Bundeskabinett bildete Anfang Februar 1967 einen Ausschuss, der die Beratungen der Bundesregierung mit den Ländern über die Finanzreform vorbereiten sollte. Der Ausschuss nahm einige Tage später seine Arbeit auf.⁶⁴ Für Ende April 1967 war eine weitere Sitzung des Kabinettsausschusses für die Finanzreform geplant.⁶⁵ Ein Treffen wurde Mitte Mai 1967 abgehalten. Dabei wurde beschlossen, offene Streitpunkte, in denen keine Einigung erzielt werden konnte, dem Kabinett zu überlassen.⁶⁶

Kabinettsausschuss für innerdeutsche Beziehungen: Der Ausschuss für innerdeutsche Beziehungen wurde nach Kabinettsbeschluss Anfang Februar 1967⁶⁷ Ende Juli 1967 auf Wunsch Herbert Wehners eingerichtet. Dieser sollte den bisher bestehenden Kontaktausschuss auf Staatssekretärebene ersetzen. Er sollte schnell zusammentreten, weil die Fragen des innerdeutschen Handels keinen Aufschub dulden würden.⁶⁸ Der Ausschuss sollte gewährleisten, dass die Bundesregierung

⁶⁰ Dies zeigt deutlich ein Schreiben Schillers an Strauß vom 11.10.67, BArch, BMBR, B 144/1343. Die Sitzungen fanden statt am: 20. 4. 1967, 6. 6. 1967, 22. 6. 1967 (es wurde volle Übereinstimmung erreicht), 23. 6. 1967 (abschließende Sitzung für die erste MifriFi bis 1971), 27. 5. 1968, 11./12. 6. 1968, 19. 6. 1968 (zweite MifriFi bis 1972), 22. 8. 1968 (Abschlussitzung), vgl. Zeittafel 1966–1969 Bundeskanzler Dr. h. c. Kiesinger, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-320; Schiller an Kiesinger, 29. 6. 1968, BArch, BMV, B 108/10052.

⁶¹ Carstens, Politische Führung, S. 135.

⁶² Kurzprotokollauszug der 106. Kabinettsitzung am 13.12.1967, TOP 5, BArch, BMF, B 126/51754.

⁶³ Schmid an alle sozialdemokratischen Bundesminister sowie Schreiben Schmidt/Möllers vom 16. 7. 1968, AdSD, NL Schmid/1364.

⁶⁴ Länder-Spiegel vom Februar 1967, S. 6; Sitzung der Kabinettskommission für die Finanzreform am 9. 2. 1967, BArch, BMI, B 106/81203; die Bezeichnung „Kabinettsausschuss“ ging einher mit „Kabinettskommission“, der Sache nach handelte es sich um einen Ausschuss des Kabinetts; zur Finanzreform vgl. Kap. IV.3.

⁶⁵ Entwurf von Strauß an Lücke/Stoltenberg/Niederalt/Pohle vom [14. u. 19.]. 4. 1967, BArch, BMF, B 126/24557.

⁶⁶ Vermerk des Ref. I A 1 für Lücke vom 18. 5. 1967, BArch, BMI, B 106/81203.

⁶⁷ Kurzprotokollauszug der 65. Kabinettsitzung am 8. 2. 1967, TOP 3, BArch, BMF, B 126/51806.

⁶⁸ Wehner an Kiesinger, 5. 2. 1967, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-286. Der Name des Ausschusses, der interessanterweise nicht „Kabinettsausschuss für gesamtdeutsche Fragen“ hieß – und somit die Namensänderung des Bundesministeriums in der ersten sozialliberalen Koalition vorwegnahm – ging auf Wehner zurück, der sich aber nicht auf den Namen versteifte, er sei nur ein „Arbeitsstiel“.

ihre Geschäfte in gesamtdeutschen Fragen einheitlich führte. Außerdem sollte er alle Möglichkeiten prüfen, wie die innerdeutschen Beziehungen aktiviert werden konnten.⁶⁹

Nachdem das Kabinett beschlossen hatte, Briefe aus Ostberlin prinzipiell anzunehmen, übertrug es die Verantwortung für den „Gesamtkomplex der Briefe und ihrer Beantwortung“ an den Ausschuss.⁷⁰ Anfang September 1967 wurde das Gremium zu Fragen der innerdeutschen Sportbeziehungen und Mitte Dezember 1967 wegen eines Briefes des „Zonenpostministers“ einberufen.⁷¹ In einer Sitzung Ende Februar 1968 beschloss das Kabinett das „schnellstmögliche Zusammenreten“ des Ausschusses, der die Entwicklung des Interzonenhandels, den Zeitungs- und den Gefangenenaustausch behandeln sollte.⁷² Mitte Mai 1968 standen auf der Tagesordnung der Interzonenhandel, Ausgleichszahlungen „Post“ sowie „Eisenbahn“, Beförderungssteuer, Familienzusammenführung und Unterhaltszahlungen bei getrenntlebenden Familien.⁷³

Kabinettsausschuss für das Agrarprogramm: Das „Agrarkabinett“ wurde durch Kabinettsbeschluss vom Juni 1968 eingesetzt.⁷⁴ Die konstituierende Sitzung des Ausschusses für das Agrarprogramm fand Mitte November 1968 statt. Der Landwirtschaftsminister wurde darin beauftragt, für das nächste Treffen Gesamtvorschläge zu dem Einzelplan seines Ministeriums zu unterbreiten, der sich für die Jahre 1969 bis 1972 im Rahmen der MifriFi halten sollte und die optimale Durchführung des Agrarprogramms zu sichern hatte.⁷⁵

Sowohl die erste als auch die zweite Sitzung im Dezember 1968 leitete auf Wunsch des zuständigen Bundesministers Hermann Höcherl der Kanzler. In der zweiten Besprechung wurde der wichtige Punkt „Altersgeld für Landwirte“ abschließend behandelt,⁷⁶ und zwar mit der „überraschenden“ Erhöhung der Alterskassenbeiträge.⁷⁷

⁶⁹ Behrendt, Bundeskanzleramt, S. 55. Der Ausschuss soll nicht sehr erfolgreich gewesen sein, vgl. Meyer, Wehner, S. 305, der jedoch den Nachweis schuldig bleibt.

⁷⁰ Kurzprotokollauszug der 79. Kabinettsitzung am 17.5.1967, außerhalb der TO, BArch, BMF, B 126/51807.

⁷¹ Zeittafel 1966–1969 Bundeskanzler Dr. h. c. Kiesinger, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-320.

⁷² Vermerk von Carstens für Abtl. I vom 29.2.1968, BArch, BKA, B 136/3751.

⁷³ Entwurf einer Einladung von Carstens für Kiesinger im April 1968, BArch, BKA, B 136/3751.

⁷⁴ Morkel, Kabinettsausschüsse, S. 89.

⁷⁵ Jahresbericht der Bundesregierung 1968, S. 264–265; *Bulletin* Nr. 148 vom 22.11.1968, S. 1301. Die Vorbereitungen der konstituierenden Sitzung waren bis zum 25.10.1968 abgeschlossen, erst danach konnte diese Sitzung stattfinden, vgl. Höcherl an Kiesinger, 25.10.1968, BArch, NL Höcherl, N 1407/217; zur Durchführung vgl. Höcherl an Carstens, 7.11.1968, BArch, BKA, B 136/4806. Für weitere Themen vgl. Vermerk für Abtl. III vom 10.10.1968, ebd.

⁷⁶ Höcherl an Kiesinger, 4.12.1968, BArch, NL Höcherl, N 1407/217.

⁷⁷ Gesamtverband der landwirtschaftlichen Alterskassen an Kiesinger vom 12.12.1968, BArch, BKA, B 136/4806; zu den Unmutsäußerungen der beiden Fraktionsvorsitzenden vgl. Vermerk mit Betr.: Koalitionsgespräch am 10.12.1968, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-010.

Kabinettsausschuss für die Reform der Bundesregierung: Der Ministerausschuss für die Reform der Struktur der Bundesregierung und Bundesverwaltung war wie das Finanzkabinett eine Einrichtung der CDU/CSU-SPD-Koalition. Er wurde per Kabinettsbeschluss vom September 1968 eingesetzt.⁷⁸ Der Ausschuss ging auf Initiative und Drängen der SPD zurück. In ihr hatte sich eine Arbeitsgruppe unter Leitung Horst Ehmkes seit Längerem mit der Reorganisation der Bundesregierung befasst.⁷⁹ Kiesinger hatte bei seinem Regierungsantritt wiederholt betont, dass eine Reform der Bundesverwaltung geboten sei.⁸⁰ Im Vordergrund stand das Problem der Kabinettsreform. Dabei ging es insbesondere um die Frage der Stellung des Kabinetts und die Frage der Schaffung eines kleineren Entscheidungsgremiums.⁸¹

Es war bereits zu Beginn absehbar, dass die Vorschläge des „Reformkabinetts“⁸² in der 5. Legislaturperiode keine Umsetzung mehr erleben würden. Zum einen war der zeitliche Rahmen mit deutlich weniger als einem Jahr bis zur nächsten Bundestagswahl sehr knapp. Zum anderen soll Kiesinger im Oktober 1967 vor dem Planungstab des Kanzleramtes gesagt haben, vor 1969 brauche er keine großen, spektakulären Erfolge mehr. Die MifriFi, sanierte Finanzen und Wirtschaft sowie der Leber-Plan würden genügen. Die Verwaltungsreform würde in der Öffentlichkeit sowieso nicht verstanden und sei daher „nicht dringlich“.⁸³ Angesichts dieser Einstellung war es nicht verwunderlich, dass sich der Kabinettsausschuss erst im Dezember 1968⁸⁴ unter Leitung des Kanzlers bildete.⁸⁵ Ursache des späten Beginns waren Kompetenzstreitigkeiten zwischen Innen- und Justizministerium (Ernst Benda und Horst Ehmke).⁸⁶

Im Mai 1969 wurde diskutiert, wie viele Ministerien die Bundesregierung auflösen und wie sie die Zuständigkeiten neu zusammenfassen könnte.⁸⁷ Durch Beschluss des Ausschusses vom Dezember 1968⁸⁸ wurde beim Innenminister eine den Weisungen des Gremiums unmittelbar unterstellte Projektgruppe gebildet,⁸⁹

⁷⁸ Kurzprotokollauszug der 139. Kabinettsitzung am 25.9.1968, TOP 3, BArch, BMF, B 126/51815.

⁷⁹ Schmoedel/Kaiser, *Die vergessene Regierung*, S.287; Süß, „Wer aber denkt für das Ganze?“, S.358; zur Vorgeschichte des „Reformkabinetts“ vgl. BArch, BKA, B 136/15396 bis 15398.

⁸⁰ So Benda, *Politische Führung und Verwaltungsorganisation*, in: *Bulletin* Nr.149 vom 26.11.1968, S.1307–1312, hier: S.1307.

⁸¹ Benda an die Bundesminister vom 21.10.1968, Protokoll, S.7, BArch, BKA, B 136/15399.

⁸² Der Name steht als Abkürzung allein für die Reform der Struktur der Bundesregierung und Bundesverwaltung, und nicht, wie Metzler, Konzeptionen politischen Handelns, S.315, suggerierte, für alle Reformvorhaben der Koalition.

⁸³ Schatz, *Auf der Suche*, S.30.

⁸⁴ Projektgruppe beim BMI an Carstens, 14.2.1969, BArch, BMI, B 106/49514.

⁸⁵ So Bebermeyer, *Regieren ohne Management?*, S.37.

⁸⁶ Vgl. zur Vorgeschichte: BArch, BKA, B 136/15398; *Die Welt* vom 13.8.1968, S.3.

⁸⁷ Vermerk von Carstens für Kiesinger vom 20.5.1969, BArch, BKA, B 136/3753.

⁸⁸ Protokollentwurf von Carstens für Krueger vom 3.12.1968, BArch, BKA, B 136/3751.

⁸⁹ Bericht zur Reform. Hauptband, S.1. Diese Projektgruppe hatte den Auftrag, Vorschläge zur Reform von Bundesregierung und Bundesverwaltung auszuarbeiten, vgl. Projektgruppe an Carstens, 23.2.1969, BArch, BKA, B 136/3994. Zur Projektgruppe allgemein vgl. Süß, „Rationale Politik“; Ergebnisprotokoll über die konstituierende Sitzung am 3.12.1968, BArch, BMI, B 106/56429.

die später einen umfangreichen Bericht vorlegte.⁹⁰ Allerdings waren die Regierungsparteien im Vorfeld der Bundestagswahl 1969 weder willens noch fähig, daraus organisatorische Konsequenzen zu ziehen.⁹¹ Carstens schrieb an Schmidt, der Bericht könne aus zeitlichen Gründen nicht vom Bundeskanzler geprüft und im Kabinett erörtert werden. Die Entscheidung über die behandelten Fragen bleibe daher der nächsten Bundesregierung vorbehalten.⁹²

Kabinettsausschuss zu den Unruhen an den Hochschulen: Aufgrund der weit reichenden Ereignisse im Zuge der Studentenrevolte wurde im Januar 1969 vom Kabinett ein Ausschuss zu den Unruhen an den Hochschulen und der Tätigkeit terroristischer Minderheiten eingesetzt, der seine Arbeit sofort aufnehmen und möglichst rasch den vom Bundesminister des Innern vorgelegten Bericht zu dieser Problematik kabinettsreif überarbeiten sollte.⁹³ Zu seiner ersten Sitzung kamen deshalb die Verantwortlichen bereits fünf Tage nach dem Beschluss zusammen.⁹⁴ Der Termin drängte, da Kiesinger für das Gespräch über die Situation an den Hochschulen mit den Ministerpräsidenten am 31. Januar 1969 „eine Unterlage“ benötigte.⁹⁵ Der Ausschuss erarbeitete ein Papier, das der „Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Situation an den deutschen Hochschulen“ zur Billigung vorgelegt wurde.⁹⁶

Ministerausschuss zur Reform des Familienlastenausgleichs: Der Ministerausschuss zur Reform des Familienlastenausgleichs wurde im November 1967 eingesetzt.⁹⁷ Er nahm Anfang Januar 1968 seine Arbeit auf und führte sie einen Monat später fort.⁹⁸ Der Ausschuss war unter anderem notwendig geworden, weil die Bundesregierung die Reform des Familienlastenausgleichs bei der mehrjährigen Finanzplanung offengelassen hatte.⁹⁹ Anliegen dieser Reform war es, wirtschaftliche Belastungen, die durch die Erziehung von Kindern für die Sorgeberechtigten entstanden, wenigstens teilweise abzufedern. Ferner waren die angestrebten Maßnahmen darauf gerichtet, eine Standardversorgung der Kinder zu garantieren.¹⁰⁰

⁹⁰ Bericht zur Reform. Hauptband.

⁹¹ Ruck, Ein kurzer Sommer, S. 389f.

⁹² Carstens an Schmidt, 18. 9. 1969, AdsD, HSA/5380. Carstens war sich bereits im Januar bewusst, dass keine „durchgreifenden Entscheidungen mehr für diese Legislaturperiode zu erwarten“ seien, vgl. Vermerk von Carstens für Kiesinger vom 6. 1. 1969, BACh, BKA, B 136/3753. Zu den zu behandelnden Fragen vgl. Theis, Stand der Überlegungen. Die Regierung Brandt-Scheel ging dann unter Leitung von Ehmke an die Umsetzung, vgl. Carstens, Politische Führung, S. 135.

⁹³ Kurzprotokollauszug der 153. Kabinettsitzung am 22. 1. 1969, TOP 2, BACh, BMF, B 126/51817; zum Bericht des Bundesinnenministers vgl. Vermerk vom 21. 1. 1969, ebd.

⁹⁴ Länder-Spiegel vom Januar 1969, S. 1.

⁹⁵ Handschriftliche Notiz vom 22. 1. 1969, BACh, NL Carstens, N 1337/590.

⁹⁶ Vermerk von Carstens für Kiesinger vom 20. 2. 1969, BACh, BKA, B 136/3753.

⁹⁷ Vermerk zur 104. Kabinettsitzung am 29. 11. 1967, TOP 6, BACh, BMF, B 126/51810.

⁹⁸ Koordinierungsvermerk vom 19. 1. 1968, BACh, BMBF, B 144/1343.

⁹⁹ Kurzprotokollauszug der 106. Kabinettsitzung am 13. 12. 1967, TOP 5, BACh, BMF, B 126/51754.

¹⁰⁰ Albers, Probleme eines Familienlastenausgleichs, S. 158. Zum Familienlastenausgleich vgl. Münch, Familien-, Jugend- und Altenpolitik, S. 656–667.

Resümierend kann gesagt werden, dass die kleinen Kabinette an ihre Grenzen stießen. Das verdeutlicht die Entscheidung der Bundesregierung zur Beantwortung des Stoph-Briefes. Das Gesamtkabinetts beschloss, die Antwort nicht im dafür vorgesehenen Ministerausschuss für innerdeutsche Beziehungen erarbeiten zu lassen. Eine eigens gebildete Kommission unter Beteiligung von Kiesinger, Brandt, Wehner, Heck sowie Barzel und Schmidt übernahm diese heikle Aufgabe.¹⁰¹ Wenn es wirklich wichtig wurde, zogen die Kabinettsmitglieder die Fraktionsvorsitzenden bereits vor der Beratung des Koalitionsausschusses heran. Neben ihren Möglichkeiten hatten die Kabinettsausschüsse auch insofern Grenzen, als der Entlastung des Kabinetts eine Mehrbelastung einzelner Bundesminister durch die Ausdehnung und Intensivierung der Koordinierungsaufgaben gegenüberstand.¹⁰² Die Fachkabinette waren nützlich, um erfolgreich Entscheidungen vorzubereiten, dagegen waren sie für die Kommunikation und Kompromissfindung nur begrenzt zu gebrauchen. Insgesamt ist ihre Bedeutung für die Regierungspraxis aber positiv einzuschätzen.

2. Koalitionspaare

Die sachliche und die persönliche Seite von Gegensätzen und Gemeinsamkeiten von Koalitionsmitgliedern sind nicht zu trennen.¹⁰³ Auf die persönlichen Abneigungen innerhalb der Koalition wurde bereits eingegangen.¹⁰⁴ Was Zuneigungen betrifft, die für die Regierungstätigkeit der Großen Koalition wichtig waren, werden im Allgemeinen drei „Koalitionspaare“¹⁰⁵ beziehungsweise „Koalitions-Zwillinge“¹⁰⁶ genannt: die im Duett spielenden „Schwergewichte in der Koalition“¹⁰⁷ Kiesinger/Wehner, Strauß/Schiller und Barzel/Schmidt.¹⁰⁸ An diesen „Gespannen“ wird zu untersuchen sein, wie die Zusammenarbeit beschaffen war und warum es dazu kam, für welchen zeitlichen Rahmen sie galt und inwiefern sie Entscheidungen beeinflusste. Darüber hinaus stellt sich im Bereich der konkreten Kooperation die Frage, ob die Paare Mittler brauchten und wie weit die persönliche Kommunikation reichte.

¹⁰¹ Benda an Knieper, 30. 5. 1967, BAArch, Bestand Benda, N 1564 MD/16017.

¹⁰² Vgl. mit weitergehender Kritik: Knorr, Der parlamentarische Entscheidungsprozeß, S. 222. Die Auflistung im Anhang zeigt, wie stark manche Minister dadurch belastet wurden.

¹⁰³ So auch: Schneider, Große Koalition, S. 38.

¹⁰⁴ Vgl. Kap. III. 1, 3 u. 4.

¹⁰⁵ Der Ausdruck kommt ebenfalls vor bei: Höpker, Geschlossene Gesellschaft, in: *Christ und Welt* vom 12. 1. 1968, S. 4.

¹⁰⁶ Neumaier, Bonn, S. 224.

¹⁰⁷ Steininger, Deutsche Geschichte, S. 249; ähnlich: Wolfrum, Die geglückte Demokratie, S. 230.

¹⁰⁸ Neumaier, Bonn, S. 224; Schönhoven, Rezension; Buchstab, Einleitung, in: Kiesinger: „Wir leben in einer veränderten Welt“, S. XXVlf.

Kurt Georg Kiesinger und Herbert Wehner

Über die Zusammenarbeit zwischen Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger und dem Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Herbert Wehner, wurde viel in der Presse spekuliert. Bis heute gilt die Beziehung zwischen den beiden „Parteiführern“¹⁰⁹ als vorbildlich für die Mitglieder der schwarz-roten Koalition.¹¹⁰

Die Beziehung zwischen dem ehemaligen NSDAP-Mitglied Kiesinger und dem Exkommunisten und Exilanten Wehner war seit vielen Jahren von Respekt getragen.¹¹¹ Beide waren „Gezeichnete“, durch ihre wenn auch sehr unterschiedliche Vergangenheit verbunden.¹¹² Sie hatten sich 1949 im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Bundestages sowie im Vermittlungsausschuss kennen und schätzen gelernt.¹¹³ Als Kiesinger 1958 von Bonn nach Stuttgart wechselte, schickte Wehner dem neuen baden-württembergischen Ministerpräsidenten das berühmt gewordene Telegramm mit den Worten „Bonn wird ärmer. Wehner“ hinterher.¹¹⁴ Als Kiesinger bei der Regierungsbildung in Baden-Württemberg 1960 die FDP der SPD vorzog, schrieb er an Wehner einen Entschuldigungsbrief.¹¹⁵ Aus diesen Gründen wird der Kanzler als ein „Weggefährte Wehners“ angesehen.¹¹⁶ Wehner kommentierte Kiesingers Nominierung zum Kanzlerkandidaten der Union Guttenberg gegenüber mit der Bemerkung, „daß es nun doch möglich wird, Gutes und Entscheidendes für Deutschland zu tun“.¹¹⁷

In der Anbahnungsphase der Großen Koalition und während der Koalitionsverhandlungen kam es zu Gesprächen zwischen den beiden. Bereits zwei Tage nach seiner Aufstellung zum Kanzlerkandidaten am 10. November 1966 traf sich Kiesinger mit Wehner.¹¹⁸ Der stellvertretende SPD-Parteivorsitzende hatte die Koalition bereits seit Beginn der 1960er-Jahre zielstrebig angestrebt.¹¹⁹ Es spricht einiges dafür, dass

¹⁰⁹ „Parteiführer“ ist hier de facto gemeint, auch wenn Wehner „nur“ Stellvertreter des Vorsitzenden war, so war er doch „der Wortführer seiner Partei“, meinte Scholz, Wehner, S. 120. Von Apel, „Plisch und Plum“, S. 41, wurde er als „der stärkste Mann auf Seiten der SPD“ bezeichnet.

¹¹⁰ Neuerdings: Gassert, Kiesinger, S. 502; Meyer, Wehner, S. 347, stellte die Beziehung (bes. S. 298–300) vollkommen unzulänglich dar.

¹¹¹ Das gute Verhältnis lasse sich an den „mit besonderer menschlicher Wärme geschriebenen Weihnachts- und Geburtstagsgrüßen Herbert Wehners belegen“, urteilte Kraft, Kiesinger, S. 84.

¹¹² Gassert, Kiesinger, S. 501; Meyer, Wehner, S. 299.

¹¹³ Wirz, Guttenberg, 452; Kroegel, Einen Anfang finden!, S. 35.

¹¹⁴ Kiesinger erinnert sich, in: BamS vom 24. 11. 1974, S. 20.

¹¹⁵ *Der Spiegel* vom 5. 12. 1966, S. 32. Trotzdem verwendete Kiesinger im Bundestagswahlkampf 1961 eine polemische Anti-Wehner-Broschüre, bevor die Staatsanwaltschaft diese im August 1961 beschlagnahmte, vgl. Wehner an seine Frau, 22. 8. 1961, in: Leugers-Scherzberg, Wandlungen des Herbert Wehner, S. 257f. Kiesinger reagierte bei seiner Regierungsbildung in Baden-Württemberg 1960 nicht auf Wehners Vorschlag, eine CDU-SPD-Koalition zu bilden, vgl. Gassert, Kiesinger, S. 366.

¹¹⁶ Baring, Machtwechsel, S. 50.

¹¹⁷ Wehner an Guttenberg, 11. 11. 1966, zitiert nach: Morsey, Vorbereitung der Großen Koalition, S. 470.

¹¹⁸ Gassert, Kiesinger, S. 500f.; Meyer, Wehner, S. 295.

¹¹⁹ Schönhoven, Wendejahre, S. 63 u. 231. Bereits in seiner Bundestagsrede am 30. 6. 1960 brach Wehner dem Gedanken Bahn, eine große Koalition einzugehen, vgl. StenB BT, 3. WP, 122. Sitzung, S. 7052B–7061C, bes. S. 7061C; Miller, in: Podiumsdiskussion. Kär-

auch Kiesinger sich innerlich auf eine Verbindung mit der Sozialdemokratie eingestellt und gegenüber Wehner darauf festgelegt hatte.¹²⁰ Zwischen den beiden wurde die Koalition schließlich am 21. November 1966 vereinbart.¹²¹ Kiesinger soll die Bedingung gestellt haben, Wehner müsse ins Kabinett gehen.¹²² Beide wollten die Koalition und wurden so zu ihren „Gründungsvätern“,¹²³ weswegen Kiesinger ankündigte, dass er sich auch weiterhin regelmäßig mit Wehner zu treffen beabsichtige.¹²⁴

Die enge Arbeitsgemeinschaft in den Jahren der Koalition erstreckte sich bis zu einem gewissen Grad auch auf eine persönliche Ebene.¹²⁵ So wurde dem Ehepaar Kiesinger beispielsweise die seltene Ehre zuteil, Wehners privat besucht zu haben.¹²⁶ Von einer echten Freundschaft kann trotzdem nicht die Rede sein. Kiesinger selbst lehnte diese Bezeichnung ab. Dadurch jedoch, dass sie gemeinsam die Große Koalition zustande gebracht hätten, seien sie sich näher gekommen.¹²⁷ Der Kanzler fühlte sich von „dem geheimnisumwitterten Wehner auf seltsam romantische Art und Weise angezogen“. Unter anderem deshalb verteidigte er Wehner und dessen kommunistische Vergangenheit, wo immer es die Situation erforderte.¹²⁸ Der Kanzler sagte über ihn: „Man sagt ja von Wehner, er sei ein Wortterrorist. Mir gegenüber ist er das nicht, er verhält sich im Gegenteil nicht nur freundschaftlich, sondern deutlich verehrungsvoll.“¹²⁹ Er, Kiesinger, habe mit Wehner über alles ernsthaft reden können.¹³⁰ Ferner habe er bei ihm immer gewusst, woran er sei, „so explosiv er sich oft äußern mag“.¹³¹

ner und Zuchtmeister, in: Dowe (Hrsg.), Wehner, S. 42. Zu der Rede vgl. Meyer, Die deutschlandpolitische Grundlage.

¹²⁰ Kroegel, Einen Anfang finden!, S. 34–37. Allerdings war Kiesinger a priori kein Parteigänger einer großen Koalition, vgl. Gassert, Kiesinger, S. 498. Als er jedoch im November 1966 nach beiden Seiten verhandeln sollte, strebte er von vorneherein ein Zusammengehen mit den Sozialdemokraten an, vgl. Buchstab, Einleitung, in: Kiesinger: „Wir leben in einer veränderten Welt“, S. XIX.

¹²¹ Mende, FDP, S. 218; Merseburger, Brandt, S. 487.

¹²² Wienand im Interview, in: Reker, Der Deutsche Bundestag, S. 123.

¹²³ Kroegel, Einen Anfang finden!, S. 19; Schönhoven, Wendejahre, S. 128.

¹²⁴ Informationsbericht von Robert Strobel vom 6. 12. 1966, Nr. 87, IfZ, Sammlung Strobel, ED 329/18.

¹²⁵ Knorr, Der parlamentarische Entscheidungsprozeß, S. 141 Anm. 295; Scholz, Wehner, S. 120.

¹²⁶ Schreiber, „Ich muß zeigen, wie ich das mache“, in: *Der Spiegel* vom 20. 3. 1967, S. 38. Für Kiesingers Bemühungen um Wehner: Gerstenmaier, Streit und Friede, S. 584; für Wehners Bemühungen um Kiesinger: Schönhoven, Wendejahre, S. 93.

¹²⁷ Kiesinger im Interview, in: BamS vom 26. 9. 1971, S. 16. Kiesinger schrieb Wehner am 23. 12. 1968 einen Gruß in „freundschaftlicher Verbundenheit“, AdsD, HWA, Allgemeine Korrespondenz/86. Hierbei handelte es sich aber wahrscheinlich um eine Floskel, wie sie nicht unüblich war. Auch Osterheld schrieb in seinem Tagebuch, Kiesinger/Wehner seien keine „engen Freunde“, aber er vertraue ihm „in erheblichem Maß“, vgl. Tagebuch Osterheld, zitiert nach: *Rheinischer Merkur* vom 2. 3. 2006, S. 10; Osterheld, Innenansichten der Macht, S. 41.

¹²⁸ Gassert, Kiesinger, S. 501f.

¹²⁹ Gespräch Giselher Wirsings von *Christ und Welt* mit Kiesinger am 5. 10. 1967, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-322.

¹³⁰ Kiesinger im Interview, in: Zeugen des Jahrhunderts vom 11.–14. 10. 1983, Bd. 6, S. 24, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-404.

¹³¹ *Der Spiegel* vom 16. 10. 1967, S. 29. Das Lob Wehners sollte Brandt kritisieren.

Auch Wehner urteilte positiv über Kiesinger. Er schrieb an ihn, der Kanzler könne auf seine Loyalität zählen¹³² und versichert sein, dass er helfen wolle. „Es kommt wohl sehr darauf an, daß der Kern nicht faul werde“, schrieb er.¹³³ Kiesinger antwortete wiederum dem gesamtdeutschen Minister, dass es gut sei, wenn über ihn geschrieben werden könne: „Dem kannst Du trauen, auch wenn er Deine Meinung nicht immer teilt“. So vertrauenswürdig habe er auch ihm gegenüber zu sein versucht und dabei werde er in der Zukunft bleiben. Der Kanzler dankte Wehner im Mai 1969 vor allem für die Zusammenarbeit der letzten zweieinhalb Jahre.¹³⁴

Der Beziehung stand entgegen, dass Kiesinger bei aller Wertschätzung aus dem „enigmatischen Wehner“ nie schlau wurde.¹³⁵ Wehner hatte die Große Koalition aus taktisch-strategischen Überlegungen angestrebt, um die Machtübernahme der SPD in der Bundesrepublik vorzubereiten,¹³⁶ und „mit Sicherheit nicht aus Sympathie“ für Kiesinger.¹³⁷

Brandt schrieb über die Gründe des Verhältnisses zwischen seinem Stellvertreter und dem christdemokratischen Parteivorsitzenden, dass dieser „ihn vielleicht nicht als Rivalen betrachtete, vielleicht fand er in ihm auch einen besseren Zuhörer und einen Mann verwandter Stimmungen, wenn sich das Gespräch ins Kulturkritische wandte“. ¹³⁸ Wehner habe die Eigenschaft besessen, den langen Monologen, die der Kanzler liebte, geduldig zuzuhören. Er habe darüber hinaus ein besonderes Geschick im Umgang mit Kiesinger besessen. Speziell Wehners schmeichelnde Art sei von ihm positiv aufgenommen worden.¹³⁹ Heck drückte das Verhältnis der beiden plastisch aus: Kiesinger habe an Wehner „einen Narren gefressen“. ¹⁴⁰

Für Kiesinger stellte Wehner den Hauptgesprächspartner aus den Reihen des politischen Partners dar. Der Kanzler nutzte seine guten Verbindungen zu dem mächtigen Mann in der SPD, um die Koalition erfolgreich führen zu können. Wehner lieferte als der „Zuchtmeister“ seiner Partei zuverlässig die nötigen Stimmen und machte dadurch für Kiesinger „ein verlässliches Koalitionsverhältnis möglich“. ¹⁴¹ Jeder sah im anderen den „Garant für den Erfolg“. ¹⁴² Solange Ziel-

¹³² Handschriftliches Schreiben Wehners an Kiesinger vom 1.4.1969, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-188.

¹³³ Geburtstagsbrief Wehners an Kiesinger vom 6.4.1968, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-286. Zu den weiteren Gründen für diesen Brief vgl. Kroegel, *Einen Anfang finden!*, S.223; Schönhoven, *Wendjahre*, S.399.

¹³⁴ Handschriftliches Schreiben Kiesingers an Wehner vom 3.5.1969, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-188.

¹³⁵ Gassert, *Kiesinger*, S.503.

¹³⁶ Leugers-Scherzberg, *Wandlungen des Herbert Wehner*, S.344.

¹³⁷ Steininger, *Deutsche Geschichte*, S.248; Schmoedel/Kaiser, *Die vergessene Regierung*, S.65.

¹³⁸ Brandt, *Begegnungen und Einsichten*, S.183. Mit dieser Aussage wollte Brandt gleichzeitig aufzeigen, warum zwischen Kiesinger und Wehner funktionierte, was zwischen ihm und Kiesinger nicht gelang.

¹³⁹ Kroegel, *Einen Anfang finden!*, S.46–49 u. 51f.

¹⁴⁰ So Heck am 29.12.1967 vor CDU-Chefredakteuren, ACSP, NL Strauß/1152.

¹⁴¹ Kiesinger im Interview, in: *BamS* vom 26.9.1971, S.16; Gassert, *Kiesinger*, S.502.

¹⁴² Tagebuch Osterheld, zitiert nach: *Rheinischer Merkur* vom 2.3.2006, S.10.

setzung und Interessen identisch waren,¹⁴³ gestaltete sich die politische Verbindung als sehr positiv für das gemeinsame Bündnis.

Besonders im ersten halben Jahr kamen Kiesinger und Wehner häufig zusammen, erst im Palais Schaumburg und später im Kanzlerbungalow,¹⁴⁴ nachdem Ludwig Erhard dort ausgezogen war und die anschließenden Umbauten vollzogen waren.¹⁴⁵ Unter anderem weil sie den Bungalow noch nicht beziehen konnte, war Kiesingers Familie zunächst nicht in Bonn. Damals langweilte sich der Kanzler abends oft in den für ihn provisorisch hergerichteten Räumen im Palais Schaumburg. Er hatte Zeit für Gespräche und lud Wehner gelegentlich zu einem Rotwein ein. Nach der Anfangszeit wurden diese Treffen seltener.¹⁴⁶ Speziell diese Wein-Gespräche zwischen den beiden Koalitionären fanden häufig Erwähnung in Presse und Literatur.¹⁴⁷ Für Regierungssprecher Günter Diehl gehörten diese spätabendlichen Gespräche zu Kiesingers Art, Entscheidungen vorzubereiten und zu treffen. Bei diesen „Nachtschlachten“ seien oftmals mehrere Flaschen geleert und die „letzten Dinge“ erörtert worden.¹⁴⁸ Für Wehner bedeuteten diese Treffen allerdings Unbequemlichkeiten und Beschwerden. Seit Ende 1966 war er zuckerkrank und sollte keinen Alkohol konsumieren.¹⁴⁹ Dennoch suchte der einflussreichste Mann der SPD häufig das nächtliche Zwiegespräch, was Kiesinger geschmeichelt haben soll.¹⁵⁰ Der Kanzler beschrieb diese von den Terminen des politischen Alltags „unabhängigen gelegentlichen abendlichen Gespräche“, die nach dem Essen bis weit in die Nacht dauern konnten, als „eine sehr persönliche Aussprache von Mann zu Mann“, bei der Politik nicht im Mittelpunkt gestanden sei, „eher Gott und die Welt“.¹⁵¹ Für die Regierungspraxis waren diese „Seelsorge-Stunden“ im atmosphärischen Bereich wichtig.¹⁵² Wenn Kiesinger und Wehner sich zu einer Arbeitsbesprechung in kleinem Kreis trafen, ging es meistens um die

¹⁴³ Kiesinger meinte, sie beide hätten in ihren Parteien und Fraktionen für einen neuen gemeinsamen außenpolitischen Kurs gekämpft, vgl. Kiesinger im Hintergrundgespräch mit deutschen Chefredakteuren am 18.4.1968, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-008/2. Meinungsunterschiede in der Außenpolitik gab es besonders in Bezug auf den Nichtverbreitungsvertrag, vgl. Gespräch Giselher Wirsings von *Christ und Welt* mit Kiesinger am 5.10.1967, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-322.

¹⁴⁴ Kroegel, *Einen Anfang finden!*, S. 46.

¹⁴⁵ Erhard hatte den Kanzlerbungalow bereits am 5.1.1967 geräumt, vgl. Manuskript Tagebuch Osterheld. Zeit der Großen Koalition, Eintragung vom 7.1.1967, S. 23, ACDP, NL Osterheld, 01-724; zum Umbau vgl. StenB BT, 5. WP, 101. Sitzung am 12.4.1967, S. 4680B-4681C. Kiesinger zog Anfang April 1967 in den Bungalow im Garten des Palais Schaumburg, vgl. *Der Spiegel* vom 5.6.1967, S. 38.

¹⁴⁶ Interview des Verfassers mit Neusel am 18.8.2004.

¹⁴⁷ Schreiber, „Ich muß zeigen, wie ich das mache“, in: *Der Spiegel* vom 20.3.1967, S. 38; Neumaier, Bonn, S. 225f.; Schmoeckel/Kaiser, *Die vergessene Regierung*, S. 65.

¹⁴⁸ Diehl, Kiesinger, S. 202.

¹⁴⁹ Während der Koalitionsverhandlungen wurde bei Wehner Diabetes diagnostiziert, vgl. Meyer, Wehner, S. 294.

¹⁵⁰ Freudenhammer/Vater, Wehner, S. 229.

¹⁵¹ Gespräch Jost Küppers mit Kiesinger am 17.11.1980, Protokoll, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-305.

¹⁵² Brandt, *Begegnungen und Einsichten*, S. 183. Zur „persönlichen Achse Kiesinger-Wehner“ vgl. Schönhoven, *Wendejahre*, S. 387; Kroegel, *Einen Anfang finden!*, S. 46.

Deutschlandpolitik.¹⁵³ Nach der Anfangseuphorie pflegte Kiesinger die Beziehung nicht mehr so stark.¹⁵⁴ Auf die Frage, warum sein regelmäßiger Kontakt zu Wehner weniger regelmäßig geworden sei, antwortete Kiesinger, dies habe mehrere Gründe, um dann mit den Worten einen Beziehungskonflikt anzudeuten: Wehner sei „sehr krank“, sehr empfindlich und ziehe sich bei Meinungsunterschieden „wie ein weidwundes Reh ins Gebüsch zurück“, dann könne man ihn „wochenlang nicht herauslocken“.¹⁵⁵

Bald tauchten auch politische Probleme auf. So kam es bei dem Koalitionspaar über die Frage, ob und wie das Schreiben des Vorsitzenden des DDR-Ministerates, Willi Stoph, beantwortet werden sollte, im Juni 1967 zu Spannungen.¹⁵⁶ Wehner kündigte Kiesinger daraufhin sein Vertrauen auf: „Bis gestern habe ich unbefangen die Bundesregierung vertreten. Seit heute ist das für mich ein Problem. In bin kein Illusionist oder Romantiker. Aber wenn die letzte Aufrichtigkeit im schwersten unserer politischen Probleme nicht gegeben ist, dann ist alles andere von keiner besonderen Bedeutung. Mein eigenes Problem wird es nun sein zu überlegen, wie ich mein Haus bestelle.“¹⁵⁷ Kiesinger konnte den verklausuliert angedrohten Rücktritt in einem persönlichen Gespräch verhindern. Dennoch war die anfängliche Harmonie gestört.¹⁵⁸ Die zweite Antwort auf den Stoph-Brief belastete das Verhältnis noch mehr.¹⁵⁹ Bei verschiedenen deutschlandpolitischen Kontakten unterrichtete Kiesinger zwar Wehner, aber dieser nicht den Kanzler. Das verstärkte die Spannungen.¹⁶⁰

Das Verhältnis wurde dann auch durch die Vertagung der Wahlrechtsreform auf die Zeit nach der Bundestagswahl von 1969 auf dem Nürnberger Parteitag der SPD (17. bis 21. März 1968)¹⁶¹ schwer in Mitleidenschaft gezogen. Nach Ansicht von Kiesinger trat Wehner dort nicht nachhaltig genug für die Wahlrechtsreform ein.¹⁶² Die Verbindung wurde noch distanzierter, als sich Ende 1968, Anfang 1969

¹⁵³ So am 5. 4. 1967 während eines Arbeitsfrühstücks, als es um die noch ausstehende Antwort Ulbrichts anlässlich des SPD-Parteitages in Dortmund im Juni 1966 ging, vgl. Heck an Barzel, 6. 4. 1967, BAArch, NL Barzel, N 1371/358.

¹⁵⁴ Adalbert Seifriz im Informationsbericht von Robert Strobel vom 29. 7. 1967, Nr. 55, IfZ, Sammlung Strobel, ED 329/19.

¹⁵⁵ Informationsbericht von Robert Strobel vom 22. 8. 1967, Nr. 58, IfZ, Sammlung Strobel, ED 329/19.

¹⁵⁶ Gespräch Giselher Wirsings von *Christ und Welt* mit Kiesinger am 5. 10. 1967, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-322. In diesem Interview sprach der Bundeskanzler von drei Krisen innerhalb der ersten elf Monate. Die anderen beiden wurden aber nicht weiter konkretisiert.

¹⁵⁷ Wehner an Kiesinger, 7. 6. 1967, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-286.

¹⁵⁸ Schönhoven, Wendejahre, S. 128.

¹⁵⁹ Manuskript Tagebuch Osterheld. Zeit der Großen Koalition, Eintragung vom 23. 9. 1967, S. 199, ACDP, NL Osterheld, 01-724.

¹⁶⁰ Wehner hatte den Kanzler über seine Kontakte mit der KPI erst auf Nachfrage informiert, Kiesinger aber Wehner über seinen Moskau-Vorstoß von vornherein, vgl. Gasert, Kiesinger, S. 595-602; Buchstab, Geheimdiplomatie, S. 901.

¹⁶¹ Kundgebungen und Entschließungen des SPD-Parteitages in Nürnberg, S. 38f.; Lücke, Ist Bonn doch Weimar?, S. 69f.

¹⁶² Kiesinger im Interview, in: BamS vom 26. 9. 1971, S. 16. Diese Einschätzung wurde nicht von allen in der Union geteilt, vgl. Müller-Hermann an Kiesinger, 22. 3. 1968, ACDP, NL Marx, 01-356-014/3.

Meinungsverschiedenheiten über die Wahl des Bundespräsidenten ergaben. Wehner hätte gern den Parteikollegen und Verkehrsminister Georg Leber als Koalitionskandidaten gesehen. Kiesinger konnte und wollte das allerdings in seiner Partei nicht durchsetzen.¹⁶³ Nach den Worten des stellvertretenden Regierungssprechers Conrad Ahlers war Wehner enttäuscht darüber, dass Kiesinger sich nicht stärker für Leber eingesetzt hatte.¹⁶⁴

Nicht nur der Kandidat, auch der Ort für die Bundesversammlung war ein Streitfall.¹⁶⁵ Wehner wäre bereit gewesen, die Wahl des Bundespräsidenten von Berlin nach Bonn zu verlegen, wenn die DDR den Westberlinern für die Zeit über die Osterfeiertage 1969 Passierscheine zugestanden hätte. Kiesinger hielt an Berlin als Ort der Bundesversammlung fest. Er hätte sich vielleicht darauf eingelassen, wenn es sich um eine langfristige, nicht um eine befristete Regelung für Passierscheine gehandelt hätte.¹⁶⁶ Weiter verschärft wurden die Differenzen durch unterschiedliche Ziele in der Deutschlandpolitik. Seit der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 kam es zwischen den beiden zu einer tiefen Diskrepanz in der Einschätzung künftiger Chancen für die Ost- und Deutschlandpolitik.¹⁶⁷

Auch wenn das „Immediat- beziehungsweise enge Vertrauensverhältnis“ zwischen Kiesinger und Wehner bis zum Frühjahr 1969 nicht ungetrübt blieb, wies es trotz aller Spannungen stets eine größere persönliche Nähe auf als die nur geschäftsmäßigen Beziehungen zwischen Kanzler und Vizekanzler.¹⁶⁸ Trotz aller Entzweigungen im sachlichen Bereich blieb der persönliche Respekt zwischen ihnen erhalten.¹⁶⁹ Im Frühjahr 1969, als zwischen Kiesinger und Wehner bereits seit Längerem nicht mehr das Einvernehmen der Anfangszeit zu spüren war, klagte Heck über ein abklingendes, aber immer noch „schreckliches Intimverhältnis“ zwischen beiden.¹⁷⁰ Das wurde in der Kambodscha-Krise offensichtlich. Während

¹⁶³ Interview des Verfassers mit Neusel am 18.8.2004. Kiesinger sagte nachträglich aus, er habe einen sozialdemokratischen Kandidaten abgelehnt, da sich dies negativ auf das Projekt „absolute Mehrheit“ bei der Bundestagswahl 1969 ausgewirkt hätte, vgl. Kiesinger im Interview, in: Zeugen des Jahrhunderts vom 11.–14.10.1983, Bd.8, S.1f., ACDP, NL Kiesinger, 01-226-404.

¹⁶⁴ Im Schreiben von Ahlers an Kiesinger vom 30.10.1968 nannte Ahlers die Gründe für Wehners Eintreten für Leber: „Der Gedankengang ist, daß die Wahl Lebers mit den Stimmen der SPD und der CDU ein krönender und insgesamt versöhnlicher Abschluß der großen Koalition gewesen wäre.“ (BArch, NL Diehl, N 1453/62.)

¹⁶⁵ Kiesinger im Interview, in: BamS vom 26.9.1971, S.16; Gespräch Rüdiger Löwes mit Kiesinger vom 31.1.1978, Protokoll, S.60, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-322.

¹⁶⁶ Interview des Verfassers mit Neusel am 18.8.2004; zur Frage der Passierscheinabkommen vgl. auch: Schmoeckel/Kaiser, Die vergessene Regierung, S.156–158; Information Nr.23 vom 6.3.1969, Betr.: Gespräch mit Herrn Bosse (Firma Bosse, Honnef) am 5.3.1969, SAPMO-BArch, ZK-Büro Ulbricht, DY 30/3566. Eine differenzierte Betrachtung findet sich bei: Gassert, Kiesinger, S.696.

¹⁶⁷ Marx an Kiesinger, 29.5.1967, BArch, NL Guttenberg, N 1397/54; Guttenberg, Fußnoten, S.124; Kroegel, Einen Anfang finden!, S.284f.

¹⁶⁸ Schönhoven, Wendejahre, S.196.

¹⁶⁹ Kroegel, Einen Anfang finden!, S.329. Zum 75. Geburtstag erhielt Kiesinger am 6.4.1979 ein Schreiben Wehners, das auf den bis dahin zwischen beiden unausgesprochenen Bruch vom Frühjahr 1969 Bezug nahm, in: Oberndörfer (Hrsg.), Begegnungen mit Kiesinger, S.479.

¹⁷⁰ *Der Spiegel* vom 3.3.1969, S.44.

Kiesinger sich auf Strauß und Schröder nicht verlassen konnte, stand Wehner auf seiner Seite.¹⁷¹ In der Aufwertungsfrage zeigte sich Wehner „wieder außerordentlich hilfreich“. ¹⁷² Sie verabredeten, dass es im Kabinett nicht zu einer Abstimmung kommen solle, und verhinderten dadurch, dass die Bundesregierung auseinanderbrach. In der koalitionsinternen Auseinandersetzung um den Brief der SPD an die Delegierten des SED-Parteitages soll Kiesinger ebenfalls „zu einem bewährten Mittel“ gegriffen haben, mit dem er schon mehrmals drohende Koalitionskrisen abgewehrt habe: Er lud Wehner zu einem Zwiegespräch ein.¹⁷³ Wehner habe dem Bundeskanzler „wiederholt“ geholfen, wenn es Schwierigkeiten in der Koalition gegeben habe.¹⁷⁴ Im Kabinett hätten sie über eine besondere Art der Verständigung verfügt: Sie tauschten „Blicke hin und her“, die ein „gegenseitiges Einvernehmen signalisierten“. ¹⁷⁵

Zwischen Kiesinger und Wehner hatte sich ein „Netz der Kommunikation“ entwickelt, zu dem besonders die Verhandlungsbeauftragten Karl Theodor von und zu Guttenberg und Conrad Ahlers gehörten.¹⁷⁶ Sie klärten untereinander schwierige Angelegenheiten vorab. So trugen sie dazu bei, dass Dinge, die sich kritisch zu entwickeln begannen, rechtzeitig erkannt und behandelt werden konnten.¹⁷⁷ Besonders Guttenberg war Kiesinger hierbei sehr hilfreich. Er war zudem der CDU/CSU-Politiker, mit dem sich Wehner während der Koalition am häufigsten traf.¹⁷⁸

Der Adlige Guttenberg und der ehemalige Kommunist Wehner schätzten sich gleichfalls seit geraumer Zeit.¹⁷⁹ Bei den gemeinsamen Koalitionsverhandlungen von 1962¹⁸⁰ und schon vor dieser ersten Zusammenarbeit waren sie sich näher gekommen.¹⁸¹ Diese ersten Koalitionsgespräche hätten das CSU-Vorstandsmitglied – wie beschrieben – fast die politische Karriere gekostet.¹⁸² Guttenberg wollte mit Wehner zusammenarbeiten, weil er dachte, dieser würde seine Deutschlandpolitik

¹⁷¹ Schönhoven, Wendejahre, S. 484.

¹⁷² So Kiesinger vor der CDU/CSU-Fraktion am 13. 5. 1969, als er über die Krefßbronner Kreis-Sitzung am 9. 5. 1969 informierte, in der es „sehr friedlich“ zugegangen sei, Protokoll, S. 29, ACDP, CDU/CSU-BTF, 08-001-1019/1.

¹⁷³ *Der Spiegel* vom 17. 4. 1967, S. 38, u. vom 19. 5. 1969, S. 26.

¹⁷⁴ Carstens, Erinnerungen, S. 361.

¹⁷⁵ Benda im Interview, in: Merz, Regierungshandeln, S. 72.

¹⁷⁶ Vgl. beispielsweise das bereits mehrfach zitierte Schreiben von Ahlers an Kiesinger vom 30. 10. 1968, BArch, NL Diehl, N 1453/62. Ahlers war von Wehner nach Bonn geholt worden, wenn auch aus anderen Gründen, vgl. Munkel, Brandt, S. 193f. Zu Ahlers vgl. Kap. II. 1.

¹⁷⁷ Scholz, Wehner, S. 120f.; Interview des Verfassers mit Neusel am 18. 8. 2004.

¹⁷⁸ Knorr, Der parlamentarische Entscheidungsprozeß, S. 295 Anm. 73. Ahlers war zwar wichtig für Kiesinger, erreichte aber im Verhältnis zu Wehner nicht annähernd die Bedeutung von Guttenberg, vgl. Gespräch Jost Küppers mit Kiesinger am 17. 11. 1980, Protokoll, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-305.

¹⁷⁹ Wirz, „Er ist mir ein Rätsel geworden“.

¹⁸⁰ Bei diesen Verhandlungen nutzte bereits Adenauer Guttenbergs gute Kontakte zur SPD, vgl. u. a.: Wirz, Guttenberg, S. 203f. u. 286.

¹⁸¹ Ebd., S. 177; vgl. auch: Lücke, Ist Bonn doch Weimar?, S. 37. Zum Verhältnis Kiesingers zu Guttenberg vgl. Kap. III. 2.

¹⁸² Wirz, Guttenberg, S. 239, 246 u. 473.

mit dem Ziel der Wiedervereinigung unterstützen. Auch stand Guttenberg unter dem Einfluss Heinrich Krones. Dieser beschrieb Wehner als einen feinfühligsten Mann und hatte Guttenberg die Arbeitsgemeinschaft empfohlen.¹⁸³

Nach der Nominierung Kiesingers zum Kanzlerkandidaten durch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begann für Guttenberg die heiße Phase der Verhandlungen mit der SPD, wobei Wehner wieder seinen Partner darstellte.¹⁸⁴ Schon vorher, am 3. November 1966, hatten sich beide zu einer ausführlichen Unterredung getroffen, bei der der stellvertretende SPD-Vorsitzende die Grundgedanken des Acht-Punkte-Programms für Sofortmaßnahmen einer neuen Bundesregierung¹⁸⁵ darlegte. Danach übernahm Guttenberg Mittlerdienste zwischen Union und Sozialdemokraten.¹⁸⁶

Während der Koalitionsverhandlungen informierte Guttenberg sein sozialdemokratisches Gegenüber, dass Kiesinger „eindeutig auf der Linie der großen Koalition“ stehe, ganz auf Wehner setze und ihn dringend um eine Unterredung bitte. Daraufhin kam es am 24. November 1966, noch bevor die Koalitionsgespräche fortgesetzt wurden, zwischen Guttenberg und Wehner zur Vorklärung einiger strittiger Fragen der Außen-, Deutschland- und Sicherheitspolitik.¹⁸⁷ Dadurch gelang es in den Verhandlungen am 24. November, in allen problematischen Punkten Kompromissformeln zu finden.¹⁸⁸ Wehner schrieb danach am Neujahrstag 1967 an Guttenberg: „Beim Sinnen über die Ereignisse des Jahres habe ich oft an Sie gedacht. Nun hatte ich auch noch diese unmittelbare Verbindung zu Ihnen. Das politisch prägende Ereignis des Jahres 1966 wird weit über diejenigen hinausreichen, die sich jetzt mit ihm befassen. Der Anteil, den Sie daran haben, ist größer als diejenigen ermessen können, die sich als Akteure fühlen oder als solche angesehen werden. Sie hatten von Anfang an Ihre besonderen Schwierigkeiten.“¹⁸⁹ In der Folgezeit verbrachte Wehner so manche Nacht im Gespräch mit Guttenberg, dem offenbar nicht nur der Großen Koalition zuliebe an einem guten Verhältnis zu dem Sozialdemokraten lag.¹⁹⁰

Guttenbergs Parteivorsitzender Strauß bezeichnete das Verhältnis zwischen den beiden als eine „sagenhafte Sympathie“. Für den fränkischen Freiherrn habe in den Sonderkontakten zum Altkommunisten Wehner ein Stück Emotion gelegen,

¹⁸³ So beschrieb es der Vertraute von Krone, Eduard Ackermann, im Interview mit dem Verfasser am 9.2.2006. Krone und Wehner kannten sich sehr gut, da sie sich über Jahre hinweg morgens im städtischen Schwimmbad getroffen und danach gemeinsam unter der Dusche gestanden hatten, vgl. Morsey in der Diskussion, in: Weg zur Großen Koalition, S. 52.

¹⁸⁴ Wirz, Guttenberg, S. 389 u. 451.

¹⁸⁵ SPD-Fraktionssitzung am 9.11.1966, in: SPD-Fraktion. Sitzungsprotokolle, S. 1000 Anm. 7.

¹⁸⁶ Guttenberg an Wehner, 4.11.1966, vgl. Leugers-Scherzberg, Wandlungen des Herbert Wehner, S. 329.

¹⁸⁷ Guttenberg an Wehner, 23.11.1966, vgl. ebd.

¹⁸⁸ Wehner: Aus den Notizen der SPD-Verhandlungskommission mit denen der CDU/CSU und FDP, masch. Ms. [Ende November 1966], S. 34–70, vgl. Leugers-Scherzberg, Wandlungen des Herbert Wehner, S. 333.

¹⁸⁹ Wehner an Guttenberg, 1.1.1967, BAArch, NL Guttenberg, N 1397/54.

¹⁹⁰ Freudenhammer/Vater, Wehner, S. 230.

„sozusagen die Versöhnung zwischen rechts und links“.¹⁹¹ Guttenberg selbst schrieb, er halte Wehner für einen Demokraten, der erfahren habe, dass es nicht um Doktrinen, sondern um Menschen gehe, und mit dem er sich „in entscheidenden Fragen einig“ sei.¹⁹²

Im Sommer 1967 schrieb Guttenberg über Wehner in sein „Tagebuch“, er könne es ihm nicht sagen, aber er fühle sich „als Freund Herbert Wehners“. Er habe „keine Geheimnisse“ vor ihm besessen und aus Erfahrung gewusst, dass er sich auf ihn habe verlassen können.¹⁹³ Als Neujahrsgruß 1968 schrieb Wehner an Guttenberg in einem persönlichen Brief: „Und wenn Sie es vielleicht auch nicht gern hören: Wir alle brauchen Sie, – brauchen Sie so sehr, dass wir uns die Freiheit nehmen, Sie zu bitten, ein wenig mehr auf sich selbst zu achten, als Sie dies im vergangenen Jahr taten. Was vor uns liegt, wird gewiss nicht leichter sein als das Zurückliegende. Man hat manchmal den Eindruck, dass die neuen Narreteien schon auf dem Wege sind. [...] Bitte zählen Sie auf mich, wenn Sie glauben, mich brauchen zu können.“¹⁹⁴ Ein Jahr später meinte Herbert Wehner zum gleichen Anlass: „Vor allem will ich Ihnen herzlich danken für die Freundlichkeit und die Sachlichkeit, mit der Sie auch in diesem nicht leichten Jahr die uns gemeinsam aufgetragenen Pflichten erfüllt haben. Sie haben sicher manches erleichtert. Es wird gut sein, dabei zu bleiben und sich nicht anstecken zu lassen von der Aufgeregtheit mancher.“¹⁹⁵

Für Wehner war es eine „politische Freundschaft mit engem persönlichem Verhältnis der beiden zueinander“.¹⁹⁶ Er brachte später gegenüber Guttenberg in einem handschriftlichen Schreiben zum Ausdruck, dass er dessen Gegenwart sehr vermisse und dass „manches wohl besser zu machen wäre, wenn Sie dabei wären“. Inzwischen laufe alles sehr kompliziert.¹⁹⁷ Nachträglich bezeichnete Wehner seine Beziehung zu Guttenberg – etwas tiefstapelnd – als „ordentlich“.¹⁹⁸

Während der Großen Koalition und vor allem als Parlamentarischer Staatssekretär war Guttenberg in besonderem Maße für die Beziehung zwischen dem Regierungschef und dem gesamtdeutschen Minister zuständig. Guttenberg war von Kiesinger unter anderem auf diesen Posten gesetzt worden, um Wehner „bei der Stange zu halten“.¹⁹⁹ Dieser Aufgabe kam der CSU-Politiker mit großem Engagement nach. Für die Kommunikation des Kanzlers mit Wehner war Guttenberg unersetzlich.²⁰⁰ Kiesinger ließ sich von seinem Parlamentarischen Staatssekretär

¹⁹¹ Strauß, Erinnerungen, S. 402.

¹⁹² Guttenberg, Fußnoten, S. 50. Einigkeit herrschte vor allem in der Ostpolitik, vgl. Krone, Aufzeichnungen zur Deutschland- und Ostpolitik, Eintragung vom 15. 3. 1968, S. 197f.

¹⁹³ Guttenberg, Fußnoten, S. 135.

¹⁹⁴ Handschriftliches Schreiben Guttenbergs an Wehner vom 1. 1. 1968, AdsD, HWA, Allgemeine Korrespondenz/85.

¹⁹⁵ Wehner an Guttenberg, 27. 12. 1968, AdsD, HWA, Allgemeine Korrespondenz/91.

¹⁹⁶ So die Einschätzung Schönhovens, Wendejahre, S. 181. Vgl. auch: Postkarte Wehners an Baronin Guttenberg vom 20. 7. 1969, BArch, NL Guttenberg, N 1397/56.

¹⁹⁷ Handschriftliches Schreiben Wehners an Guttenberg vom 18. 5. 1969, ebd.

¹⁹⁸ Gespräch Bruno Kaisers mit Wehner am 8. 2. 1983, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-305.

¹⁹⁹ Gassert, Kiesinger, S. 532.

²⁰⁰ Ackermann, Mit feinem Gehör, S. 55; vgl. auch: Vermerk über ein längeres Vier-Augen-Gespräch mit Wehner am 6. 9. 1967, in: Vermerk Guttenbergs für Kiesinger vom 7. 9. 1967, BArch, NL Guttenberg, N 1397/90; Vermerk Guttenbergs für Kiesinger vom

über Wehner und dessen Äußerungen in der Presse informieren und sich dabei bestätigen, dass Wehner nach wie vor auf der Linie des Kanzlers liege.²⁰¹ Wenn Wehner etwas von Kiesinger wollte, wandte er sich zuerst an Guttenberg.²⁰² Guttenberg handelte nicht immer nur im Auftrage Kiesingers, sondern er und Wehner unternahmen ebenfalls „gemeinsame Anstrengungen“, um eigene Ziele zu erreichen, die jedoch denen des Kanzlers nicht entgegenstanden.²⁰³

Die Zusammenarbeit zwischen Guttenberg und Wehner konnte 1969 nur noch stark eingeschränkt weitergeführt werden. Sie wurde nicht durch inhaltliche Differenzen behindert, sondern durch Guttenbergs Krankheit,²⁰⁴ die seit Anfang 1969 seine Leistung schwächte und ab April 1969 seine Tätigkeit dauerhaft beeinträchtigte.²⁰⁵ Er konnte in seiner Fraktion keine Funktion mehr ausüben.²⁰⁶ Die Beziehung hielt jedoch bis zum Wahlabend am 28. September 1969,²⁰⁷ erst danach kam es zum Bruch.²⁰⁸ Als sich Wehner im Bundestag abfällig über Guttenberg äußerte, fragte der sich, ob er „um eine Erfahrung ärmer“ sei.²⁰⁹ Kurz vor seinem Tod erklärte Guttenberg gegenüber seinem CSU-Parteifreund Walter Althammer, Wehner sei „die größte Enttäuschung“ seines Lebens gewesen.²¹⁰

Es ist besonders darauf hinzuweisen, dass die enge Kooperation zwischen Kiesinger und Wehner thematisch hauptsächlich die Deutschlandpolitik betraf und

28.5.1968, BArch, NL Guttenberg, N 1397/91; Vermerk vom 19.9.1967, BArch, NL Guttenberg, N 1397/93; Vermerk Guttenbergs für Carstens vom 10.7.1968, BArch, NL Guttenberg, N 1397/94.

²⁰¹ Vermerke Guttenbergs für Kiesinger vom 4.11.1967 u. 27.8.1968, BArch, NL Guttenberg, N 1397/91; Vermerk Guttenbergs für Kiesinger vom 4.11.1967, BArch, NL Guttenberg, N 1397/90.

²⁰² Wehner an Kiesinger, 25.4.1968, BArch, NL Guttenberg, N 1397/54; Vermerk Guttenbergs für Kiesinger vom 22.10.1968, BArch, NL Guttenberg, N 1397/93; Vermerk Guttenbergs für Kiesinger vom 5.7.1967, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-286; Wehner an Guttenberg, 28.8.1968, BArch, NL Guttenberg, N 1397/56; Vermerk Guttenbergs für Kiesinger vom 12.2.1969, BArch, NL Guttenberg, N 1397/92; Vermerk Guttenbergs für Carstens vom 4.2.1969, BArch, NL Guttenberg, N 1397/94; Vermerk Guttenbergs für Kiesinger vom 4.9.1968, BArch, BKA, B 136/3752.

²⁰³ Handschriftliches Schreiben Guttenbergs an Wehner vom 1.1.1969, AdsD, HWA, Allgemeine Korrespondenz/91.

²⁰⁴ Guttenberg litt an einer Störung des zentralen motorischen Nervensystems.

²⁰⁵ Guttenberg, Fußnoten, S.156-159; Guttenberg an Hassel, 24.4.1969 u. 2.6.1969, u. Schmidt an Guttenberg, 13.6.1969, BArch, NL Guttenberg, N 1397/259; *Der Spiegel* vom 16.6.1969, S.34. Im Jahr 1969 nahm Guttenberg beispielsweise an keiner Sitzung des Kreißbronner Kreises mehr teil.

²⁰⁶ Interview des Verfassers mit Schmidt am 17.11.2005.

²⁰⁷ Vgl. das freundschaftliche Schreiben Guttenbergs an Wehner vom 6.11.1969, BArch, NL Guttenberg, N 1397/56; beziehungsweise das ebenso freundschaftliche Wehners an Guttenberg in Form einer Grußkarte vom 17.1.1970, ebd.: „Nehmen Sie diesen Gruß bitte, als Zeichen meines Respekts und meiner Hochachtung und Zuneigung. Ihr ergebener Herbert Wehner“.

²⁰⁸ Zu Bruch und Versöhnung vgl. Wienand im Interview, in: Reker, *Der Deutsche Bundestag*, S.119; Guttenberg an Krone, 12.3.1970, BArch, NL Guttenberg, N 1397/43; Schriftwechsel Wehner-Guttenberg, 7.6.1971 u. 8.6.1971, BArch, NL Guttenberg, N 1397/156.

²⁰⁹ Guttenberg, Fußnoten, S.178.

²¹⁰ Althammer, Bundestag, S.134; Strauß, *Erinnerungen*, S.403.

fast ausschließlich in der Anfangsphase der Koalition stattfand. Auf die rhetorische Frage Goethes an einen Freund „Brauchen wir Mittler um uns zu kommunizieren?“²¹¹ hätten Kiesinger und Wehner klar mit „ja“ antworten müssen. Nach Koalitionsbeginn lief der Kontakt zwischen Wehner und Kiesinger über den Parlamentarischen Staatssekretär Guttenberg. Allerdings kann von regelmäßigen informellen Zusammenkünften, um Absprachen zu treffen oder politische Meinungen auszutauschen, kaum die Rede sein.²¹²

Ob Wehner den Bundeskanzler und seinen Parlamentarischen Staatssekretär „nur als Partner auf Zeit und Mittel zum Zweck“²¹³ sah und ob Kiesinger Wehner nicht nur „schätzte“, sondern auch „überschätzte“²¹⁴, muss offenbleiben. Barzel urteilte allerdings scharf über Wehner. Er sprach von dessen „Skrupellosigkeit, mit der er laut und sichtbar Männer fallenließ, in denen er ein Gefühl von Freundschaft hatte entstehen lassen, während er sie brauchte; sie dann schamlos und auch öffentlich als Mißbrauchte blamierte – die Herren Konrad Ahlers, Kurt Georg Kiesinger und Freiherr von Guttenberg haben es schmerzlich erfahren.“²¹⁵ Es kann jedoch festgehalten werden, dass die Zusammenarbeit des Kanzlers mit Wehner für die Große Koalition wichtig war. Sowohl atmosphärisch als auch für die Entscheidungsfindung stellt sie zumindest zeitweise einen stabilisierenden Faktor dar.

Franz Josef Strauß und Karl Schiller

Als Franz Josef Strauß und Karl Schiller im Dezember 1966 Bundesminister der Finanzen und für Wirtschaft wurden, befanden sich Bundeshaushalt und Wirtschaft in einer – für damalige Verhältnisse – schwierigen Lage.²¹⁶ Am Ende ihrer Amtszeit fiel die Bilanz dagegen positiv aus. Nachdem 1,7 Mrd. DM an Schulden getilgt worden waren,²¹⁷ konnte ein Haushaltsüberschuss von 1,5 Mrd. präsentiert werden. Bei über 700 000 offenen Stellen und 1,2 Mio. Gastarbeitern gab es nur noch 178 600 (0,9 Prozent) registrierte Arbeitslose. Dies kam einer Vollbeschäftigung gleich. Das Bruttosozialprodukt stieg in den Jahren 1968 und 1969 wieder real um 7,3 beziehungsweise 8,2 Prozent. Die Inflationsrate lag trotz des allgemeinen Wirtschaftswachstums bei mäßigen 2,7 Prozent.²¹⁸

²¹¹ Goethe an Gottlob Friedrich Ernst Schönborn, 1. 6. 1774, in: Goethe, Briefe, S. 161.

²¹² So musste beispielsweise Wehner den Kanzler mit dem Schreiben vom 2. 7. 1968 an dessen Versprechen erinnern, sich mit ihm wegen des Freikaufs von DDR-Häftlingen zu treffen, BArch, NL Guttenberg, N 1397/94. Bei regelmäßigen Treffen wäre dies kaum nötig gewesen. Insgesamt sind nur wenige Treffen außerhalb der zyklisch wiederkehrenden Gespräche mit anderen feststellbar, vgl. Zeittafel 1966–1969 Bundeskanzler Dr. h. c. Kiesinger, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-320.

²¹³ So die Meinung von Freudenhammer/Vater, Wehner, S. 230.

²¹⁴ Baring, Machtwechsel, S. 134f.

²¹⁵ Barzel, Geschichten aus der Politik, S. 91.

²¹⁶ Vgl. die Zahlen in Kap. I.2.

²¹⁷ Der Schuldenstand des Bundes konnte von Jahresende 1968 auf Jahresende 1969 von 52,1 Mrd. auf 50,4 Mrd. DM gesenkt werden, vgl. Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik 1968, S. 399.

²¹⁸ Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik, S. 447f.; Rytlewski/Opp de Hipt, Zahlen, S. 141.

Zugeschrieben wird dieser Erfolg Strauß und Schiller – bei aller Hilfe, die sie durch andauerndes internationales Wachstum, niedrige Zinsen sowie mäßige Staatsverschuldung erhielten. Trotz der günstigen Rahmenbedingungen ist ihnen das Ergebnis in der gemeinsamen Wirtschafts- und Finanzpolitik „nicht einfach in den Schoß gefallen“.²¹⁹ Es wurde dadurch mit verursacht, dass Finanz- und Wirtschaftsminister ihre Politik des Sparens und Investierens aufeinander abstimmten.²²⁰

Schiller bezeichnete die Zusammenarbeit mit Strauß als „eng und vertrauensvoll“.²²¹ Die beiden nach Herkunft und Habitus grundverschiedenen Politiker bildeten für die Aufgabe der Haushaltssanierung und der Rezessionsüberwindung „ein geradezu ideales Gespann“. Strauß überzeugte in der Rolle des zupackenden und energischen Pragmatikers, der sein „bajuwarisches Temperament nicht verleugnen mußte, wenn es um die Demonstration von Tatkraft und Optimismus ging“. Ganz anders der Norddeutsche: Schiller glänzte als Nationalökonom durch Fachkenntnisse, er hatte professorales Selbstbewusstsein und wusste durch rhetorische Brillanz zu beeindrucken.²²² Ähnlich waren sie sich dagegen in ihrem Selbstbewusstsein, ihrer Ungeduld und Tatkraft. Beide waren dazu hochintelligent und immer Klassenprimus gewesen. Sie bewunderten sich gegenseitig: Der CSU-Finanzminister Schiller wegen dessen ökonomischen Wissens und der SPD-Wirtschaftsminister Strauß wegen dessen Durchsetzungsfähigkeit und Entschlossenheit.²²³

Schiller war als wissenschaftlicher Experte und Praktiker für seinen Posten als Bundeswirtschaftsminister fast schon prädestiniert. Strauß hatte nach seiner Zeit als Verteidigungsminister mehrere Semester Volkswirtschaft an der Universität Innsbruck studiert und sich bereits im Bundestag mehrfach als Finanzsachverständiger geäußert. Für seine Aufgabe brachte er noch eine weitere Voraussetzung mit: eine starke und durchsetzungsfähige Persönlichkeit.²²⁴

Es war nicht nur der Respekt vor der Kompetenz des jeweils anderen, der sie zum „Duett Schiller-Strauß“²²⁵ werden ließ. Beide besaßen die gleichen Vorstellungen, wie die Finanz- und Wirtschaftskrise überwunden werden sollte: Die Bundesfinanzen langfristig zu konsolidieren war nur möglich, wenn die Wirtschaft unter Einsatz öffentlicher Mittel wiederbelebt wurde – trotz des scheinbaren Widerspruchs, der zwischen Einsparungen im Bundeshaushalt und staatlichen Ausgaben für die Konjunkturbelebung bestand. Auch in ihren marktwirtschaftlich orientierten Auffassungen und den Bemühungen, in der Ausgabenpolitik die „Taschen im Schrank“ zu lassen, verstanden sich die Minister.²²⁶

²¹⁹ Schiller, Stabilität und Wachstum, S. 285.

²²⁰ Kleßmann, Zwei Staaten, S. 202.

²²¹ Schiller im Interview, in: Dem Wohl des Volkes dienen (VHS).

²²² Schönhoven, Wendejahre, S. 132f.

²²³ Lütjen, Schiller, S. 223.

²²⁴ Stephan, Gelernte Demokraten, S. 24. Finanzstaatssekretär Walter Grund sagte in seiner Abschiedsrede über Strauß als Bundesfinanzminister im Oktober 1969: „Unsere Zuversicht [dass Strauß die notwendigen Finanzmaßnahmen gelingen werden] gründete sich einmal auf Ihre starke Persönlichkeit, Ihre Durchschlags- und Überzeugungskraft, die es uns als sicher erscheinen ließ, daß Sie sich mit den notwendigen, teils recht unpopulären Maßnahmen durchsetzen würden.“ (ACDP, NL Grund, 01-042-005.)

²²⁵ Dahrendorf, Für eine Erneuerung, S. 69.

²²⁶ Müller-Hermann, Bundestag, S. 344.

Strauß hatte sich eingehend mit den wirtschaftspolitischen Konzeptionen „des Herrn Prof. Schiller“ befasst und war mit ihm als Bundeswirtschaftsminister zufrieden. Immerhin war er kein Gewerkschafter.²²⁷ Bereits im Frühjahr 1966 hatte Strauß vor der Presse gesagt, dass er sich mit Schiller in Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik rasch einigen könne.²²⁸ Schiller nannte vor Koalitionsbeginn gegenüber Brandt noch einen weiteren Antrieb für die Verständigung: „Ein erfolgreicher Wirtschaftsminister ist auf die loyale Zusammenarbeit mit dem Finanzminister angewiesen. Daß meine Bereitschaft mit der anderen Seite gegeben ist [sic!], weißt du.“²²⁹ Beide waren fasziniert von der ersten gemeinsamen großen Aufgabe, der Überwindung der Rezession.²³⁰ Die unerwartete „Verbrüderung“ der beiden hatte somit einen realen Hintergrund: Finanz- und Wirtschaftsminister waren bei einem konkreten Vorhaben aufeinander angewiesen. Wenn Schiller mit seinen Wachstumsideen durchdrang, dann konnte der mit einem Haushaltsdefizit kämpfende Strauß mit einem höheren Steueraufkommen rechnen. Erneut brachte es Schiller auf den Punkt: „Ich will Wachstum, er will Einnahmen.“²³¹

Die genannten Gründe führten zu einer „zeitweise erstaunlich engen Übereinstimmung“.²³² Nach dem ersten Abtasten – Schiller: „Mal sehen, was der Bayer macht“ – zeigte sich das ungleiche Paar unzertrennlich.²³³ So stilisierten die Medien sie zu „Plisch und Plum“,²³⁴ den „tollkühnen Defizit-Brothers“,²³⁵ den „politischen Zwillingen“²³⁶ sowie dem „doppelten Lottchen“²³⁷. Diese Bezeichnungen erhielten die beiden besonders aufgrund ihrer gemeinsamen Pressekonferenzen, Fernsehauftritte, Veranstaltungen²³⁸ sowie ihrer übereinstimmenden Botschaft: Stabilität und Wachstum²³⁹. Besonders Schiller wusste sich in der Öffentlichkeit

²²⁷ So Strauß in der CDU/CSU-Fraktionssitzung am 13. 12. 1966, Protokoll, S. 27, ACDP, CDU/CSU-BTF, 08-001-1012/1. Überhaupt lobte Strauß verschiedene Positionen Schillers, so beispielsweise seine Ablehnung einer Erhöhung der Ertragssteuern, was „für einen Sozialdemokraten ja viel“ bedeute, CDU/CSU-Fraktionssitzung am 8. 12. 1966, Protokoll, S. 56, ACDP, CDU/CSU-BTF, 08-001-1012/1.

²²⁸ Streitgespräch in der Sendung „Monitor“ zwischen Strauß und Schiller am 27. 5. 1966, BArch, NL Schiller, N 1229/208.

²²⁹ Schiller an Brandt, 30. 11. 1966, BArch, NL Schiller, N 1229/327.

²³⁰ Schiller im Interview, in: Dem Wohl des Volkes dienen (VHS).

²³¹ *Der Spiegel* vom 9. 1. 1967, S. 28.

²³² Schönhoven, Wendejahre, S. 31.

²³³ *Der Spiegel* vom 9. 1. 1967, S. 28.

²³⁴ Die Bezeichnung stammte von Rexhausen, einem politischem Satireschreiber, s. ders.: Plisch und Plum, in: *Der Spiegel* vom 30. 1. 1967, S. 14; frei nach: Busch, Plisch und Plum. Wegen ihres Körperbaus (Schiller = groß und schlank, Strauß = „klein“ und „dick“) und ihres Verhaltens boten sich die beiden Hunde aus der Geschichte von Busch an, vgl. Hildebrand, Von Erhard zur Großen Koalition, S. 266; Brandt, Begegnungen und Einsichten, S. 178, meinte: „Sie hatten nichts dagegen, von der Presse und in den Kabaretts als ‚Plisch und Plum‘ gefeiert zu werden.“

²³⁵ Schreiber, „Ich muß zeigen, wie ich das mache“, in: *Der Spiegel* vom 20. 3. 1967, S. 37.

²³⁶ Stücklen, Mit Humor und Augenmaß, S. 344.

²³⁷ Hildebrand, Von Erhard zur Großen Koalition, S. 294.

²³⁸ Neumaier, Bonn, S. 225. Besonders bekannt wurde der Auftritt auf der Bundespressekonferenz am 5. 9. 1968, als Schiller und Strauß den Entwurf für den Bundeshaushalt 1969 und die Fortschreibung der MiFiFi bis 1972 erläuterten, vgl. Bonner Almanach 1969, S. 157.

²³⁹ Tietmeyer an den Verfasser, 6. 2. 2006.

darzustellen. Sein Verhältnis zur Presse war ausgezeichnet.²⁴⁰ Vor allem durch seine einprägsamen Sprachschöpfungen und die Popularisierung von Begriffen der Nationalökonomie wie „antizyklische Finanzpolitik“, „Talsole“, „Aufschwung nach Maß“, „Konzertierte Aktion“ und „soziale Symmetrie“ wurde er einem breitem Publikum bekannt.²⁴¹ Er war ein „nicht nur dem Namen nach sprachbegabter und dichterisch gewandter Kollege“, wie Strauß ihn charakterisierte.²⁴²

In der Anfangszeit waren „Plisch und Plum“ „ganz unbestritten die Paradenummer“ der Regierung.²⁴³ Ihnen und ihrer Arbeit galt das öffentliche Interesse. Zu Beginn der Koalition stand die Finanz- und Wirtschaftspolitik wegen der aktuellen Situation im Mittelpunkt. Solange beide nebeneinander im Rampenlicht der Bonner Bühne agierten und in verteilten Rollen, aber miteinander die Probleme der Haushaltssanierung und Konjunktursteuerung zu bewältigen versuchten, so lange verkörperten sie die von der Bevölkerung gewünschte Eintracht der Großen Koalition²⁴⁴ und „genossen als Väter des Erfolgs eine unübersehbare Popularität“²⁴⁵. Bereits im Herbst 1967 zeigte sich, dass das von Strauß und Schiller vertretene Konzept der miteinander in Einklang gebrachten pro- und antizyklischen Konjunkturmaßnahmen sich positiv auf den Arbeitsmarkt und die Wirtschaftsentwicklung auswirkte.²⁴⁶ Abweichend vom Kabinettsvorschlag vom 6. Juli 1967 hatten beide Minister Einvernehmen darüber erzielt, eine andere Aufteilung des Investitionsprogramms vorzunehmen.²⁴⁷

Das Kernstück der neuen Wirtschaftspolitik von Strauß und Schiller war das Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft.²⁴⁸ Der

²⁴⁰ Lutzeyer (Hrsg.), Schiller, S. 16.

²⁴¹ Nützenadel, Stunde der Ökonomen, S. 328.

²⁴² Strauß, Antizyklische Finanzpolitik, S. 28.

²⁴³ Hildebrand, Von Erhard zur Großen Koalition, S. 286.

²⁴⁴ Im Februar 1967 fanden es 72% gut, dass es nun eine Große Koalition gibt, vgl. Jahrbuch der Öffentlichen Meinung 1965–1967, S. 201; im Januar 1967 hatten 61% Vertrauen in die Regierung der Koalition und glaubten, dass sie „etwas Gutes leisten wird“, vgl. Jahrbuch der Öffentlichen Meinung 1965–1967, S. 214; 57% hielten im Juli 1969 einen Regierungseintritt der SPD im Jahr 1966 für nötig, um die Wirtschaftskrise zu überwinden, vgl. Jahrbuch der Öffentlichen Meinung 1965–1967, 1968–1973, S. 280.

²⁴⁵ Hildebrand, Von Erhard zur Großen Koalition, S. 294. Seinen Popularitätshöhepunkt erreichte Strauß zwischen 1954 und 1967 im Juli/August 1967 als Bundesfinanzminister mit 49% Zustimmung. Schiller hatte im selben Zeitraum eine Zustimmung von 51%, vgl. Jahrbuch der Öffentlichen Meinung 1965–1967, S. 222 u. 231.

²⁴⁶ Schönhoven, Wendejahre, S. 134f. Schiller führte den Erfolg auf das Ergebnis einer seit 1967 von allen verantwortlichen Instanzen getragenen Politik der Globalsteuerung zurück, vgl. Schiller, Stabilität und Wachstum, S. 285. Was davon blieb, zeigt: Rödter, Modernisierungsideologie am Ende, S. 81.

²⁴⁷ Strauß/Schiller an Carstens, 4.8.1967, BAarch, BMF, B 126/51754. Das Vorschlagsrecht besaßen sie gemäß § 6 Abs. 2 des StWG.

²⁴⁸ Altmann, Planung in der Marktwirtschaft?, S. 31–42. Bis Ende der 1960er wurde das StWG von vielen Ökonomen als modernstes konjunkturpolitisches Steuerungsinstrument begrüßt. Nach der ersten Euphorie wurde aber bald zunehmend Kritik an den konjunkturpolitischen Möglichkeiten des Gesetzes laut, vor allem aufgrund des tiefen Konjunkturreinbruchs in den Jahren 1974/1975. Einen kurzen und umfassenden Überblick geben: Rürup/Siedenberg, Stabilitätsgesetz. Das StWG war unter der Regierung Erhard/Mende vorbereitet worden.

Gesetzeskompromiss wurde von beiden zusammen in „harten Verhandlungen“²⁴⁹ erarbeitet²⁵⁰ und in einem Koalitionsgespräch unter ihrer Leitung durchgesetzt.²⁵¹ Allerdings hätte das „Stabilitätsgesetz“ nicht ohne die Unterstützung von Kanzler und Vizekanzler²⁵² durch Bundestag und Bundesrat gebracht werden können.²⁵³ Durch dieses Gesetz erhielten beide Minister das Recht, Vorschläge für die erforderlichen Maßnahmen zu machen. Nach der gemeinsamen Empfehlung konnte die Bundesregierung daraufhin den Finanzminister zu konkreten Maßnahmen ermächtigen.²⁵⁴ Im Stabilitätsgesetz wurde das zweite Element der Strauß-Schillerschen Politik festgeschrieben: die MifriFi.²⁵⁵ Trotz der primären Zuständigkeit des Bundesfinanzministeriums nahm auch der Bundeswirtschaftsminister auf die Gestaltung der Finanzplanung des Bundes einen entscheidenden Einfluss.²⁵⁶

Die Harmonie zwischen Strauß und Schiller²⁵⁷ dauerte an, bis die Lösung ihrer Hauptprobleme mit dem Anziehen der Konjunktur und der Haushaltssanierung Ende 1967 erreicht war.²⁵⁸ Dann zeigte es sich, dass es weniger schwierig war, die Konjunktur schwungvoll anzukurbeln, als ihren Verlauf maßvoll zu gestalten, dies führte zu Meinungsverschiedenheiten.²⁵⁹ Schiller wollte weitere Maßnahmen zum Konjunkturaufschwung ergreifen, während Strauß sich mit seiner abwartenden Haltung durchsetzte.²⁶⁰ Ab diesem Zeitpunkt gab es ein Wechselbad sachlich bedingter Übereinstimmung, erfolgreicher gemeinsamer Aktionen und heftiger Auseinandersetzungen.²⁶¹

Erste Konflikte ergaben sich bereits im Zuge der MifriFi im Frühjahr 1967. Nach langwierigen Verhandlungen wurde auf der bis dahin längsten Kabinettsitzung in der bundesrepublikanischen Geschichte vom 6. bis 9. Juli 1967 ein Kom-

²⁴⁹ SPD-Fraktionssitzung am 9. 5. 1967, Protokoll, AdsD, SPD-BTF, 5. WP/63.

²⁵⁰ Brandt in der CDU/CSU-Fraktionssitzung am 9. 5. 1967, Protokoll, S. 18, ACDP, CDU/CSU-BTF, 08-001-1014/1.

²⁵¹ Beschlussprotokoll über die Koalitionsbesprechung am 14. 3. 1967, AdsD, HSA/5078.

²⁵² Brandt an Kiesinger, 11. 11. 1966, Anhang, S. 6f., BArch, BKA, B 136/4623; Kiesinger an die Ministerpräsidenten vom 2. 3. 1967, BArch, BMBR, B 144/1823.

²⁵³ Vgl. auch: Kroegel, *Einen Anfang finden!*, S. 282. Sowohl Bundestag (vgl. Möller [Hrsg.], *Gesetz zur Förderung*, S. 16–18), als auch Bundesrat (vgl. Kiesinger an die Ministerpräsidenten vom 2. 3. 1967, BArch, BMBR, B 144/1823) waren stark am Zustandekommen beteiligt.

²⁵⁴ Möller (Hrsg.), *Gesetz zur Förderung*, S. 108f.

²⁵⁵ Die Bundesregierung beschloss gemäß §§ 9–11 des StWG ihren ersten mehrjährigen Finanzplan für die Jahre 1967 bis 1971 vier Wochen nach Inkrafttreten des Gesetzes am 6. 7. 1967.

²⁵⁶ In einem Schreiben von Ravens an Schiller vom 10. 9. 1968 bezeichnete der SPD-Abgeordnete diesen Umstand als ein „erfreuliches Faktum“, AdsD, HSA/5088.

²⁵⁷ Brandt, *Begegnungen und Einsichten*, S. 178.

²⁵⁸ Stoltenberg, *Wendepunkte*, S. 179.

²⁵⁹ Vermerk Ackermanns für Barzel vom 19. 1. 1968, BArch, Barzel, N 1371/80; PPP vom 14. 6. 1968.

²⁶⁰ Vogel, *Solide Finanzpolitik*, S. 98f.

²⁶¹ So berichtete beispielsweise Ahlers am 20. 6. 1968 an Kiesinger von aktuellen Spannungen, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-001. Dagegen schlugen beide dem Kanzler im Frühjahr 1969 wieder gemeinsam konjunkturpolitische Maßnahmen vor, vgl. Schiller/Strauß an Kiesinger, 12. 3. 1969, BArch, BKA, B 136/7418.

promiss erreicht.²⁶² Im Dezember 1967 kam es erneut zu Meinungsverschiedenheiten, als der Wirtschaftsminister ohne Rücksprache mit Strauß in einer Sitzung der Konzentrierten Aktion²⁶³ neue steuerliche Investitionsanreize vorschlug. Strauß, der nie an den Treffen teilnahm, drohte damit, von einer Beteiligung seines Ministeriums „in Zukunft Abstand zu nehmen“, woraufhin Schiller einlenkte. Generell wehrte sich Strauß gegen das dritte Konjunkturprogramm Schillers.²⁶⁴ Beide bemühten sich noch im Februar 1969, eine Überkonjunktur zu verhindern.²⁶⁵ Kurz darauf verlangte Strauß einen „völligen Stopp“ der Konjunkturankurbelung, was Schiller ablehnte.²⁶⁶

Als Finanz- und Wirtschaftsminister die größten Herausforderungen in der Haushaltssanierung und der Konjunkturbelebung gemeistert hatten, wurde durch die Frage der Aufwertung der D-Mark²⁶⁷ ein Punkt erreicht, an dem der Konflikt nicht länger zu vermeiden war.²⁶⁸ Noch auf der internationalen Währungskonferenz in Bonn vom 20. bis 22. November 1968 hatten sich die beiden Protagonisten gegen die internationale Aufwertung der D-Mark gestemmt.²⁶⁹ Nach der Konferenz standen sie gemeinsam als „strahlende Sieger“ da.²⁷⁰ Im Frühjahr 1969 änderte Schiller aufgrund von konjunktur- und geldpolitischen Erwägungen sowie Profilierungsabsichten in der Vorwahlphase seine Meinung.²⁷¹ Strauß dagegen beharrte auf seinem Standpunkt und kämpfte gegen eine Aufwertung.²⁷²

Diese Auseinandersetzung von Anfang Mai 1969 führte zu einer der schwersten Krisen der Großen Koalition²⁷³ und zu Zweifeln, ob sie die kommenden fünf Monate bis zum Ende der Wahlperiode noch zusammenhalten würde. Strauß, der bis dahin in der Regel der Meinung seines Kabinettskollegen Schiller gefolgt war, löste sich endgültig aus dessen Schatten und bezog als kompromissloser Aufwertungsgegner Position. Die Unionsfraktion und ihre Kabinettsmitglieder sammelten sich hinter Strauß und die sozialdemokratischen Abgeordneten samt ihren Ministern hinter Schiller. Am 9. Mai 1969 konnte eine Kabinettsabstimmung zwischen

²⁶² Schönhoven, *Wendejahre*, S. 146–148.

²⁶³ Die Konzentrierte Aktion wurde von Schiller ins Leben gerufen, um durch gemeinsame Gespräche von Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften, Landwirtschaftsvertretern sowie Vertretern des Bundes, der Länder und Gemeinden alle am Wirtschaftsprozess beteiligten Institutionen aufeinander abzustimmen. Ziel war es, die Wirtschaftskrise zu überwinden. Vgl. Nützenadel, *Stunde der Ökonomen*, S. 316–320.

²⁶⁴ Strauß an Schiller, 15.12.1967, u. Schiller an Strauß, 20.12.1967, BAArch, BMWi, B 102/59377. Zu den ersten beiden Konjunkturprogrammen vgl. Drs. BT, V/3630.

²⁶⁵ PPP vom 27.2.1969.

²⁶⁶ SPD-Fraktionssitzung am 20.3.1969, Protokoll, AdsD, SPD-BTF, 5. WP/123.

²⁶⁷ Zur Aufwertungsdebatte aus volkswirtschaftlicher Sicht vgl. Willeke/Lees/Piekenbrock, *Aufwertungsdebatte*. Aus Bundesbanksicht: Emminger, *D-Mark*, S. 142–163.

²⁶⁸ Brandt, *Begegnungen und Einsichten*, S. 178f.

²⁶⁹ Lütjen, Schiller, S. 251–254.

²⁷⁰ Zencke, *Koalition im Wandel*, S. 64.

²⁷¹ Schönhoven, *Wendejahre*, S. 459.

²⁷² Hierbei hatte er besonders die Exportindustrie im Blick, die von der unterbewerteten D-Mark profitierte.

²⁷³ Vgl. auch Strauß, *Erinnerungen*, S. 95f., der Schillers Stellungnahme insbesondere auf den beginnenden Wahlkampf bezog; ähnlich: Informationsbericht von Robert Strobel vom 20.5.1969, Nr. 38, IfZ, Sammlung Strobel, ED 329/21.

diesen beiden Lagern über die Aufwertungsfrage mühsam verhindert werden.²⁷⁴ Ohne Abstimmung entschied das Bundeskabinett gegen eine Aufwertung. Schiller übte daran öffentlich Kritik und Strauß schlachtete dagegen Schillers Niederlage im Wahlkampf aus.²⁷⁵

Die Aufwertungsdebatte bedeutete zwar einen Bruch in der Kooperation zwischen Strauß und Schiller, dennoch musste das Tagesgeschäft weitergehen. Noch im Juli 1969 beispielsweise einigten sie sich, die Sätze nach dem D-Mark-Absicherungsgesetz um zwei Prozent zu erhöhen.²⁷⁶ Am Ende der Koalition war allerdings das Zerwürfnis zwischen Finanz- und Wirtschaftsminister so groß, dass Strauß noch nicht einmal zu einem Streitgespräch mit Schiller im *Stern* bereit war und stattdessen lieber mit Schmidt diskutieren wollte.²⁷⁷ Nach der Koalition wurde das Verhältnis dagegen wieder richtig gut. In der Oppositionszeit nach 1969 verklärte sich im Rückblick die gemeinsame Arbeit.²⁷⁸

Wie bedeutsam und stark waren Franz Josef Strauß und Karl Schiller wirklich innerhalb der Regierung der Großen Koalition? Tatsache ist, dass die wirtschaftliche Stagnation und das Haushaltsdefizit die wichtigste Rechtfertigung für die Bildung der Großen Koalition und für den Eintritt der Sozialdemokratie in die Bundesregierung gewesen waren.²⁷⁹ Diese beiden Krisenerscheinungen stellten zwei der größten Herausforderungen für das Bündnis dar,²⁸⁰ wie Kiesinger in seiner ersten Regierungserklärung auch besonders hervorhob.²⁸¹ Damit hatten die Minister Strauß und Schiller die anfänglich wichtigsten Aufgaben innerhalb der Koalitionspolitik zu meistern. Und die neue Wirtschaftspolitik galt dann tatsächlich als „das entscheidende Verdienst“ der Großen Koalition.²⁸² Dennoch ist fraglich, ob die Behauptungen zutreffen, im Kabinett sei das Bündnis von Strauß und Schiller dominiert worden,²⁸³ auf deren Schultern die Hauptaufgabe der Großen Koalition gelegen habe,²⁸⁴ und das Zusammenspiel von Strauß und Schiller sei für

²⁷⁴ Schönhoven, *Wendejahre*, S. 458f. u. 462.

²⁷⁵ Eschenburg, *Zur politischen Praxis der Bundesrepublik*, S. 170f. Kiesinger hatte Schiller aufgefordert, die Kabinettsdisziplin zu wahren und sich an den Kabinettsbeschluss zu halten, während Schiller dies offen ablehnte, vgl. Briefwechsel Kiesinger-Schiller vom 26. u. 29. 5. 1969, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-007. Am 14. 5. 1969 stritten sich Strauß und Schiller öffentlich im Bundestagsplenum, vgl. StenB BT, 5. WP, 235. Sitzung, S. 12976D–12979D.

²⁷⁶ Vermerk von Carstens für Kiesinger vom 2. 7. 1969, BArch, BKA, B 136/3753.

²⁷⁷ Informationen der Sozialdemokratischen Fraktion im Deutschen Bundestag vom 1. 9. 1969, ACSP, NL Strauß, BMF/348.

²⁷⁸ Vermerk eines Mitarbeiters Schillers an den Büroleiter vom 18. 1. 1971, BArch, NL Schiller/294.

²⁷⁹ Zencke, *Koalition im Wandel*, S. 46; Wehner im Interview mit Günther Gauss, in: *Pressemitteilungen und Informationen der SPD* vom 17. 5. 1968, BArch, NL Barzel, N 1371/75.

²⁸⁰ Kiesinger in der CDU/CSU-Fraktionssitzung am 27. 6. 1967, Protokoll, S. 4, ACDP, CDU/CSU-BTF, 08-001-1014/1; Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, S. 254.

²⁸¹ StenB BT, 5. WP, 80. Sitzung am 13. 12. 1966, S. 3656D; Stoltenberg, *Wendepunkte*, S. 167.

²⁸² Schmidt im Interview, in: *Die Zeit* vom 14. 6. 1968, S. 9.

²⁸³ Ellwein, *Regierungssystem der Bundesrepublik*, S. 317.

²⁸⁴ Bickerich, Strauß, S. 216f.

die unbestreitbaren Erfolge der Bundesregierung von ausschlaggebender Bedeutung gewesen.²⁸⁵

Tatsächlich spricht einiges dagegen. Zwei wichtige parlamentarische Vorhaben aus den Bereichen Wirtschaft und Finanzen neben dem Stabilitätsgesetz, nämlich den Ergänzungshaushalt 1967 und das Kreditfinanzierungsgesetz, setzte im Februar 1967 nicht der sozialdemokratische Wirtschaftsminister gegen die Widerstände in der SPD-Bundestagsfraktion durch, sondern der Fraktionsvorsitzende Schmidt.²⁸⁶ Auch während der dreitägigen Kabinettsitzung zur MifriFi wurde deutlich, wie beschränkt die Macht Schillers in seiner Partei war. Gegen Schillers erklärten Willen, jedoch auf ausdrücklichen Wunsch der Führung der Sozialdemokratie empfahl das Kabinett, eine Bundesergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer für Unternehmen und für Empfänger höherer Gehälter einzuführen. Der Bundestag folgte dieser Empfehlung.²⁸⁷

Das Verhältnis zwischen dem wirtschaftspolitischen „Star“ und seiner Partei war nicht einfach.²⁸⁸ Schiller war kein Parteipolitiker und nicht fest in der Partei verankert und er handelte nicht selten eigenmächtig. Als er sich einmal nicht an eine Vereinbarung zwischen den Fraktionen hielt, bekam er von seinem ehemaligen Mitarbeiter Helmut Schmidt eine Rüge.²⁸⁹ Auch in der Währungsfrage war lange Zeit seine Meinung nicht die seiner Partei.²⁹⁰ Er überschätzte seine Macht innerhalb der Sozialdemokratie.²⁹¹ Entgegen seinen Vorstellungen besaß er im Koalitionsausschuss keinen festen Platz. Erst im Wahlkampf erhielt er von der Partei, von Brandt, Wehner und Schmidt den nötigen Flankenschutz, weil er sich als „Wahllokomotive“ herausstellte.²⁹² Die Macht von Strauß in der Koalition war dagegen unabhängig vom Zusammenwirken mit Schiller und beruhte auf seiner Stellung als unumstrittener Vorsitzender einer der Koalitionsparteien. Außerdem hatte er einen festen Platz im Kreßbronner Kreis.

Beide Persönlichkeiten waren ein Zweckbündnis eingegangen, das auf die Überwindung der wirtschaftlichen Stagnation und die Sanierung des Haushalts gerichtet war. Sie kannten die Profilierungsabsichten des jeweils anderen und wussten, dass dieser Umstand auf Kosten der eigenen Absichten gehen konnte,²⁹³ es also

²⁸⁵ Birke, Bundesrepublik, S. 32.

²⁸⁶ SPD-Fraktionssitzungen am 24.1., 17. u. 23.2.1967, Protokolle, AdsD, SPD-BTF, 5. WP/51, 54 u. 59. Schmidt war seinem akademischen Lehrer gegenüber sehr verbunden und unterstützte ihn in der Fraktion, vgl. Schneider, Kunst des Kompromisses, S. 170. Nach seinem Studium war Schmidt 1949 Persönlicher Referent Schillers geworden. Schmidt bezeichnete Schiller allerdings auch als einen schwierigen Chef, da er „sowohl genial als auch eitel und empfindsam“ gewesen sei, Schmidt, Weggefährten, S. 403.

²⁸⁷ Zencke, Koalition im Wandel, S. 48 u. 53.

²⁸⁸ Dohnanyi, in: Europäische Wettbewerbspolitik, S. 15.

²⁸⁹ SPD-Fraktionsvorstandssitzung am 14.1.1969, Protokoll, AdsD, SPD-BTF, 5. WP/239.

²⁹⁰ Lütjen, Schiller, S. 259–263.

²⁹¹ Interview des Verfassers mit Schmidt am 17.11.2005.

²⁹² Schönhoven, Wendejahre, S. 325 u. 466.

²⁹³ So schrieb Strauß an Stücklen am 25.2.1969: „Sei versichert, daß ich die Vorliebe von Herrn Schiller, seine Verdienste in der Öffentlichkeit in den Vordergrund zu rücken, recht gut kenne. Ich trage in angemessener Weise dafür Sorge, daß auch die Tätigkeit des Bundesfinanzministers nicht in Vergessenheit gerät.“ (ACSP, NL Strauß, BMF/308.) Vgl. auch: Leicht an Stücklen, 17.5.1968, ACSP, CSU-LG, 5. WP/191.

zwangsläufig zu Schwierigkeiten kommen würde, sobald das gemeinsame Ziel erreicht war. Wie in der Geschichte von Wilhelm Busch waren die beiden Protagonisten zwar äußerlich „dick“ und „dünn“ – doch de facto bedeutete das nicht, dass sie auch miteinander „durch dick und dünn“ gingen.

Ihre Zusammenarbeit war rein geschäftlich auf die begrenzten Aufgaben der Finanz- und Wirtschaftspolitik gerichtet.²⁹⁴ Deshalb entwickelten sie keine weitergehenden Aktivitäten innerhalb der Regierung. Die Bedeutung von Strauß und Schiller für die Große Koalition ist somit in erster Linie darin zu sehen, dass die Minister in der Öffentlichkeit positiv wahrgenommen wurden und Rezession sowie Haushaltsdefizit durch geschicktes Zusammenwirken überwinden.²⁹⁵

Rainer Barzel und Helmut Schmidt

Wie Kiesinger, Guttenberg und Wehner lernten Rainer Barzel und Helmut Schmidt einander bereits vor 1966 kennen und schätzen. Sie trafen sich das erste Mal in den 1950er-Jahren bei den parlamentarischen Beratungen über die Grundgesetzänderungen zur Schaffung der Bundeswehr. Zehn Jahre später, als sie sich erneut begegneten, konnten sie sich noch gut aneinander erinnern.²⁹⁶ In seinen Memoiren schilderte Barzel ein folgenreiches Gespräch mit Willy Brandt: „Bei den Beratungen der Personalfragen hatte ich Willy Brandt zur Seite gebeten, ihm gesagt, daß ich nicht Mitglied der neuen Bundesregierung werden wolle und ihn gefragt, wer wohl mein Partner im Parlament werde. Meine Entscheidung für oder gegen die Große Koalition hänge auch davon ab. [...] Brandt antwortete lapidar: ‚Helmut Schmidt.‘ Ich gab ihm die Hand. Dann sei alles o.k.“²⁹⁷

Der Beginn der Arbeitsbeziehung verlief denkbar gut. Schmidt besuchte zum Auftakt der Koalition sein neues Gegenüber von der Union. Barzel war zwar der Jüngere von beiden, deshalb hätte er den Antrittsbesuch machen müssen. Da er mehr Dienstjahre vorweisen konnte, war es aber an Schmidt, bei Barzel zu erscheinen. Jetzt komme es auf sie beide an, soll Barzel gesagt haben. Unter intelligenten Leuten, sie beide würden als solche gelten, „bescheißt man sich nur ein einziges Mal“, und unter klugen Leuten lasse man es deshalb von Anfang an bleiben. Dabei habe er furchtbar gelacht, und beide sollen bemerkt haben, dass Zuverlässigkeit das Wichtigste sei.²⁹⁸ Hartmut Soell, damals Fraktionsmitarbeiter von Schmidt, bezeichnete den Anfang als eine „Pflichtgemeinschaft angesichts neuer

²⁹⁴ So waren beispielsweise im Terminkalender von Strauß in den Jahren 1967 und 1968 nur fünf Termine mit Schiller verzeichnet, vgl. ACSP, NL Strauß, Terminkalender 1967 u. 1968/422f. Dies zeigt, dass sie sich lediglich dann trafen, wenn es wirklich notwendig war, und darüber hinaus keine Aktivitäten zwischen ihnen geplant wurden; auch ein Schreiben Tietmeyers an den Verfasser vom 6. 2. 2006 bestätigt dies.

²⁹⁵ Selbst die Forschung konnte sich nicht der Wirkung des „Magiers“ Schiller entziehen und gelangte deshalb zu einer übertriebenen Einschätzung seiner Macht innerhalb der Koalition, desgleichen auch für die Zusammenarbeit zwischen Strauß und Schiller, vgl. für Schiller: Metzler, Konzeptionen politischen Handelns, S. 316f.

²⁹⁶ Schmidt, Weggefährten, S. 510; Barzel, in: Schmidt, Jahrhundertwende, S. 153f.

²⁹⁷ Barzel, Ein gewagtes Leben, S. 238f.; ähnlich in: Schmidt, Jahrhundertwende, S. 153.

²⁹⁸ Krause-Burger, Schmidt, S. 122.

Herausforderungen“, die später allerdings nicht „ohne freundschaftliche Züge“ gewesen sei.²⁹⁹

Die Beziehung zwischen den Führern des „parlamentarischen Unterbaus“ wurde in der Tat von allen Seiten als ausgesprochen gut bezeichnet.³⁰⁰ Schmidt stellte Barzel als einen „kooperationsfähigen Mann“ dar, und Barzel nannte die Zusammenarbeit mit Schmidt „fair und zuverlässig, die Arbeitsweise direkt, sehr schnell, unkompliziert, immer offen und manchmal sehr hart“.³⁰¹ Zur persönlichen Sympathie füreinander kam das bei beiden vorhandene Gefühl des „Zurückgesetztseins“.³⁰² Sie hätten kein bedeutendes Ministerium bekommen und hatten deshalb überhaupt auf einen Ministerposten verzichtet.³⁰³

Als Barzel das hinter ihnen liegende Jahr 1967 als eines der „vorzüglichen Zusammenarbeit“ bezeichnete, entgegnete Schmidt am selben Tag, dass sie beide es im laufenden Jahr mit ihrer gemeinsamen Arbeit nicht leichter haben würden. Möglicherweise, so Schmidt weiter, könnten sie sich das Geschäft dadurch etwas erleichtern, dass sie der Umwelt ein wenig verheimlichten, wie sehr sie im praktischen Vollzug zur kollegialen Kooperation gefunden hätten.³⁰⁴ Dies gelang offenbar nicht.³⁰⁵

Im Gegensatz zu den „politischen Freundschaften“ zwischen Strauß/Schiller und Kiesinger/Wehner bewährte sich die Zusammenarbeit von Barzel und Schmidt die gesamte Zeit der Großen Koalition und weit darüber hinaus.³⁰⁶ Sie schonten einander noch im Wahlkampf, als die Koalitionspartner die Ebene des Fair Play

²⁹⁹ Soell, Schmidt, S. 804; ähnlich: Schmidt, *Weggefährten*, S. 512; Barzel, *Ein gewagtes Leben*, S. 245; Brandt, *Begegnungen und Einsichten*, S. 175.

³⁰⁰ Gerstenmaier, *Streit und Friede*, S. 584; Schmidt, *Weggefährten*, S. 513; Barzel, *Ein gewagtes Leben*, S. 245; auch Rasner meinte in der CDU/CSU-Fraktionssitzung am 26. 9. 1968 über Schmidt: „Ein Mann, ein Wort!“ (Protokoll, S. 1, ACDP, CDU/CSU-BTF, 08-001-1017/1.)

³⁰¹ Barzel u. Schmidt im Interview, in: *Der Spiegel* vom 7. 7. 1969, S. 24 f.

³⁰² Knorr, *Der parlamentarische Entscheidungsprozeß*, S. 184. Barzel soll deshalb zu Beginn der Koalition gedroht haben: „Das wird denen noch leid tun, daß sie uns nicht ins Kabinett gelassen haben.“ (*Der Spiegel* vom 4. 12. 1966, S. 39.)

³⁰³ Schmidt, in: *Der Spiegel* vom 4. 12. 1966, S. 36. Zumindest für Schmidt traf dies zu. Aufgrund des Koalitionsproporzes war das von ihm bevorzugte Verteidigungsministerium an die Union gegangen, und er bekam deshalb nur das wenig bedeutsame Verkehrsministerium angeboten, welches er dankend ablehnte, vgl. Soell, Schmidt, S. 577. Barzel hatte bereits während der Koalitionsverhandlungen auf ein Ministeramt verzichtet, obwohl Kiesinger ihm das Verteidigungsministerium angeboten haben soll, vgl. Barzel, *Im Streit*, S. 117. Außerdem war Barzel bereits einmal Bundesminister (für gesamtdeutsche Fragen, 1962/1963) gewesen und kannte die Machtunterschiede zwischen Fraktionsvorsitz und Kabinettsmitglied, so Ackermann im Interview mit dem Verfasser am 9. 2. 2006.

³⁰⁴ Barzel an Schmidt u. Schmidt an Barzel, 18. 1. 1968, BAArch, NL Barzel, N 1371/74.

³⁰⁵ Sie wurden von Zundel als „Koalitionswillige“ bezeichnet, *Die Zeit* vom 29. 11. 1968, S. 9; als „Traumkontrahenten“, *Der Spiegel* vom 4. 12. 1967, S. 39; als „Dioskurenpaar auf der Bonner Bühne“, *Die Welt* vom 4. 1. 1969, S. 4; weiterhin als „schwarz-rote Zwillinge“, *Der Spiegel* vom 12. 8. 1968, S. 24; als „Koalitions-Brothers“, *Der Spiegel* vom 16. 10. 1967, S. 31, u. vom 30. 6. 1969, S. 27; sowie als „Angelpunkt der Koalition“, *Hamburger Abendblatt* vom 22. 3. 1969, S. 1. Dies stellt deutlich die ihnen beigemessene Bedeutung heraus.

³⁰⁶ Schmidt, *Weggefährten*, S. 511; Barzel, in: *Deutscher Bundestag*, S. 321.

bereits verlassen hatten.³⁰⁷ Bis zum Tod von Rainer Barzel im Jahr 2006 unterhielten sie beste Kontakte.³⁰⁸ Auf die von Barzel selbst gestellte Frage, wie er das Land regiert hätte, wenn der Wähler 1972 sich für ihn und seine Partei entschieden hätte, nannte er als Programm nur einen Namen: „Wie Helmut Schmidt.“³⁰⁹

Wie bereits erwähnt, hatte Barzel mit Schmidt die Abrede getroffen, dass sich die Fraktionen bei Koalitionsproblemen an sie wenden könnten und beide dann versuchen würden, Lösungen zu finden.³¹⁰ Zur Koordination ihrer Arbeit trafen sich Barzel und Schmidt meist dreimal während jeder Sitzungswoche. Zudem gab es zwischendurch ungezählte Telefongespräche.³¹¹ Häufig rief Schmidt seinen Kollegen Barzel bereits morgens um 8.30 Uhr unter dessen privater Geheimnummer an oder fuhr zu dessen Wohnung, um die politischen Tagesgeschäfte abzustimmen.³¹² Dabei führten sie Aussprachen „immer offen und kameradschaftlich“. ³¹³ Dies wurde auch durch die kurze Entfernung ihrer Büros im Bundeshaus erleichtert.³¹⁴ Bei den Treffen waren Barzel und Schmidt es gewohnt, sich schnell zu verständigen.³¹⁵

Allerdings funktionierte der Austausch nicht immer spontan und regelmäßig. Schmidt musste einmal seinen „Tarifpartner“³¹⁶ förmlich drängen, zu Beginn der kommenden Sitzungswoche mit ihm zu reden.³¹⁷ Im Falle des Zeitungsaustausches mit der DDR sei es über Monate hinweg nicht zu Gesprächen gekommen, beschwerte sich Schmidt im Krefßbronner Kreis. Daraufhin musste Richard Stücklen für den abwesenden Fraktionsvorsitzenden erklären, er werde die Sache mit Barzel besprechen.³¹⁸

In der wirtschaftlichen „Schönwetterphase“ 1968/1969, als es um Verteilungskämpfe innerhalb der Koalition ging, hatten sich die Fraktionsvorsitzenden auf eine pragmatische Vorgehensweise verständigt: Sie waren übereingekommen, in beiden Fraktionen nur solche Beschlüsse zu verabschieden, die der anderen Fraktion in Prestigefragen „noch Spielraum offen“ ließen. Dieses Prinzip, Kompromisse auf der Grundlage des Respekts vor Klientelinteressen der anderen Regie-

³⁰⁷ Knorr, Der parlamentarische Entscheidungsprozeß, S. 185.

³⁰⁸ Schmidt, Er wäre ein guter Kanzler geworden, in: *Die Zeit* vom 31. 8. 2006, S. 5.

³⁰⁹ Noack, In der Seele verletzt, in: *Der Spiegel* vom 24. 9. 2001, S. 74. Die Frage zielte auf das Misstrauensvotum nach Art. 67 des GG gegen Brandt 1972 und die anschließende Bundestagswahl ab.

³¹⁰ CDU/CSU-Fraktionssitzung am 14. 2. 1967, Protokoll, S. 2f., ACDP, CDU/CSU-BTF, 08-001-1012/1. Dies gelang ihnen z. B. in einer Landwirtschaftsfrage, vgl. Schmidt an Barzel, 28. 3. 1968, AdsD, HSA/5079. Zur Abrede vgl. Kap. II.4.

³¹¹ Schmidt in seiner ersten Zwischenbilanz über die Arbeit der Großen Koalition vor der SPD-Fraktion am 11. 4. 1967, Protokoll, Anhang, AdsD, SPD-BTF, 5. WP/59; Schmidt an Barzel, 28. 6. 1968, AdsD, HSA/5079.

³¹² *Der Spiegel* vom 16. 10. 1967, S. 31, u. vom 4. 12. 1967, S. 39. Dass Schmidt öfters in Barzels Privatwohnung war, bestätigt auch Barzels Mitarbeiter und Pressesprecher der CDU/CSU-Fraktion, vgl. Ackermann, Mit feinem Gehör, S. 55.

³¹³ Schmidt an Kiesinger, 23. 5. 1969, AdsD, WBA, A7/9.

³¹⁴ Interview des Verfassers mit Schmidt am 17. 11. 2005.

³¹⁵ Schmidt, zitiert nach: *Der Spiegel* vom 30. 6. 1969, S. 27.

³¹⁶ So Schmidt auf dem Parteitag der SPD in Nürnberg 1968, Protokoll, S. 186.

³¹⁷ Schmidt an Barzel, 17. 11. 1967, AdsD, HSA/5078.

³¹⁸ Vermerk mit Betr.: Koalitionsgespräch am 30. 1. 1968, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-010.

rungsparteien zu finden, bewährte sich in den letzten beiden Koalitionswahljahren als der „Königsweg“.³¹⁹ Allerdings gab es durchaus Differenzen, besonders deutlich während der Bundestagsdebatte über fünf von der SPD eingebrachte gewerkschaftsfreundliche Gesetze, unter anderem zur Mitbestimmung.³²⁰

In einem Schreiben vom März 1968 monierte Schmidt gegenüber dem Chef der CDU/CSU-Fraktion sarkastisch eine zwischen ihnen „ständig angewandte Konfliktregel“, die darin bestehe, einen schwierigen „Punkt zu vertagen“. Außerdem beschwerte sich Schmidt bei Barzel, dass „Anträge selbständig eingebracht werden, ohne Abstimmung mit der SPD“. Dies beurteilte er als „für das Klima zwischen den beiden Fraktionen höchst unerfreulich“, und er bat Barzel, „umgehend sehr mäßigend einzugreifen“, wie er selbst es auch praktiziere.³²¹

Beide waren bereit, einiges zu tun, um die Koalition zum Erfolg zu führen. Weil Wehner zum Wahlrecht auf dem SPD-Parteitag sprechen wollte, waren sie bei einem „Koalitionsgespräch der Fraktionsvorsitzenden“ übereingekommen anzuregen, dass er und Kiesinger sich über den Inhalt der Rede absprechen sollten.³²² Sie selbst trafen beispielsweise eine Vereinbarung in der Frage des Arbeitslosengeldes. Entgegen der ursprünglichen sozialdemokratischen Forderung, es um zwanzig Prozent zu erhöhen,³²³ hatte das Kabinett Kiesinger im Februar 1967 nur eine zehnprozentige Anhebung beschlossen. Schmidt erhob dagegen Einspruch, und Barzel unterstützte ihn. Im Koalitionsgespräch beim Kanzler Mitte Februar 1967, das die beiden Fraktionsvorsitzenden erzwingen, traf man sich in der Mitte; das Arbeitslosengeld wurde um fünfzehn Prozent erhöht.³²⁴

Barzel hatte Kiesinger zuvor mitgeteilt, dass er ein ausführliches und sehr ernstes Gespräch mit Schmidt geführt habe. In diesem habe er „die Gravamina der CDU gegen die Haltung der SPD-Fraktion vorgetragen“. Schmidt habe dabei zum ersten Mal die Schwierigkeit der Lage wirklich begriffen. Infolgedessen sei für den nächsten Tag ein Koalitionsgespräch zu den Themen Lohnfortzahlung, Finanzverfassung und Mitbestimmung vereinbart worden.³²⁵

Barzel und Schmidt vertraten die Ansicht, sie hätten in diese wichtige Kooperation schon fast hineinwachsen und die Tagesarbeit übernehmen müssen, weil Kiesinger und Brandt nicht zusammengefunden hätten.³²⁶ Indem sich die Fraktionsvorsitzenden über eine gemeinsame Politik verständigten, verliehen sie ihren Stimmen erheblich mehr Gewicht in der politischen Allianz;³²⁷ sie wurden zu Hauptakteuren in den immer wieder stattfindenden Koalitionsgesprächen.

³¹⁹ Schönhoven, Wendejahre, S. 332f.

³²⁰ Ebd., S. 378f.; Schneider, Kunst des Kompromisses, S. 116–132. Vgl. auch die Bundestagsrede Schmidts am 17. 10. 1968, StenB BT, 5. WP, 189. Sitzung, S. 10210C–10211B.

³²¹ Schmidt an Barzel, 28. 3. 1968, AdsD, HSA/5079. Zu weiteren Beispielen: Schmidt an Barzel, 11. 10. 1967, u. Barzel an Schmidt, 25. 10. 1967, BArch, NL Barzel, N 1371/243.

³²² Barzel an Kiesinger, 1. 4. 1969, BArch, NL Barzel, N 1371/273.

³²³ Vorsitzendenbesprechung am 14. 2. 1967, Protokoll, AdsD, SPD-BTF, 5. WP/254.

³²⁴ Rudzio, Regierung der informellen Gremien, S. 352.

³²⁵ Vermerk über einen Telefonanruf von Barzel vom 5. 12. 1968, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-009.

³²⁶ Barzel, Ein gewagtes Leben, S. 245; Schmidt, Weggefährten, S. 511.

³²⁷ Knorr, Der parlamentarische Entscheidungsprozeß, S. 184f.

Ihre Arbeit koordinierten die beiden Fraktionsvorsitzenden mit Hilfe des Kreßbronner Kreises, durch den sie die Koalition zusammenzuhalten versuchten.³²⁸ Ihre herausgehobene Position im Koalitionsausschuss verstärkte ihre Stellung innerhalb der Mehrheitsfraktionen. Durch eine miteinander abgesprochene gemeinsame Haltung im Kreßbronner Kreis konnten Barzel und Schmidt ihre Unabhängigkeit demonstrieren. Dies erleichterte es ihnen nachher, die unter ihrer Mitwirkung zustande gebrachten Beschlüsse vor ihren beiden Bundestagsfraktionen zu vertreten.

Aus ihrem Erfolg und ihrer Unabhängigkeit³²⁹ resultierte ein enormes Selbstbewusstsein. Als der Bundestag mit den Stimmen der SPD-Minister den Kabinettsbeschluss über die Kürzung der Bundeszuschüsse zur Rentenversicherung ablehnte,³³⁰ entgegnete Schmidt im Plenum auf Vorhaltungen Kiesingers, er habe die Sache nicht für übermäßig wichtig gehalten; wenn sie von überragender Bedeutung gewesen wäre, hätte sich die Bundesregierung bei den Fraktionsvorsitzenden melden müssen, „nämlich letzte Woche“, als sich die Führungen der einen und anderen Fraktion bereits einmal über das Thema unterhalten hatten.³³¹ Barzel wurde dazu im *Spiegel* mit den Worten zitiert: „Wenn es Ärger gibt, heben Schmidt und ich die Sache auf eine höhere Ebene und kalmieren sie.“³³² Das Selbstbewusstsein Barzels und Schmidts gegenüber dem Bundeskabinett wurde nicht nur in verbalen Äußerungen deutlich. Auch optisch wollten sie ein Zeichen setzen. Sie setzten durch, dass die Regierungsbank niedriger gemacht wurde, damit die Parlamentarier nicht mehr zu den Ministern aufschauen mussten.³³³

Besonders im letzten Jahr waren Barzel und Schmidt „die lautlose, verlässliche Achse der Großen Koalition“.³³⁴ Weil sich die Koalitionspartner immer stärker auseinander lebten und der Wahlkampf mehr ins Bewusstsein drängte, wodurch die Absetzungsbemühungen vom Koalitionspartner größer wurden, betonten die Parteien des Bündnisses mehr die Meinungsverschiedenheiten. Barzel und Schmidt arbeiteten indessen weiterhin sachlich und freundschaftlich zusammen.³³⁵

³²⁸ Wienand im Interview, in: Reker, *Der Deutsche Bundestag*, S. 123; Schönhoven, *Wendjahre*, S. 464. Zum Kreis vgl. Kap. III.4.

³²⁹ Gleich zu Beginn der Koalition hatten die beiden Fraktionsvorsitzenden zu erkennen gegeben, dass sie unter allen Umständen gewillt waren, ihre Eigenständigkeit nicht nur zu erhalten, sondern auszubauen, vgl. Knorr, *Der parlamentarische Entscheidungsprozeß*, S. 202.

³³⁰ *Der Spiegel* vom 26. 6. 1967, S. 26.

³³¹ StenB BT, 5. WP, 115. Sitzung am 15. 6. 1967, S. 5678D.

³³² *Der Spiegel* vom 20. 3. 1967, S. 31.

³³³ SZ vom 2./3. 9. 1967, S. 1. Schmidt hatte dieses Vorhaben vorangetrieben und Barzels Zustimmung eingeholt, vgl. Schmidt an Gerstenmaier, 3. 7. 1967, AdSD, HSA/5112; Schmidt an Barzel, 15. 11. 1967, BArch, NL Barzel, N 1371/243. Kiesinger hatte nichts gegen eine Absenkung, vgl. Vermerk Guttenbergs für Carstens vom 20. 7. 1967, BArch, NL Guttenberg, N 1397/93.

³³⁴ Baring, *Machtwechsel*, S. 130. Innerhalb des ersten Jahres wurde die Zusammenarbeit von Barzel und Schmidt perfektioniert und ausgebaut, im letzten Jahr funktionierte sie dann umso besser, vgl. Kaack, *Geschichte und Struktur*, S. 324.

³³⁵ Baring/Schöllgen, *Kanzler-Krisen-Koalitionen*, S. 103, betonten, je schwächer die Regierung Kiesinger geworden sei, umso wichtiger seien die beiden Fraktionsvorsitzenden geworden.

Aus den dargestellten Gründen ist es weit verbreitet, im Duo Barzel/Schmidt eine „faktische beziehungsweise heimliche Nebenregierung“³³⁶ oder sogar „Gegenregierung“³³⁷ zu sehen. Weiter wurden sie als „Treibriemen der Großen Koalition“³³⁸ oder als „die beherrschenden Figuren zwischen 1966 und 1969“³³⁹ bezeichnet.

Rainer Barzel und Helmut Schmidt wussten dabei nicht nur um ihre parlamentarische Macht, sondern auch um ihre Grenzen. So äußerte Schmidt gegenüber Kiesinger, er sei auch bereit, eine gegenüber dem vorangegangenen Koalitionsgespräch³⁴⁰ geänderte Vorlage des Kabinetts zum „steuerlichen Initiativ-Gesetz“ zu vertreten. Er würde sich zusammen mit Möller dem Kabinettsbeschluss beziehungsweise dem Kabinettskompromiss unterordnen.³⁴¹ Überhaupt beschäftigten sich die Fraktionsführer fast nur mit Vorlagen aus dem Kabinett.³⁴² Die beiden wichtigsten Parlamentsvertreter respektierten die Autorität der Bundesregierung, die die großen Linien vorgab.

Auch konnten die Fraktionsvorsitzenden nicht über die Mehrheit der Fraktionsmitglieder hinweg Kompromisse aushandeln.³⁴³ Ab Mitte des Jahres 1968 spürten beide, dass „sie immer mehr Mühe aufwenden müssten, um ihre Fraktionsmitglieder auf Regierungskurs zu halten“.³⁴⁴ *Der Spiegel* urteilte 1967, die von Barzel/Schmidt „gedopten“ Mehrheitsfraktionen hätten bei den harten Verhandlungen mit ihnen so „manche Kröte“ geschluckt,³⁴⁵ allerdings längst nicht jede. So konnten beide beispielsweise nicht die Bedenken gegen die Wahlrechtsreform ausräumen.³⁴⁶ Zudem war ihr Einfluss auf die Finanz- und Wirtschaftspolitik aufgrund der beiden dominanten Bundesminister eher gering.³⁴⁷ Auch in der Außen-, Sicherheits- und Deutschlandpolitik³⁴⁸ gelang es ihnen nicht, Akzente zu setzen.

³³⁶ Kropp/Sturm, Koalitionen und Koalitionsvereinbarungen, S. 114; vgl. auch: Schneider, Kunst des Kompromisses, S. 271.

³³⁷ Fehrenbach, Fleißig, wachsam, krisenfest ...?, S. 153.

³³⁸ Ahlers gegenüber dem SFB, *Bulletin* Nr. 158 vom 10. 12. 1968, S. 1391.

³³⁹ Ellwein, Regierungssystem der Bundesrepublik, S. 305; vgl. auch: Hildebrand, Von Erhard zur Großen Koalition, S. 270. Allerdings kann die Zusammenarbeit als ein Konkurrenzverhältnis zu Kiesinger gesehen werden, vgl. Schönhoven, Wendejahre, S. 146.

³⁴⁰ Vermerk mit Betr.: Koalitionsgespräch am 12. 11. 1968, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-010.

³⁴¹ Schmidt an Kiesinger, 27. 11. 1968, AdsD, WBA, A11.4/10.

³⁴² Ahlers schrieb am 30. 12. 1968 an Kiesinger: „Barzel und Schmidt werden sich in der Frage der Krankenversicherungsreform verständigen, sobald das Kabinett ihnen dafür einen konkreten Ansatz geliefert hat.“ (ACDP, NL Kiesinger, 01-226-001.)

³⁴³ So beispielsweise, als Barzel nicht zum Koalitionsgespräch kommen wollte, da die Meinungsbildung in der Fraktion zu den beiden Themen „Verjährung des Völkermords“ und „Abschaffung des 17. Juni als Feiertag“ noch nicht abgeschlossen sei, vgl. Barzel an Kiesinger, 4. 4. 1968, BArch, NL Barzel, N 1371/75. Allgemein zur Debatte über den „17. Juni“ während der Großen Koalition vgl. Wolfrum, Geschichtspolitik, S. 250–257.

³⁴⁴ Ahlers an Kiesinger, 20. 6. 1968, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-001.

³⁴⁵ *Der Spiegel* vom 30. 10. 1967, S. 30.

³⁴⁶ Schmidt sagte im Interview, er wolle eine Wahlrechtsreform, in: *Die Zeit* vom 21. 6. 1968, S. 6.

³⁴⁷ Schönhoven, Rezension.

³⁴⁸ Schneider, Kunst des Kompromisses, S. 204. Außenpolitik war traditionell eine Domäne der Exekutive.

Ihre Grenzen wurden ihnen bisweilen dadurch bewusst, dass sie als Fraktionsmitglieder nicht immer hinreichend über wichtige Regierungsangelegenheiten informiert waren.³⁴⁹ Ahlers teilte Kiesinger mit, die beiden Fraktionsvorsitzenden seien „unmutig“ darüber, dass sie über die Absichten der Bundesregierung nicht genügend unterrichtet seien und wichtige Informationen, die sie für ihre Arbeit und ihre eigene Urteilsbildung bräuchten, nicht erhielten.³⁵⁰ Schmidt beklagte sich selbst im Kreßbronner Kreis, dass er über Kabinettsbeschlüsse nicht rechtzeitig in Kenntnis gesetzt werde. Dadurch müsse er Entscheidungen verteidigen, die er gar nicht kenne. Kurz darauf bat Schmidt noch einmal um bessere Unterrichtung der Fraktionsvorsitzenden, besonders im Bereich der Außenpolitik und allgemein über Kabinettsvorlagen.³⁵¹

Die Bedeutung der Gespräche zwischen Barzel und Schmidt lag darin, dass sie wesentlich dazu beitrugen, gefährdete Gesetzesvorhaben durchzubringen. Für das Koalitions-klima war allerdings noch viel wichtiger, dass „durch solche Gespräche koalitionsinterne Erschütterungen und Auseinandersetzungen bereits im Keim erstickt wurden“.³⁵² Barzel und Schmidt handelten als Mittler zwischen den Koalitionspartnern, teilten der Bundesregierung mit, was mit den Fraktionen machbar war, und sicherten ihr dann in effizienter Kooperation den parlamentarischen Rückhalt.³⁵³

Auch wenn Kiesinger manches Mal über die beiden Fraktionsvorsitzenden stöhnte,³⁵⁴ so sahen er und sein Vizekanzler doch die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit ihnen ein, was ein Brief Brandts an Schmidt deutlich zeigt: „Kiesinger sagte mir heute, als er zurückkam, zwischen Dir und Barzel sei eine weitgehende Verständigung über den ‚Katalog‘³⁵⁵ erfolgt. Es wäre nicht schlecht, wenn dies stimmte. Ich bleibe dabei, daß es im allgemeinen, aber auch im besonderen Interesse liegt, besonders viel vom Tisch zu bekommen.“³⁵⁶ Auch Kanzler Kiesinger dankte den beiden Fraktionsvorsitzenden für „die große Mühe“, die sie sich während der letzten Wochen im Einsatz für die gemeinsamen Ziele der Koalition gegeben hätten.³⁵⁷ Die beiden Fraktionsvorsitzenden als „Kompromissfin-

³⁴⁹ Seinen Unmut darüber brachte Schmidt verschiedentlich zum Ausdruck. Deshalb hatte er vereinbart, dass Ahlers diese Unterrichtung übernehmen werde, vgl. Brandt an Schmidt, 29. 6. 1968, AdsD, NL Jahn/1345.

³⁵⁰ Ahlers an Kiesinger, 20. 6. 1968, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-001.

³⁵¹ Vermerk mit Betr.: Koalitionsgespräch am 25. u. 29. 6. 1968, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-010.

³⁵² Knorr, Der parlamentarische Entscheidungsprozeß, S. 186; Interview des Verfassers mit Neusel am 18. 8. 2004; Carstens, Politische Führung, S. 38, urteilte, die Regierung der Großen Koalition habe das Glück gehabt, von ihren beiden Fraktionsvorsitzenden in äußerst wirksamer Weise unterstützt zu werden.

³⁵³ Schneider, Kunst des Kompromisses, S. 77, 89 u. 91; Birke, Bundesrepublik, S. 32.

³⁵⁴ So schrieb Schmidt, Weggefährten, S. 511: „Kiesinger hat über Barzel und mich einmal gesagt, uns beiden sei ‚alles zuzutrauen‘; das sollte nach Scherz oder Ironie klingen, aber ich hörte seinen Ärger darüber heraus, daß wir ohne allzu große Mühe oder Geräusche alle jene Gesetzgebungskompromisse zustande brachten, die ihm als Kanzler nicht mehr gelingen wollten.“

³⁵⁵ Mit „Katalog“ sind hier die Themen und Gesetze gemeint, die noch während der Großen Koalition zu behandeln waren.

³⁵⁶ Brandt an Schmidt, 5. 4. 1969, AdsD, HSA/5379.

³⁵⁷ Vermerk mit Betr.: Koalitionsgespräch am 29. 6. 1968, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-010.

dungsduo“ zu nutzen, war bereits im Frühjahr 1967 üblich geworden. So beauftragte das SPD-Präsidium Schmidt, mit Barzel zu sprechen, um eine lange Diskussion nach der Regierungserklärung zu vermeiden.³⁵⁸

Barzel und Schmidt hielten mit Loyalität und Tatkraft die Fraktionen im Sinne des gemeinsamen Regierungserfolges zusammen.³⁵⁹ Beide bemühten sich darüber hinaus, atmosphärische Störungen innerhalb des Bündnisses auszuräumen.³⁶⁰ Deshalb waren die Kooperationsfähigkeit der beiden Fraktionsvorsitzenden und ihr persönlicher Einsatz letztlich mitentscheidend für den Erfolg der Großen Koalition.³⁶¹

3. Inoffizielle Koalitionsgespräche

Eine Möglichkeit, in der Koalition gravierende Meinungsdivergenzen in Sachfragen und potentielle Konflikte auszuräumen, bestand in parteiübergreifenden informellen Gesprächen. Es gab verschiedene Formen solcher Treffen. Schmidt erwähnte in einer Zwischenbilanz vor seiner Fraktion „Koalitionsgespräche zwischen den Fraktionsspitzen, dem Bundeskanzler und den beteiligten Ministern“.³⁶² Es gab Sitzungen mit allen Beteiligungsvarianten, in festgelegten Abständen vereinbarte Treffen und solche, die kurzfristig anberaumt wurden.³⁶³ Kommunikation und Kompromissfindung fand an vielen und unvorhergesehenen Orten statt: Vor, nach und während Kabinetts- und Plenarsitzungen, auf dem Gang oder anderweitig, unter vier Augen oder am Telefon besprachen sich Koalitionsmitglieder über gemeinsame Vorhaben.³⁶⁴

Die wichtigste Form des Koalitionsgesprächs stellten die Treffen der Fraktionsvorsitzenden und ihrer Ersten Stellvertreter dar. Rainer Barzel und Richard Stücklen sowie Helmut Schmidt und Alex Möller trafen sich gewöhnlich dienstagsmorgens zu Besprechungen.³⁶⁵ Ziel war es, das Vorgehen bei den Programmpunkten

³⁵⁸ SPD-Präsidiumssitzung am 11.4.1967, Protokoll, AdsD, SPD-PV.

³⁵⁹ Schmoeckel/Kaiser, Die vergessene Regierung, S.69; Tagebuch Osterheld, zitiert nach: *Rheinischer Merkur* vom 2.3.2006, S.10.

³⁶⁰ Dies berichtete ein Informant aus dem SPD-Parteivorstand am 13.4.1967, SAPMO-BArch, ZK-Büro Norden, DY 30/IV A2/2.028/24.

³⁶¹ Schneider, Kunst des Kompromisses, S.92; Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik, S.445; Carstens, Politische Führung, S.38; Müller-Hermann, Bundestag, S.344; Vermerk, o. D., SAPMO-BArch, ZK-Bestand Norden, DY 30/IV A2/2.028/13.

³⁶² Schmidt in seiner ersten Zwischenbilanz über die Arbeit der Großen Koalition vor der SPD-Fraktion am 11.4.1967, Protokoll, Anhang, AdsD, SPD-BTF, 5. WP/59.

³⁶³ Die unzähligen Koalitionsgespräche unter vier Augen werden nicht behandelt, da sie schwer fassbar sind. Über sie bestehen so gut wie keine Aufzeichnungen. Ihre Bedeutung ist aber nicht zu unterschätzen, vgl. Interview des Verfassers mit Benda am 26.4.2006.

³⁶⁴ So beispielsweise ein Gespräch zwischen Benda und Heinemann „zu Beginn der heutigen Plenarsitzungen“ sowie zwischen Benda und Reischl „in einem Telefongespräch“ über die Notstandsgesetzgebung, vgl. Vermerk Bendas für Lücke vom 6.9.1967, ACDP, NL Lücke, 01-077-107/1.

³⁶⁵ Möller an Hassel, 2.7.1969, AdsD, HSA/5396; Vermerk für Möller vom 21.4.1969, AdsD, Dep. Schüler/36; *Der Spiegel* vom 30.6.1969, S.27.

auf den Tagesordnungen ihrer Fraktionen gemeinsam abzuklären und Strategien festzulegen.³⁶⁶ Der Termin war gewählt worden, weil im Anschluss daran der Kreißbronner Kreis tagte. Durch eine vorherige Absprache über die Haltung der Koalitionsfraktionen konnten deren Führer im Koalitionsausschuss ihr volles Gewicht in die Waagschale werfen.³⁶⁷ Mit Sicherheit lässt sich sagen, dass diese regelmäßigen Besprechungen der Fraktionsvorsitzenden spätestens Mitte 1967 einsetzten und bis Mitte 1969 fort dauerten.³⁶⁸

Bei den Treffen der vier wichtigsten Fraktionsvertreter³⁶⁹ wurden die Prioritäten der legislativen Arbeit der folgenden Woche besprochen sowie Kompromisse ausgehandelt, über welche die Fraktionen zu entscheiden hatten.³⁷⁰ Die „parlamentarische Tischrunde“³⁷¹ fand „in einer ausgezeichneten Atmosphäre statt und führte zu konstruktiven Ergebnissen“.³⁷² Möller sah diese Dienstagsgespräche als sehr wichtig für die parlamentarische Arbeit an, denn: „Beide Spitzen der Fraktionen mußten am Nachmittag ihren Kollegen sagen, welches Programm zur Abwicklung vorlag, wie die Absichten des Partners wären und welche Differenzen schon jetzt erkennbar seien (oder wo es wohl keine geben würde). Ein solches Vorgehen war unerlässlich, sonst hätten wir aneinander vorbeigetaugt.“³⁷³ Die Fraktionsvertreter waren sich trotz ihres selbstbewussten Auftretens der Macht des Bundeskabinetts bewusst. Über die Streitfragen beim Nichtverbreitungsvertrag für Atomwaffen, dem NPD-Verbot und der Verjährung sprachen sie nicht, weil das Kabinett darüber jeweils am folgenden Tag beraten wollte. Dem Kabinett hatten die Abgeordneten den Vortritt zu lassen.³⁷⁴

Die beiden Fraktionen beauftragten besonders dann ihre Führungen, Kompromisse einzugehen, wenn die Abgeordneten dies auf dem offiziellen Weg in den Fachausschüssen nicht erreicht hatten. Im Fall des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes verlegte der Wirtschaftsausschuss des Bundestages die weiteren Verhandlungen in ein Koalitionsgespräch, in dem – wie bereits berichtet – ein Kompromiss erarbeitet wurde.³⁷⁵ Der CDU-Abgeordnete Helmut Wendelborn verteidigte ein solches Verfahren vor seinen Kollegen als „richtig, sachlich gerechtfertigt und anders nicht zu praktizieren“.³⁷⁶

³⁶⁶ Schneider, Kunst des Kompromisses, S. 87; Tagesordnungen von verschiedenen Sitzungen befinden sich in: ACSP, NL Stücklen/243.

³⁶⁷ FAZ vom 8. 7. 1969, S. 1.

³⁶⁸ FAZ vom 29. 8. 1967, S. 1, u. vom 31. 8. 1967, S. 1; Koalitionsbesprechung am 1. 7. 1969, Protokoll, ACSP, NL Stücklen/243.

³⁶⁹ Möller an Schmidt, 10. 9. 1969, AdsD, HSA/5396; Schmidts Ausführungen in der SPD-Präsidiumssitzung am 30. 8. 1967, Protokoll, AdsD, SPD-PV.

³⁷⁰ Soell, Fraktion und Parteiorganisation, S. 617f.

³⁷¹ Möller, Genosse Generaldirektor, S. 380.

³⁷² Barzel an Kiesinger, 1. 4. 1969, BArch, NL Barzel, N 1371/273.

³⁷³ Möller, Genosse Generaldirektor, S. 379, sprach von „Dienstagmittagsgespräche“, während Schmidt von einem „Dienstag-Frühstück“ redete, in: *Die Welt* vom 8. 7. 1969, S. 6.

³⁷⁴ So Schmidt in der SPD-Fraktionssitzung am 22. 4. 1969, Protokoll, AdsD, SPD-BTF, 5. WP/125.

³⁷⁵ Beschlussprotokoll über die Koalitionsbesprechung vom 14. 3. 1967, AdsD, HSA/5078; vgl. Kap. III.2.

³⁷⁶ CDU/CSU-Fraktionssitzung am 26. 6. 1968, Protokoll, S. 15, ACDP, CDU/CSU-BTF, 08-001-1016/2.

Einmal bat Lücke den Bundeskanzler, die für den nächsten Tag vorgesehene Verabschiedung des neuen Programms für die Zivilverteidigung im Kabinett zurückzustellen. Er hielt es für erforderlich, vorher mit den Koalitionsfraktionen zu sprechen. Erst wenn die Ergebnisse dieses Gesprächs vorlägen, solle das Kabinett das Programm verabschieden.³⁷⁷ Es war nicht ungewöhnlich, dass das Kabinett beschloss, eine Vorlage zurückzustellen, um sie erst in einem Koalitionsgespräch zu erörtern.³⁷⁸ Als ein solches nicht erfolgreich war, sollte Kiesinger darüber befinden, ob ein Einbringen der fertigen Vorlage ins Kabinett zweckmäßig erschien oder noch weiter verhandelt werden sollte.³⁷⁹

Neben den regelmäßigen Zusammenkünften der Fraktionsvorsitzenden gab es weitere Gespräche auf Spitzenebene.³⁸⁰ So konnte es vorkommen, dass der für das Gesetzgebungswerk zuständige Minister seinem Fraktionsvorsitzenden ein Koalitionsgespräch vorschlug. Der Vorsitzende unterbreitete den Vorschlag dann seinem Kollegen von der Partnerfraktion. Barzel und Schmidt bestimmten daraufhin die jeweiligen Spezialisten oder Vertreter, die ebenfalls an den Gesprächen teilnehmen sollten. Solche Kommissionen funktionierten dann am besten, wenn jeweils die wichtigsten Fraktionsvertreter in einem zahlenmäßig begrenzten Kreis formlos und ungezwungen zusammenkamen. Besonders die Hinzuziehung von Fraktionsexperten war für die Koalitionsgespräche unverzichtbar. Ohne sie blieben die Sitzungen an der Oberfläche, weil es oftmals um Detailfragen ging. Wurde allerdings Grundsätzliches besprochen, war die Anwesenheit von bedeutenden Abgeordneten unerlässlich.³⁸¹ Die Vorsitzenden der Fraktionen wechselten sich in der Leitung ab.³⁸²

Neben den Koalitionsrunden der Fraktionsvorsitzenden mit wichtigen Abgeordneten kam es zu Treffen der Experten unter sich, wie beim Leber-Plan. Hierbei konnte es gelingen, die Standpunkte anzunähern.³⁸³ Ferner gab es thematische Gespräche zwischen Bundesministern und Abgeordneten ohne den Bundeskanzler.³⁸⁴ Im Oktober 1967 fand ein Koalitionsgespräch statt, bei dem „allseits eine ‚große Wut‘“ wegen der nicht gerade zügigen Arbeitsweise der Bundesregierung bei der Behandlung einer Großen Anfrage herrschte.³⁸⁵ Anfang März 1968 traf sich Brandt mit Unionsabgeordneten zu außenpolitischen Fragen. Ende April

³⁷⁷ Lücke an Schmidt u. Lücke an Kiesinger, 10. 10. 1967, BArch, BKA, B136/5075.

³⁷⁸ Bzgl. der Verjährungsfrage vgl. Knieper an Heinemann, 2. 8. 1967, u. Vermerk vom 6. 10. 1967, BArch, BMJ, B 141/25674; bzgl. der Änderung von Art. 96a Abs. 2 des GG vgl. Kurzprotokollauszug der 122. Kabinettsitzung am 6. 5. 1968, TOP 5, BArch, BMF, B 126/51812.

³⁷⁹ Heinemann an Kiesinger, 7. 7. 1967, BArch, BMJ, B 141/25674.

³⁸⁰ Im Anhang befindet sich eine Auflistung der nachweisbaren Gespräche unter Angabe des Datums, der Teilnehmer und der behandelten Themen.

³⁸¹ Telefonische Mitteilung eines Referenten für Möller vom 28. 8. 1967, BArch, NL Möller, N 1369/494.

³⁸² Interview des Verfassers mit Schüler am 23. 2. 2006; Interview des Verfassers mit Benda am 26. 4. 2006.

³⁸³ Vgl. die Treffen am 15. 5. u. 4. 12. 1968, für die Quellenangaben vgl. die Auflistung der inoffiziellen Koalitionsgespräche im Anhang.

³⁸⁴ Nach Ansicht Barzels konnten Absprachen zwischen den Koalitionspartnern und den Ministern allerdings nicht ohne Einschaltung des Bundeskanzlers erfolgen, vgl. Telefonische Mitteilung an Möller vom 28. 8. 1967, BArch, NL Möller, N 1369/494.

³⁸⁵ Vermerk Guttenbergs für Kiesinger vom 9. 10. 1967, BArch, NL Guttenberg, N 1397/90.

1969 war das Auswärtige Amt Ort einer Besprechung, in der neben den Amtsvertretern auch Minister Stoltenberg und Abgeordnete über Sicherheitsfragen – wie den Nichtverbreitungsvertrag für Atomwaffen – debattierten. Im Juni 1969 diskutierten Parlamentsvertreter mit Bundesjustizminister Ehmke die Verjährungsfrage. Die Bedeutung dieser Treffen für die Verabschiedung der Notstandsgesetzgebung und des Leber-Plans kann nicht überschätzt werden.³⁸⁶ Während bei den erwähnten Beratungsgesprächen immer Minister, Fraktionsspitzen und Experten zusammenkamen, gab es auch Treffen, zu denen Kabinettsmitglieder entweder nur mit den Fraktionsvorsitzenden³⁸⁷ oder nur den Fachleuten³⁸⁸ zusammentrafen.

Schließlich fanden noch Koalitionsgespräche zwischen Kiesinger und den Spitzen beider Partner auf Kabinetts- und Fraktionsebene statt. Diese Gespräche können als eine Vorform des Kreßbronner Kreises angesehen werden, weil die Beteiligten teilweise identisch waren. Besonders wichtig wurden diese Diskussionen zwischen den Koalitionsvertretern aus Kabinett und Fraktionen im April, Juni sowie September 1967 bei der Beantwortung der Stoph-Briefe.³⁸⁹

Nach Bildung des Kreßbronner Kreises wurden gesonderte Termine, an denen sowohl wichtige Kabinetts- als auch Fraktionsvertreter beteiligt waren, deutlich seltener. In verkleinerter Runde ging es Anfang März um außenpolitische Themen, und Ende Mai 1968 kamen die politischen Partner nach einer Sitzung des Koalitionsausschusses erneut zusammen, um mit Experten über die Finanzreform zu sprechen. Auch die außerplanmäßigen Koalitionsgespräche wurden nach der Etablierung des Kreßbronner Kreises weniger.

Bei einer Besprechung, die vor einer Kabinettsrunde angesetzt war, berichtete Ehmke zur Verjährungsdebatte. An ihr sollen Kiesinger, Leber, Carstens und er selbst teilgenommen haben.³⁹⁰ Eine solche Besprechung zwischen Regierungsmitgliedern in kleiner Runde abseits von Kabinettsstisch oder Ministerausschüssen war nichts Außergewöhnliches. Bereits im Februar 1967 kam Kiesinger mit den maßgeblichen Ministern zu einer Aussprache über die Konzertierte Aktion zusammen. Als am 6. Juni 1967 der Sechs-Tage-Krieg im Nahen Osten begann, beriet der Bundeskanzler mit den entscheidenden Kabinettsmitgliedern über die Lage. Überhaupt besprach sich Kiesinger gern in außen- und deutschlandpolitischen Fragen mit wichtigen Vertretern seiner Regierung.³⁹¹ Im letzten Jahr der

³⁸⁶ Für die Notstandsgesetzgebungen vgl. die Sitzungen am 13. 2., 15. 2. u. 15. 12. 1967 sowie am 23. 1., 6. 2., 14. 2., 6. 3. u. 4. 4. 1968; für den Leber-Plan die Sitzungen am 18. 6., 25. 6. u. 13. 11. 1968, für die Quellenangaben vgl. die Auflistung der inoffiziellen Koalitionsgespräche im Anhang.

³⁸⁷ So am 16. 3. 1967, als die nächste Etappe der Großen Koalition diskutiert wurde.

³⁸⁸ So am 4. 7. 1967, 8. 5. u. 16. 10. 1968, als die Verjährungsfrage und der Leber-Plan Thema waren.

³⁸⁹ Manuskript Tagebuch Osterheld. Zeit der Großen Koalition, Eintragung vom 27. 5. 1967, S. 108, ACDP, NL Osterheld, 01-724. Zu den Briefwechseln Stoph-Kiesinger vgl. Taschler, Vor neuen Herausforderungen, S. 189–201.

³⁹⁰ Ehmke, Mittendrin, S. 62. Diese Sitzung konnte anderweitig nicht verifiziert werden.

³⁹¹ Vgl. die Gespräche am 12. 10. u. 23. 10. 1967 sowie am 18. 11. u. 4. 12. 1968, für die Quellenangaben vgl. die Auflistung der inoffiziellen Koalitionsgespräche im Anhang.

Großen Koalition wurde bei solchen Sitzungen aber vornehmlich über die Währungspolitik gesprochen.³⁹²

Die Bedeutung von Koalitionsgesprächen in kleiner Runde zwischen Mitgliedern des Kabinetts und der Mehrheitsfraktionen war hoch, weil von ihnen der größte Teil der politischen Initiativen ausging. Die Gesprächsergebnisse galten immer vorbehaltlich eines Beschlusses der Fraktionen,³⁹³ aber die Abgeordneten folgten in der Regel den Übereinkünften.³⁹⁴ Wenn einmal Ergebnisse über die Köpfe des parlamentarischen Parts der Allianz hinweg beschlossen wurden, konnten sie allerdings abgelehnt werden, und dann war es notwendig, erneut einen Kompromiss zu finden.³⁹⁵ Damit mussten Regierungsvertreter immer rechnen, wenn sie Koalitionsgespräche ohne die Fraktionen führten.³⁹⁶ Die in informellen Gesprächen erfolgten Absprachen trugen stark zum Erfolg der Koalition bei.³⁹⁷

4. Koalitionsausschuss: Kreßbronner Kreis

Der Kreßbronner Kreis wurde bezeichnet als: „außerparlamentarische Regierungszentrale der Großen Koalition“, „Regiezentrale“ und „Lenkungsausschuß“, „Kern des Bündnisses“, „Kiesingers Küchenkabinett“, „Kreßbronner Eidgenossen“, „Elefantenrunde“, „Koalitionszentrale“, „die zentrale Koordinierungsinstanz“, „innerer Koalitionsausschuss“, „Instrument jener mühseligen Kompromisse“, „Herz-Lungen-Maschine“, „engeres Führungsgremium der Regierung“, „das eigentliche Machtzentrum“, „Neben- oder Superkabinett“, „Zirkel der Mächtigen“, „Koalitions-Liebesmahl“, „Konsensmaschine“, „inoffizielles Beratungsgremium“, „koalitionspolitische Schaltstelle“, „der innere Kreis“ und „praktisch das Entscheidungsgremium über dem Kabinett“, „Kress-Bonner-Kreis“ sowie „Klammer und Klärwerk der Koalition“.³⁹⁸ Wie aus der Vielzahl von Bezeichnungen des

³⁹² So am 17. 3., 2. 7. u. 10. 8. 1969, für die Quellenangaben vgl. die Auflistung der inoffiziellen Koalitionsgespräche im Anhang.

³⁹³ Benda an Barzel, 6. 3. 1968, BArch, NL Barzel, N 1371/356.

³⁹⁴ Interview des Verfassers mit Benda am 26. 4. 2006.

³⁹⁵ So beispielsweise, als Möller und Stecker in der Diskussion zur Finanzverfassungsreform erklärten, die Abgeordneten fühlten sich nicht durch Vorgespräche gebunden und der Bundestag habe nicht die Aufgabe, „Abkommen“ zwischen Bund und Ländern zu ratifizieren, vgl. Finanzausschussitzung des Bundestages am 27. 6. 1968, PA-DBT 3107, 5. WP/Prot. 105.

³⁹⁶ So z. B. in der Frage der Finanzreform, vgl. Barzel an Kiesinger, 27. 1. 1969, BArch, NL Barzel, N 1371/80.

³⁹⁷ Ebenfalls: Knorr, Der parlamentarische Entscheidungsprozeß, S. 140.

³⁹⁸ *Der Spiegel* vom 19. 5. 1969, S. 26, u. vom 16. 6. 1969, S. 30, u. vom 30. 6. 1969, S. 27f., u. vom 8. 7. 1968, S. 19; Waigel, Rolle der CSU-Landesgruppe, S. 109; Interview des Verfassers mit Neusel am 18. 8. 2004; Kaltefleiter, Wechselspiel der Koalitionen, S. 90; Rausch, Parlament und Regierung, S. 242; Böhm, in: *Rheinischer Merkur* vom 5. 7. 1968, S. 2; Oberndörfer, Kiesinger und die Große Koalition, S. 334; Kaltefleiter, Kanzlerdemokratie, S. 30; Tern, Bonner Differenzen, in: FAZ vom 8. 3. 1968, S. 1; *Hamburger Abendblatt* vom 22. 3. 1969, S. 1; Schönhoven, in: Hildebrand, Buchvorstellung, S. 38; PPP vom 25. 9. 1968; Kleßmann, Zwei Staaten, S. 207; Bahr, Zu meiner Zeit, S. 217; Vermerk für Hassel vom 31. 3. 1968, ACDP, NL Hassel, 01-157-023/2; Soell, Schmidt, S. 619.

Kreßbronner Kreises ersichtlich wird, ist dieser Koalitionsausschuss³⁹⁹ zu einem „legendären Kreis“⁴⁰⁰ geworden.

Vorgeschichte

Bei der Bildung des Bündnisses hatten die beiden neuen Partner bewusst auf die Installierung eines formellen Koalitionsausschusses verzichtet. Sie hatten dabei sehr nachdrücklich erklärt, dass es keinen Ausschuss geben werde, in dem anstehende Gesetze etwa vorberaten, vorverhandelt und quasi vorbeschlossen würden.⁴⁰¹ Außerdem dachten viele Bundesbürger bei Beginn der „Elefantenehe“ an das negative Beispiel der Großen Koalition in Österreich (1945–1966, es war zeitweise sogar eine Allparteienregierung), bei der das Parlament völlig entmachtet war.⁴⁰² Union und Sozialdemokratie wollten deshalb jeden Vergleich mit der österreichischen Praxis von vornherein unterbunden wissen.⁴⁰³

Die Führungen der drei Koalitionsparteien wollten nach außen demonstrieren, dass sie die Bedenken von Teilen der Öffentlichkeit ernst nahmen, es könnte sich eine neue „Proporzdemokratie“ entwickeln.⁴⁰⁴ Kiesinger versuchte in seiner Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 diesbezügliche Bedenken zu zerstreuen: „In dieser Koalition werden keine Macht und Pfründe zwischen Partnern geteilt werden, keine Mißstände vertuscht und die Kräfte des parlamentarischen Lebens nicht durch Absprachen hinter den Kulissen gelähmt werden, wie ihr mit dem Schlagwort ‚Proporzdemokratie‘ unterstellt wird.“⁴⁰⁵ Die CDU/CSU-SPD-Koalition hatte nicht nur auf die Errichtung eines Koalitionsausschusses verzichtet, sondern auch darauf, einen formellen Koalitionsvertrag auszuhandeln.⁴⁰⁶ Die politischen Partner wollten sich nicht für die ganze Legislaturperiode binden und konnten sich über wesentliche Fragen der Innen- und Rechtspolitik nicht eini-

³⁹⁹ Hier ist vom Kreßbronner Kreis immer als einem Koalitionsausschuss die Rede. Zur Diskussion vgl. Eichhorn, Der Kreßbronner Kreis, S. 69f.

⁴⁰⁰ Rudzio, Informelle Entscheidungsmuster, S. 130.

⁴⁰¹ CDU/CSU-Fraktionssitzung am 26. 6. 1968, Protokoll, S. 14f., ACDP, CDU/CSU-BTF, 08-001-1016/2. Angeblich soll sich nur die Union ablehnend verhalten haben, während die SPD auf die Institutionalisierung eines Koalitionsausschusses als Entscheidungsgremium, aufgrund der schlechten Verfassung des Kabinetts, gedrängt habe, vgl. Schmoekel/Kaiser, Die vergessene Regierung, S. 74; Kralewski, Bundesregierung und Bundestag, S. 428.

⁴⁰² Zum österreichischen Modell vgl. Marcic, Koalitionsdemokratie. Zum Koalitionsausschuss vgl. Schneider, Große Koalition, S. 47; Rudzio, Mit Koalitionsausschüssen leben?, S. 206; ders.: Entscheidungszentrum.

⁴⁰³ Vgl. die Ausführungen Schmidts in der Bundestagssitzung am 15. 12. 1966, StenB BT, 5. WP, 82. Sitzung, S. 3718D-3719A.

⁴⁰⁴ Zu den Kritikern der Proporzdemokratie zählte der Basler Philosoph Karl Jaspers, der sich besonders mit seinen beiden bereits erwähnten Büchern sorgenvoll zur Entwicklung der Bundesrepublik geäußert hatte.

⁴⁰⁵ Kiesinger in seiner ersten Regierungserklärung, StenB BT, 5. WP, 80. Sitzung am 13. 12. 1966, S. 3656D-3657A. Zur Proporzdemokratie vgl. Lembruch, Proporzdemokratie.

⁴⁰⁶ Koalitionsverträge wurden seit 1961 auf Bundesebene ausgearbeitet, in denen meist auch der Koalitionsausschuss Erwähnung fand, vgl. Schüle, Koalitionsvereinbarungen.

gen.⁴⁰⁷ Statt eines Vertrages bildete die erste Regierungserklärung die gemeinsame Grundlage der Koalition.⁴⁰⁸ Auch wenn kein geheimes Abkommen existierte, gab es über Kiesingers erste programmatische Rede vor dem Bundestag hinaus doch mündliche Vereinbarungen.⁴⁰⁹

Im ersten Dreivierteljahr wurden Entscheidungen aufgrund der gemeinsamen Regierungserklärung getroffen. Nachdem die meisten Punkte der Regierungserklärung abgehakt waren, traten seit dem Spätsommer 1967 Differenzen der fast gleichstarken Koalitionspartner deutlicher hervor.⁴¹⁰ Kiesinger hatte die Partner bereits Anfang April 1967 vor „eifersüchtiger Herumnörgelei und Rechthaberei“ gewarnt⁴¹¹ – und trotzdem fand ein kalkulierter Kleinkrieg zwischen Christlicher Union und Sozialdemokratie statt.⁴¹² Vornehmlich die Landtagswahlen waren immer wieder Grund für Krisen.⁴¹³ Insbesondere die SPD hatte den Eindruck, dass sie sich auf Kosten der CDU/CSU profilieren müsse. Je kleiner der Vorrat an programmatischen Übereinkünften in Form der Regierungserklärung wurde, desto mehr verloren sich die Gemeinsamkeiten und desto häufiger „knisterte es im Koalitions-Gebälk“.⁴¹⁴

Anlass für die Treffen in Kreßbronn wurden Meinungsunterschiede über die Deutschland- und Außenpolitik.⁴¹⁵ Es bestand hier das Bedürfnis, Missverständnisse zu beseitigen und eventuell mit Moskau wieder Gespräche zu beginnen.⁴¹⁶ Die Differenzen waren in die Öffentlichkeit gedrungen.⁴¹⁷ Kiesinger warf Brandt und dessen Mitarbeiter Egon Bahr vor, immer wieder Informationen an die Presse durchsickern zu lassen, die den getroffenen Koalitionsvereinbarungen – besonders der Regierungserklärung von 1966⁴¹⁸ – zuwiderliefen. Der Kanzler sprach seinen Vize des Öfteren auf diesen Umstand an, worauf dieser immer wieder erklärte, sich an die Vereinbarungen halten zu wollen. Kiesinger stellte es am Ende der Koalitionszeit in einer Wahlkampfreden in der Westfalenhalle im August 1969 pathetisch so dar: „Jetzt kommt’s zum Rütli-Schwur, jetzt will ich endlich Schluß

⁴⁰⁷ Schneider/Zeh, Koalitionsbildung, S. 1323; Luda, Bundestag, S. 107.

⁴⁰⁸ Schmidt führte am 15.12.1966 vor dem Bundestag aus: „Wir haben keinen geheimen Koalitionsvertrag miteinander geschlossen, sondern erklären, daß diese Regierungserklärung den Rahmen unserer gemeinsamen Politik abgesteckt hat.“ (StenB BT, 5. WP, 82. Sitzung, S. 3719B.) Ähnlich äußerte sich Barzel, in: *Neue Rhein-Zeitung* vom 5.7.1968, S. 1; Strauß, Erinnerungen, S. 406.

⁴⁰⁹ Rudzio, Regierung der informellen Gremien, S. 350 Anm. 36.

⁴¹⁰ Schneider, Kunst des Kompromisses, S. 92 u. 96f.

⁴¹¹ DUD vom 3.4.1967, S. 3.

⁴¹² Knorr, Der parlamentarische Entscheidungsprozeß, S. 146.

⁴¹³ Kiesingers Ausführungen in der CDU-Bundesvorstandssitzung am 4.12.1967, in: Kiesinger: „Wir leben in einer veränderten Welt“, S. 707.

⁴¹⁴ Knorr, Der parlamentarische Entscheidungsprozeß, S. 146.

⁴¹⁵ So Kiesingers Schlusswort auf dem CDU-Bundesparteitag in Berlin am 7.11.1968, in: Kiesinger, Große Koalition, S. 248.

⁴¹⁶ SZ vom 30.8.1967, S. 1. Zu den ostpolitischen Auseinandersetzungen, die zu den Gesprächen in Kreßbronn führten, vgl. Gassert, Kiesinger, S. 573f.

⁴¹⁷ Besson, Gedanken zur Halbzeit, in: *Südkurier* vom 2./3.9.1967, S. 1, in: ders.: Erlebte Zeitgeschichte, S. 61.

⁴¹⁸ Kiesinger, Große Koalition, S. 132.

machen mit diesem nebulösen Getue. Ich will wissen: Stehen wir noch gemeinsam auf dem Boden der Regierungserklärung oder nicht.“⁴¹⁹

In einem Schreiben vom 22. August 1967 an Brandt drückte der Bundeskanzler sich etwas freundlicher aus. Er begründete die Notwendigkeit eines Treffens mit dem SPD-Vorsitzenden mit seiner Sorge über terminologische Unklarheiten bei ihrer Ostpolitik. Weiter führte er an, er habe bisher den Eindruck gehabt, dass es in der Substanz ihrer Politik keine Meinungsverschiedenheiten gebe, sei sich heute aber dessen nicht mehr so sicher. Kiesinger fügte hinzu: „Ich kenne Ihre Urlaubspläne nicht. Ich selbst befinde mich bis zum 4. September in Krefeld am Bodensee. Ich werde während dieser Zeit eine Aussprache mit Herrn Wehner über unsere Deutschlandpolitik haben und wäre Ihnen dankbar, wenn auch wir uns noch vor dem 4. September über einige der wichtigsten Aspekte unserer Außenpolitik unterhalten könnten. Es soll so bald wie möglich der deutschen Öffentlichkeit bestätigt werden, daß auch die Ostpolitik nach wie vor in Übereinstimmung mit meiner Regierungserklärung ist.“⁴²⁰

Es ging somit in erster Linie darum, die gemeinsam abgesprochene Politik zu bestätigen. Auch waren in der Presse Gerüchte über Probleme zwischen dem Kabinett und den Abgeordneten beider Lager aufgetaucht.⁴²¹ Kanzler Kiesinger ergriff die Initiative, um die nötigen Gespräche in Krefeld zu führen. Dadurch wollte er seiner Partei zeigen, dass er den Koalitionspartner im Griff habe.⁴²² Die Erweiterung des Gesprächs zwischen Kiesinger und Wehner um Brandt führte dazu, dass auch CDU-Generalsekretär Heck eingeladen wurde.⁴²³ Bereits am Sonntag, dem 27. August 1967, wurde der Presse in Bonn bekannt gegeben, dass in der folgenden Woche Heck, Brandt und Wehner nach Krefeld reisen würden, wobei neben den Differenzen in der Deutschland- und Ostpolitik hauptsächlich Widerstände innerhalb der CDU/CSU und der SPD gegen die MifriFi ausgeräumt werden sollten. Weil in der darauffolgenden Woche (am 6. September 1967) im Parlament eine Sondersitzung zum Thema Haushaltsfragen anstand, wurde eine Koordinierung zwischen Union und Sozialdemokratie nötig. Ferner war der CDU/CSU-Fraktionsvorstand für den 4. und 5. September nach Bonn einberufen worden, weswegen Kiesinger am 4. September zurückkehren wollte.⁴²⁴

Am ersten Tag der Treffen, dem 29. August 1967, traf zunächst der Bundesfamilienminister und CDU-Generalsekretär Bruno Heck ein. Später erreichten der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Herbert Wehner, und Bundesaußen-

⁴¹⁹ Kiesinger, Große Koalition, S. 319; ähnlich äußerte sich Kiesinger im Interview, in: BamS vom 26. 9. 1971, S. 16; Gespräch Bruno Kaisers mit Kiesinger am 22. 1. 1982, Protokoll, S. 5, 43 u. 45.

⁴²⁰ Kiesinger an Brandt, 22. 8. 1967, in: AAPD 1967, II, Dok. 306. Kiesinger machte mit seiner Familie im Hause seines Freundes, des Oberbürgermeisters von Friedrichshafen, Max Grünbeck, in Krefeld Urlaub, vgl. Kiesinger Niederschrift Tonband 1, o. D., S. 5, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-714.

⁴²¹ NZZ vom 1. 9. 1967, S. 1.

⁴²² Gassert, Kiesinger, S. 576.

⁴²³ FAZ vom 29. 8. 1967, S. 1.

⁴²⁴ *Die Welt* vom 28. 8. 1967, S. 1. Brandt wunderte sich darüber im Interview mit der WamS vom 2. 9. 1967, dass die Presse immer schon vorweg berichtete, worüber er mit den anderen Politikern sprechen würde, vgl. AdsD, WBA, A3/259.

minister Willy Brandt mit einer Bundeswehrmaschine das Städtchen am Bodensee.⁴²⁵ Vor den Gesprächen über die anstehenden Entscheidungen gingen die Politiker noch im See baden und danach spazieren.⁴²⁶ Die Zusammenkunft fand dadurch in einer ungezwungenen Urlaubsatmosphäre statt.

Auch wenn die Partner über die Ost- und Deutschlandpolitik schnell Einvernehmen erzielten,⁴²⁷ beschwerte sich Kiesinger später darüber, dass Brandt in der Unterredung sein früheres Verhalten verharmlost habe.⁴²⁸ Kiesinger bat die Minister Brandt und Wehner, sich bezüglich der Terminologie in der Ost- und Deutschlandpolitik Zurückhaltung aufzuerlegen, „um die Kritiker in der Union nicht zu provozieren“.⁴²⁹ Weitere Punkte des vierstündigen Austausches der „loosen Viererkonferenz“ waren zum einen das Abstecken von Zielen, die noch in der laufenden Legislaturperiode erreicht werden sollten, und zum anderen die Festlegung der parlamentarischen Marschroute für die MifriFi.⁴³⁰ Besprochen wurden darüber hinaus Themen wie die Finanzreform, die Wahlrechtsreform, die Notstandsgesetzgebung, die Mitbestimmungsfrage, die Bundespräsidentenwahl und die wissenschaftliche Beratung des Bundeskanzlers und der Bundesregierung.⁴³¹ Nach der Unterredung erklärte der Kanzler den anwesenden Journalisten, er sei sehr zufrieden. Die Aussprache habe gezeigt, dass sich die Koalitionäre in den wichtigsten Fragen der gesamtdeutschen Politik und der Außenpolitik einig seien.⁴³²

Tags darauf kam Kiesinger mit CDU-Vorstandsmitglied Helmut Kohl zusammen.⁴³³ Am dritten Tag, dem 31. August, führte Kiesinger vormittags Gespräche mit Finanzminister und CSU-Chef Franz Josef Strauß. Nachmittags sprach er erneut mit ihm, dieses Mal zusammen mit dem Unions-Fraktionsvorsitzenden Rainer Barzel und dessen Erstem Stellvertreter, Richard Stücklen.⁴³⁴ Zwei Tage später, am 2. September nachmittags, traf SPD-Fraktionschef Helmut Schmidt als letzter der wichtigsten Koalitionspolitiker ein. Kiesinger hatte am 22. August 1968 ausrichten lassen, falls Schmidt Zeit habe und ein Gespräch für wünschenswert halte, stehe er ihm „dort jederzeit herzlich gern“ zur Verfügung.⁴³⁵ Der *Südkurier* urteilte, dass Barzel und Schmidt zwar als letzte kamen – jedoch nicht als unwich-

⁴²⁵ SZ vom 30. 8. 1967, S. 1.

⁴²⁶ *Die Welt* vom 30. 8. 1967, S. 4.

⁴²⁷ *Der Spiegel* vom 4. 9. 1967, S. 21; dort auch eine anschauliche Beschreibung des Treffens.

⁴²⁸ Kiesinger Niederschrift Tonband 1, o. D., S. 5, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-714.

⁴²⁹ *Der Spiegel* vom 4. 9. 1967, S. 21.

⁴³⁰ *Die Welt* vom 30. 8. 1967, S. 1 u. 4.

⁴³¹ Vgl. die Ausführungen Brandts in der SPD-Präsidiumssitzung am 30. 8. 1967, Protokoll, AdsD, SPD-PV.

⁴³² Zeittafel 1966–1969 Bundeskanzler Dr. h. c. Kiesinger, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-320. Die Einigung wurde in den Medien nicht überall positiv aufgenommen, vgl. Kiesinger Niederschrift Tonband 1, o. D., S. 5, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-714; Besson an Kiesinger, 5. 9. 1967, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-001.

⁴³³ Zeittafel 1966–1969 Bundeskanzler Dr. h. c. Kiesinger, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-320; Gassert, Kiesinger, S. 576.

⁴³⁴ Besuch bei Bundeskanzler Kiesinger am 31. 8. 1967, Protokoll, ACSP, NL Stücklen/243; Handschriftliche Notizen des Gesprächs vom 31. 8. 1967, BArch, NL Barzel, N 1371/73/2.

⁴³⁵ Vermerk vom 22. 8. [1967], AdsD, HSA/5078.

tigste Gesprächspartner.⁴³⁶ So erlebten auch sie die „Verwandlung Krefßbronns in einen politischen Wallfahrtsort“ mit.⁴³⁷ Zwei Tage darauf flog Kiesinger wie geplant mittags von Krefßbronn zurück nach Bonn. Die begonnenen Gespräche wurden dort fortgesetzt.⁴³⁸

Institutionalisierung

Brandt bezeichnete vor dem SPD-Präsidium das Gespräch am 29. August 1967 zwischen Kiesinger, Heck, Wehner und ihm als die Geburtsstunde des Kreises. Nach den Einzelgesprächen in Krefßbronn fiel der Entschluss, sich häufiger in der Runde der Spitzenpolitiker zu treffen.⁴³⁹ Die Treffen des Kreises sollten allerdings nicht „den Eindruck erwecken, daß es sich um einen Koalitionsausschuß handle“.⁴⁴⁰ Bereits am Tag der Rückkehr Kiesingers aus Krefßbronn am 4. September 1967 dementierte die CDU/CSU-Fraktion Berichte, der Bundeskanzler wolle auf Verlangen der Unionsparteien einen Koalitionsausschuß bilden. Kiesinger selbst erklärte an diesem Tag, er wolle künftig verstärkt Gespräche in lockerer Form mit den Spitzenpolitikern beider Parteien führen, um durch rechtzeitige Konsultation Schwierigkeiten in der Koalition zu vermeiden.⁴⁴¹

Ein informeller Kreis nach Art der Krefßbronner Gespräche wurde von allen dort Beteiligten gewünscht. Heck hatte seinen Landsmann Kiesinger darin bestärkt, „daß es sinnvoll und zweckmäßig wäre, sich regelmäßiger und in kürzeren Abständen zu treffen“.⁴⁴² Im Verlauf eines internen Informationsgespräches äußerte er, dass bei diesen Treffen manches ausgeräumt werden könne, bevor sich ernstere Gegensätze entwickelten. Vor allem könnten dabei die gegenseitigen Empfindlichkeiten abgetastet werden, beispielsweise was die Partner einander in der Frage des Wahlrechts zumuten könnten.⁴⁴³

Weil die Fraktionsvorsitzenden während der Großen Koalition nicht an Kabinettsitzungen teilnahmen, soll Schmidt den Krefßbronner Kreis gefördert haben, um mehr Einfluss zu gewinnen.⁴⁴⁴ *Der Spiegel* wusste zu berichten, Schmidt schla-

⁴³⁶ Besson, Gedanken zur Halbzeit, in: *Südkurier* vom 2./3.9.1967, S.2, in: ders., *Erlebte Zeitgeschichte*, S.63f.

⁴³⁷ NZZ vom 1.9.1967, S.1.

⁴³⁸ Zeittafel 1966–1969 Bundeskanzler Dr. h. c. Kiesinger, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-320; *Die Welt* vom 4.9.1967, S.3.

⁴³⁹ Schmoeckel/Kaiser, *Die vergessene Regierung*, S.74f.

⁴⁴⁰ So Brandt in der SPD-Präsidiumssitzung am 30.8.1967, Protokoll, AdsD, SPD-PV. An diesem Tag sollen die Beteiligten in Krefßbronn übereingekommen sein, dass in Zukunft eine engere Zusammenarbeit von Repräsentanten beider Parteien in der Bundesregierung wie im Parlament erforderlich sei, vgl. SZ vom 30.8.1967, S.1.

⁴⁴¹ Zeittafel 1966–1969 Bundeskanzler Dr. h. c. Kiesinger, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-320. Der sozialdemokratische PPP wusste am 4.9.1967 zu berichten, dass „der Entschluß des Kanzlers einen Koalitionsausschuß einzurichten, auf einen Wunsch der Union zurückzuführen“ sei, vgl. auch: Gespräch Bruno Kaisers mit Kiesinger am 22.1.1982, Protokoll, S.3, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-009.

⁴⁴² So Brandt in der SPD-Präsidiumssitzung am 30.8.1967, Protokoll, AdsD, SPD-PV.

⁴⁴³ So Heck am 29.12.1967 vor CDU-Chefredakteuren, ACSP, NL Strauß, Fam/1152.

⁴⁴⁴ Schmoeckel/Kaiser, *Die vergessene Regierung*, S.75; eine andere Ansicht vertritt ohne Beleg: Knorr, *Der parlamentarische Entscheidungsprozeß*, S.187; Soell, Schmidt, S.622.

ge ein „Küchenkabinett“ vor, dem Kiesinger, Strauß, Heck und Schröder für die Union sowie Brandt, Wehner und Schiller auf Seiten der Sozialdemokratie angehören sollten.⁴⁴⁵ Barzel schrieb an den CDU-Parteivorsitzenden: „Der Koalitionspartner führt erneut Klage über mangelnden Kontakt zur Spitze der Bundesregierung. Ich habe daraufhin erklärt, daß Sie vorhätten, ein regelmäßiges Gespräch fest zu verabreden. Es ist der gemeinsame Wunsch beider Fraktionen, dass es dazu kommt.“⁴⁴⁶ Der Bundeskanzler notierte auf diesen Brief „12.00h“ und konkretisierte es später noch um den Wochentag: den Dienstag.⁴⁴⁷ Damit hatte er sich für die Installierung eines solchen Gremiums entschieden.⁴⁴⁸

Neben Heck sowie den beiden Fraktionsvorsitzenden drang Brandt darauf, dass weiter Gespräche wie am Bodensee zwischen Kanzler, Vizekanzler und den Fraktionsvorsitzenden geführt würden: „Es ist wichtig, daß solche Gespräche regelmäßig fortgesetzt werden. Dadurch wird es leichter werden, zwischen den Parteien der Großen Koalition zu einer kontinuierlichen Verständigung über Inhalt und Form dessen zu kommen, was wir gemeinsam zu verantworten haben. Auch als Außenminister habe ich den dringenden Wunsch, daß Reibungspunkte vermieden werden und an den Grundlinien der vereinbarten Politik festgehalten wird.“⁴⁴⁹ Wehner wurde in der *Welt* mit den Worten zitiert, es sei „inzwischen dazu gekommen, was man schon vorher hätte machen können und müssen“.⁴⁵⁰ Die Institutionalisierung wurde von Kiesinger nicht gerade vorangetrieben. Dennoch nutzte er den Kreis als ein „kongeniales Führungsinstrument“.⁴⁵¹ Durch dieses externe Koordinationsgremium verbesserte er seine Möglichkeiten, die Koalitionspolitik abzustimmen.⁴⁵²

Brandt war nicht der einzige, der sich darum sorgte, dass dieser neue Kreis den Anschein eines Koalitionsausschusses erwecken könnte. Unionspolitiker machten

⁴⁴⁵ *Der Spiegel* vom 16.10.1967, S.32. Kiesinger führte die Institutionalisierung in erster Linie auf Schmidts Initiative zurück, vgl. Gespräch Bruno Kaisers mit Kiesinger am 22.1.1982, Protokoll, S.3, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-009. Schmidt soll allerdings am 12.4.1967 vor seiner Fraktion noch verkündet haben, da das Verhältnis der SPD-Fraktion, der Bundesregierung und der CDU/CSU gut sei, wäre „auch in Zukunft ein Koalitionsausschuß nicht erforderlich“, vgl. *Das Handelsblatt* vom 13.4.1967, S.1.

⁴⁴⁶ Barzel an Kiesinger, 18.10.1967, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-002.

⁴⁴⁷ Handschriftliche Notiz Barzels an Kiesinger vom 27.10.1967, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-002.

⁴⁴⁸ In der Literatur gehen die Meinungen, ob Kiesinger den Kreis wirklich wollte, allerdings auseinander. Für Kiesingers Einsatz sprachen: Deuerlein, Deutschland, S.88; Strobel, Kreßbronner Motor, in: *Die Zeit* vom 5.7.1968, S.5; Kraft, Kiesinger, S.85; Neumaier, Pannenhilfe der Koalition, in: *Publik* vom 20.12.1968, S.4. Schneider, Kunst des Kompromisses, S.93; Knorr, Der parlamentarische Entscheidungsprozeß, S.224. Soell, Schmidt, S.622, und Gassert, Kiesinger, S.576, urteilen hingegen eher abwägend. Letztlich lässt es sich nicht mehr klären. Sicher ist jedenfalls, dass alle Beteiligten – mit Ausnahme von Strauß, s. unten – die Notwendigkeit der Einrichtung später eingesehen und begrüßt haben.

⁴⁴⁹ Brandt an Kiesinger, 6.11.1967, in: Brandt, Ein Volk der guten Nachbarn, S.144f. Am darauffolgenden Tag kam es dann tatsächlich zur ersten Sitzung des Kreises.

⁴⁵⁰ *Die Welt* vom 13.11.1967, S.1. Im Nachhinein sah sich Wehner als treibende Kraft der Gründung des Kreises, vgl. Gespräch Bruno Kaisers mit Wehner am 8.2.1983, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-305.

⁴⁵¹ Gassert, Kiesinger, S.577f.

⁴⁵² Schatz, Regierungschef, S.187f.

sich darüber ebenfalls Gedanken. *Das Handelsblatt* schrieb, CDU-Kreise hätten in der Bundeshauptstadt „äußerst allergisch“ auf Vermutungen reagiert, nach denen wichtige Entscheidungen der Bundesregierung und des Parlaments künftig in einer Art Koalitionsausschuss vorgeklärt würden. Diese Allergie rühre hauptsächlich aus Vergleichen mit Österreich. Es werde allerdings daran gedacht, „den Kreßbronner Kreis zu institutionalisieren“. In der SPD wurde die Auffassung vertreten, dieser Gesprächskreis könnte funktional zwischen einem Koalitionsausschuss und einem Inneren Kabinett angesiedelt sein.⁴⁵³

Warum wollten Kiesinger und Brandt, Heck und Wehner, Barzel und Schmidt nun den Kreis, nachdem sie zu Beginn der Koalition auf ihn verzichtet hatten? Der Koalitionsausschuss wurde gebildet, weil alle Beteiligten seine Notwendigkeit⁴⁵⁴ erkannt hatten. Es fehlte bis dahin ein Ort des ungestörten Austauschs zwischen den Regierungsparteien. Allerdings lehrte erst die Erfahrung der Zeit vor „Kreßbronn“, dass ein solcher Kreis in Zukunft ein nützliches Instrumentarium sein könnte. Die Runde entwickelte sich zu einem Koalitionsausschuss, der in der Presse als Kreßbronner Kreis bezeichnet wurde.⁴⁵⁵

Als es in der zweiten Junihälfte 1967 zu einem Disput zwischen Bundesregierung und Bundestag über die Kompetenzverteilung kam, wurden dem Kabinett seine Grenzen aufgezeigt. So äußerte Schmidt als Vorsitzender der SPD-Fraktion, dass die Bundesregierung zwar eine Vorlage zur MifriFi erstellen könne, aber das Parlament das Recht auf endgültige Beschlussfassung und Änderung habe. Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier (CDU) stellte sich auf die Seite Schmidts.⁴⁵⁶ Es wurde deutlich, dass dem Kabinett in wichtigen Angelegenheiten der Draht zu den Fraktionen fehlte. Spätestens seit es bei der beabsichtigten Kürzung von Zuschüssen für die Rentenversicherung auf Widerstand gestoßen war, wurde sichtbar, dass sein bisheriges Entscheidungssystem gescheitert war.⁴⁵⁷ Die sozialdemokratische Fraktionsführung hatte sich auf die Seite rebellierender Abgeordneter geschlagen, und dies hatte eine deutliche Abstimmungsniederlage der Bundesregierung zur Folge.⁴⁵⁸ Es war dringlich, die für das Funktionieren einer parlamentarischen Regierung so wichtige Verzahnung von Bundestagsmehrheit und Kabinett durch zusätzliche Gremien auszubauen.⁴⁵⁹ Gespräche informeller Art zwischen Kiesinger und Brandt, die sich außerhalb des Kabinetts selten sahen, waren ebenfalls nötig geworden.

⁴⁵³ *Das Handelsblatt* vom 7.9.1967, S.2; SZ vom 17.12.1967, S.1.

⁴⁵⁴ Mit Ausnahme von Franz Josef Strauß, der dem Kreis eher ablehnend bis gleichgültig gegenüberstand, vgl. dazu seine Rede in der CSU-Landesvorstandssitzung am 13.12.1968, Protokoll, S.8, ACSP, CSU-LV.

⁴⁵⁵ Es ist Gassert, Kiesinger, S.576, zuzustimmen, dass der Kreis eine Erfindung von Journalisten war. Der Name existierte bereits deutlich vor der Etablierung des Koalitionsausschusses, vgl. *Das Handelsblatt* vom 7.9.1967, S.2.

⁴⁵⁶ Kralewski, Bundesregierung und Bundestag, S.428f. Besonders die MifriFi war nun Auslöser und Auftakt, das Gremium weiterhin zu nutzen, vgl. Soell, Fraktion und Parteiorganisation, S.617; Neumaier, Pannenhilfe der Koalition, in: *Publik* vom 20.12.1968, S.4.

⁴⁵⁷ Rudzio, Informelle Entscheidungsmuster, S.130.

⁴⁵⁸ *Der Spiegel* vom 26.6.1967, S.26.

⁴⁵⁹ Kralewski, Bundesregierung und Bundestag, S.429f.

Eine institutionalisierte Koalitionsrunde war im November 1967 auch deshalb erstrebenswert, weil sich bei den beiden Partnern eine ganze Liste von Gesprächspunkten angesammelt hatte. Dieser Themenkatalog konnte in den Sitzungen des Kreßbronner Kreises behandelt werden.⁴⁶⁰ Analog zum „Montagskreis“ der zweiten Regierung Erhard bildete sich der „Dienstagskreis“ der Großen Koalition.⁴⁶¹ Zwei Monate nach den Aussprachen vom Bodensee kam in Bonn die erste Sitzung am 7. November 1967 zustande. Von diesem Tag an bis Februar 1969 tagte der Kreis für gewöhnlich in jeder Sitzungswoche.⁴⁶²

Der Koalitionsausschuss bildete sich nach und nach zu einem inoffiziellen, jedoch institutionalisierten Gremium heraus. Die Formalisierung des Koalitions-gremiums ging zu weiten Teilen auf Karl Carstens zurück,⁴⁶³ der unter anderem Tagesordnungen⁴⁶⁴ an die Teilnehmer, in der Regel einen Tag vor der Sitzung, versandte.⁴⁶⁵ Das Erstellen von Tagesordnungen ging auf die Initiative von Gerhard Jahn zurück. Weil das Bundeskanzleramt die Sitzungen vorbereitete,⁴⁶⁶ fragte es zunächst jeweils bei den Beteiligten an, welche Wünsche sie für das Gespräch hätten.⁴⁶⁷ Die Themenbereiche schrieb Carstens auf die Tagesordnung.⁴⁶⁸ Er gab sie erst dem Kanzler zur Kenntnis,⁴⁶⁹ bevor er sie an die Teilnehmer weiterleitete.⁴⁷⁰ Zudem schickte Carstens oft Briefe an Barzel und Schmidt, um sie zu informieren und nach weiterem Gesprächsbedarf zu fragen: „Die Bundesregierung hat die nachfolgend aufgeführten Gesetze, die nicht in den im Koalitionsgespräch am 29. Juni 1968 [Kleines Regierungsprogramm⁴⁷¹] vereinbarten Listen enthalten sind,

⁴⁶⁰ Zeitungsaustausch mit der „Zone“, Wohnungspolitik, Kindergeld und Kriegsofferrenten, vgl. Vermerk Frehsees für Schmidt vom 14. 11. 1967, AdsD, HSA/5078. Zur Behandlung im Kreis vgl. Auflistung im Anhang; dort sind auch alle Sitzungen des Kreßbronner Kreises mit Teilnehmern und den besprochenen Punkten aufgelistet.

⁴⁶¹ So wurde er zunächst von den Beteiligten genannt und auch noch in der „Zeittafel 1966–1969 Bundeskanzler Dr. h. c. Kiesinger“ bezeichnet, da er anfangs am Dienstagmittag tagte, vgl. ACDP, NL Kiesinger, 01-226-320. Zum Montagskreis vgl. Knorr, Der parlamentarische Entscheidungsprozeß, S. 224.

⁴⁶² Siehe unten.

⁴⁶³ Gespräch Jost Küppers mit Kiesinger am 17. 11. 1980, Protokoll, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-305.

⁴⁶⁴ BArch, NL Carstens, N 1337/587 bis 589.

⁴⁶⁵ Carstens an Brandt, 23. u. 30. 9., 2. 12. 1968, AdsD, WBA, A7/13. Carstens konnte sich auch hier von Guttenberg vertreten lassen, vgl. Guttenberg an Schmidt, 14. 10. 1968, für den 15., AdsD, HSA/5078.

⁴⁶⁶ Beispielsweise: Carstens an Abtl. II, 30. 5. 1968, BArch, BKA, B 136/3751.

⁴⁶⁷ Referent an Möller, 13. 2. 1968, BArch, NL Möller, N 1369/449.

⁴⁶⁸ Carstens an Barzel, 21. 10. 1968, BArch, NL Barzel, N 1371/78/2; Handschriftliche Notiz, Unterschrift nicht lesbar, für die Sitzung am 4. 4. 1968, BArch, NL Carstens, N 1337/587.

⁴⁶⁹ Carstens an Kiesinger, 6. 2. 1968, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-010; Vermerk von Carstens für die Abtl. vom 30. 1. 1968, BArch, BKA, B 136/3751.

⁴⁷⁰ Z. B.: Carstens an Strauß, 30. 9. 1968, ACSP, NL Strauß, BMF/371.

⁴⁷¹ Das Kleine Regierungsprogramm der Großen Koalition wurde im Kreßbronner Kreis am 29. 6. 1968 beschlossen, vgl. Kieseritzky, Einleitung, in: Brandt, Demokratie, S. 564 Anm. 1. Zuerst tauchte der Vorschlag eines solchen Programms bei Schiller auf, der auch gleich konkrete Vorschläge machte. Der Bundeskanzler griff es mit ergänzenden Punkten auf, vgl. Entwurf des Protokolls vom 21. 5. 1968, BArch, NL Carstens, N 1337/587. Brandt forderte ein solches noch einmal in einem Schreiben an Kiesinger vom 6. 6. 1968, indem er gleich einige konkrete Punkte vorschlug, in: Brandt, Demokratie, S. 157–160.

beschlossen. Das Bundeskanzleramt beabsichtigt, diese Gesetze, die nach Auffassung der Bundesregierung dringlich sind, am 14. Februar dem Bundesrat zuzuleiten. Sollten Sie eine vorherige Erörterung im Koalitionskreis bei einzelnen dieser Gesetze für erforderlich halten, darf ich um eine entsprechende Nachricht bitten.“⁴⁷² Es kam auch vor, dass Kiesinger vor Koalitionssitzungen Besprechungen mit Beteiligten abhielt, etwa mit Brandt oder Barzel.⁴⁷³ Bei Fachfragen wurden die zuständigen Ministerien gebeten, Ausarbeitungen für Kiesinger zu veranlassen. Dies war besonders dann der Fall, wenn es sich um Koalitionsprobleme handelte, bei denen der beteiligte Minister aus der Union kam und selbst nicht an den Sitzungen des Kreises teilnahm.⁴⁷⁴

Zu manchen Tagesordnungspunkten wurden Erläuterungen verschickt.⁴⁷⁵ Alle Teilnehmer des Kreises konnten zur Vorbereitung Unterlagen an die anderen Mitglieder senden. So ließ Möller den anderen Ausschussmitgliedern im Oktober 1968 eine Aufstellung der Vorschläge von Strauß und von SPD-Seite zur Steuerreform-Kommission zugehen.⁴⁷⁶ Carstens übermittelte nicht nur Informationen zu besonderen Fragen, sondern bereitete sich auch anhand von Unterlagen auf manche Tagesordnungspunkte vor.⁴⁷⁷ Oft wurden nicht alle anberaumten Themen diskutiert. Nicht selten wurde eine Angelegenheit vertagt, um den zuständigen Minister hinzuzuziehen. Es konnten auch Fragestellungen behandelt werden, die nicht angemeldet waren. Auch die Reihenfolge war nicht festgelegt.⁴⁷⁸

Die Zusammensetzung des Kreises bildete sich erst im Laufe der ersten zwölf Monate heraus. Wie Brandt bereits in seiner Rede vor dem SPD-Präsidium am 30. August 1967 erklärt hatte, sollten „an solchen Gesprächen die Vorsitzenden der Koalitionsparteien, einige Minister und die Fraktionsvorsitzenden teilnehmen“.⁴⁷⁹ Dieser Vorschlag wurde aufgegriffen. Kontinuität gewährleisteten anfangs lediglich der Bundeskanzler als Vorsitzender und sein Staatssekretär als Protokollant und Organisator.⁴⁸⁰ Ansonsten waren verschiedene Bundesminister und

⁴⁷² Carstens an Barzel/Schmidt, 10. 2. 1969, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-010.

⁴⁷³ Vermerk Neusels für Kiesinger vom 14. 5. 1968, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-009; Vermerk von Carstens für Kiesinger vom 7. 5. 1968, BArch, BKA, B 136/3751.

⁴⁷⁴ So hatte beispielsweise die SPD-Fraktion gegen den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des GG (Art. 76, Art. 77 des GG) Bedenken, vgl. Benda an Ernst, 7. 2. 1968, BArch, Bestand Benda, N 1564/Ordner Persönliche Schreiben.

⁴⁷⁵ Beispielsweise für TOP 2 „Schnellboote und U-Boote für Griechenland“ für das Koalitionsgespräch am 1. 10. 1968, vgl. Carstens an Strauß, 30. 9. 1968, ACSP, NL Strauß, BMF/371.

⁴⁷⁶ Möller an Schmidt und die anderen „Kreißbronner“ vom 10. 10. 1968, AdsD, HSA/5078. Vgl. auch eine Analyse des gesamtdeutschen Ministeriums, die helfen sollte, den TOP „Östberliner Verfassungsentwurf“ besprechen zu können, vgl. Carstens an Schmidt, 28. 2. 1968, ebd.

⁴⁷⁷ Für die Kambodscha-Sitzung z. B. hatte Carstens international anerkannte Rechtsgrundsätze vorgelegt, in welchen die Möglichkeiten eines Abbruchs der diplomatischen Beziehungen beschrieben waren: Tag der Ausgabe: Bonn, den 13. 8. 1964; Anhang 3 zum handschriftlichen Protokoll vom 2./3. 6. 1969, BArch, NL Carstens, N 1337/592.

⁴⁷⁸ Vgl. beispielsweise die TO für den 24. 9. 1968, BArch, NL Carstens, N 1337/589.

⁴⁷⁹ SPD-Präsidiumssitzung am 30. 8. 1967, Protokoll, AdsD, SPD-PV.

⁴⁸⁰ Der Bundeskanzler war der Einzige, der nie während einer Sitzung fehlte, nur am 26. 3. 1968 kam er erst zum TOP 3. Seit der ersten Sitzung des Jahres 1968 war auch der

Fraktionsvertreter aus beiden Lagern anwesend. Erst am 24. September 1968 trat der Kreis in der Besetzung zusammen, mit der er bekannt wurde: den Parteivorsitzenden Kurt Georg Kiesinger (CDU, Bundeskanzler), Willy Brandt (SPD, Bundesaußenminister) und Franz Josef Strauß (CSU, Bundesfinanzminister), den Bundesministern – in Personalunion gleichzeitig Parteivertreter – Bruno Heck (CDU-Generalsekretär, Minister für Familie und Jugend) und Herbert Wehner (SPD, Minister für gesamtdeutsche Fragen)⁴⁸¹ sowie den Fraktionsvorsitzenden Rainer Barzel (CDU) und Helmut Schmidt (SPD) und deren Erste Stellvertreter Richard Stücklen (CSU-Landesgruppenchef) und Alex Möller (SPD)⁴⁸². Es handelte sich hierbei um eine „Vier plus Vier“-Lösung mit vier Kabinetts- und vier Fraktionsmitgliedern beziehungsweise vier Vertretern von CDU/CSU und vier Vertretern aus der SPD.

Der SPD-Vorsitzende, Vizkanzler und Außenminister Willy Brandt war allerdings nach eigener Aussage zu einem Drittel seiner Zeit nicht in Bonn.⁴⁸⁴ Deshalb sollte ihn sein Parlamentarischer Staatssekretär Gerhard Jahn vertreten. Es war dennoch keine Seltenheit, dass beide anwesend waren oder keiner. Der Kreßbronner Kreis war im Übrigen ein offenes Gremium, in das Sachverständige zu verschiedenen Punkten der Tagesordnung genauso eingeladen werden durften⁴⁸⁵ wie zuständige Bundesminister⁴⁸⁶.

Das Gremium hatte bis Anfang des Jahres 1969 einen festen Stamm von bis zu zwölf Teilnehmern, erweitert durch die zu verschiedenen Tagesordnungspunkten jeweils hinzugezogenen Fraktionsspezialisten und/oder Ressortminister. Die Teilnehmerzahl des Kreises war somit zwar deutlich kleiner als die des Kabinetts, jedoch immer noch relativ groß. Bereits in der Sitzung Ende Mai 1968 wurde dieser Umstand von Schmidt bemängelt. Der SPD-Fraktionsvorsitzende schlug deshalb zunächst ohne Erfolg vor, den Kreis der Gesprächsteilnehmer wieder auf die ur-

Staatssekretär im Bundeskanzleramt als Protokollant anwesend, um die Ergebnisse festzuhalten. Brandt war mit der Teilnahme von Carstens an den Beratungen des „Dienstagskreises“ einverstanden, vgl. Vermerk Neusels für Carstens, o. D. [wahrscheinlich Januar 1968], BArch, NL Carstens, N 1337/586. Wenn Carstens verhindert war, führte Guttenberg das Protokoll. Dieser nahm partiell auch teil, wenn er nicht protokollierte. Laut Osterheld führte 1967 Werner Knieper im Kreßbronner Kreis das Protokoll, vgl. Manuskript Tagebuch Osterheld. Zeit der Großen Koalition, S. 175, ACDP, NL Osterheld, 01-724. Dies konnte aber nicht bestätigt werden.

⁴⁸¹ Kiesinger meinte, Brandt und Wehner seien wie „Vorsitzender und Generalsekretär“ zueinander, und sein Parteikollege Konrad Grundmann äußerte, Wehner sei der Mann der Organisation in der SPD. Vgl. CDU-Bundesausschusssitzung am 21. 5. 1967, Protokoll, S. 13 u. 16, ACDP, CDU-Bundespartei, 07-001-023/1. Wehner agierte in seiner Partei wie der Generalsekretär, vgl. Pirker, SPD nach Hitler, S. 333.

⁴⁸² Möller stand aus terminlichen Gründen erst ab 5. 3. 1968 zur Verfügung, vgl. Möller an Schmidt, 14. 2. 1968, BArch, NL Möller, N 1369/449.

⁴⁸³ Vermerk mit Betr.: Koalitionsgespräch am 11. 2. 1969, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-010.

⁴⁸⁴ Brandt, Begegnungen und Einsichten, S. 187.

⁴⁸⁵ Schmidt stand es z. B. frei, zu dem von ihm gewünschten TOP „Leber-Plan“ einen Sachverständigen mitzubringen, vgl. Fraktionsassistentin an Schmidt, 30. 4. 1968, AdSD, HSA/5078.

⁴⁸⁶ Bei den Beratungen über die Aufwertung der D-Mark nahmen sowohl Bundesbankvertreter als auch der Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller teil, vgl. FAZ vom 12. 5. 1969, S. 1.

sprüngliche Zusammensetzung zu reduzieren.⁴⁸⁷ In einem Schreiben an den Kanzler vom 20. Dezember 1968 beklagte sich Schmidt erneut: „Für meine Person darf ich sagen, daß in mancherlei Hinsicht Unmut und Unlust bei mir eingetreten sind. [...] Ich kann die stets wechselnde Besetzung nicht vorteilhaft finden, ebenso wenig die nicht verabredete Hinzuziehung des Bundestagspräsidenten.“⁴⁸⁸ [...] Ich finde, der Kreßbronner Kreis sollte auf seine ursprüngliche, sehr knappe Besetzung zurückgeführt werden,⁴⁸⁹ damit die Diskretion gewahrt bleibe; die Anwesenheit mehrerer Staatssekretäre und eines ehemaligen Bundesministers erscheint mir nicht nützlich.⁴⁹⁰ Der Kreis ist inzwischen so groß geworden, daß ein freimütiger Gedankenaustausch derjenigen, die nun einmal nach innen und nach außen die Hauptverantwortung tragen, erheblich beeinträchtigt wird. Wenn Sie nicht für möglich halten sollten, den Kreßbronner Kreis wieder auf seine ursprüngliche Zielsetzung zu konzentrieren und seine Zusammensetzung zu beschränken, so schiene es mir wünschenswert ihn auf eine Sitzung im Monat zu beschränken. [...] Meine Freunde, die Bundesminister Brandt und Wehner, haben mir abgeraten, meine Beteiligung am Kreßbronner Kreis aufzugeben. Ich folge ihrem Rat, zumal ich selbst davon ausgehe, daß aufsehenerregende Veränderungen öffentlich zusätzlich dramatisiert werden und das Koalitions-klima belasten müssen. Andererseits bitte ich darum, mich zu verstehen, daß mein Unmut über die Entwicklung des Kreßbronner Kreises im Laufe der letzten Monate sich mir als eine erhebliche Belastung des Koalitions-klimas darstellt.“⁴⁹¹

Aufgrund dieser deutlichen Worte, in denen Schmidt sogar die Möglichkeit des Rückzugs aus dem Kreßbronner Kreis androhte, wurde der Ausschuss verkleinert. Kiesinger ließ durch seinen Persönlichen Referenten dem Leiter des Ministerbüros von Brandt mitteilen, dass er auf Drängen Schmidts die Teilnahme am „Dienstagskreis“ in Zukunft einengen müsse. Nur noch die Fraktionsführer und die Bundesminister könnten eingeladen werden, die Parlamentarischen Staatssekretäre und der ehemalige Bundesminister Heck nicht mehr.⁴⁹² Carstens durfte als Protokollant und Organisator der Treffen weiter teilnehmen. Grundsätzlich sollten die Teilnehmer sich nicht mehr vertreten lassen können.⁴⁹³ Als Ausnahme sollte lediglich die Abwesenheit über einen längeren Zeitraum, aus Urlaubs-, Krankheits- oder anderen Gründen gelten. Obwohl beschlossen worden war, dass Brandts Parlamentarischer Staatssekretär Jahn nicht zusätzlich zu Brandt den Sitzungen

⁴⁸⁷ Vermerk mit Betr.: Koalitionsgespräch am 28.5.1968, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-010.

⁴⁸⁸ Eugen Gerstenmaier nahm an der Sitzung des Kreises am 11.12.1968 wegen des TOP „Bundesversammlung“ teil, der ihn direkt betraf, vgl. Protokoll der Sitzung, ebd.

⁴⁸⁹ Kiesinger, Strauß, Brandt, Wehner, Barzel, Stübben, Schmidt, Möller sowie Carstens.

⁴⁹⁰ Gemeint waren die Parlamentarischen Staatssekretäre Guttenberg und Jahn. Mit dem ehemaligen Bundesminister war Bruno Heck gemeint, der sein Ministeramt nur bis zum 2.10.1968 ausübte, um sich dann ganz dem Amt des CDU-Generalsekretärs zu widmen, vgl. Kleinmann, Geschichte der CDU, S. 301.

⁴⁹¹ Schmidt an Kiesinger, 20.12.1968, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-007.

⁴⁹² Leiter des Ministerbüros an Brandt vom 11.2.1969, AdsD, WBA, A7/13. Jahn nahm dies nicht positiv auf und beschwerte sich bei Brandt darüber, dass Carstens teilnehmen dürfe und er nicht; vgl. Jahn an Brandt, 12.2.1969, AdsD, NL Jahn/1345.

⁴⁹³ Vermerk Guttenbergs für Kiesinger vom 19.2.1969, BAArch, NL Guttenberg, N 1397/92; Vermerk mit Betr.: Koalitionsgespräch am 11.2.1968, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-010.

beiwohnen sollte,⁴⁹⁴ war er sowohl am 3. als auch am 10. Juni 1969 zusammen mit Brandt bei den Besprechungen anwesend.⁴⁹⁵

Strauß war der Einzige, der gern auf die Sitzungen verzichtete. Er ließ sich lieber von seinem Landesgruppenchef Stücklen über die Inhalte informieren und bei den Zusammenkünften des „Kreßbronner Kränzchens“ vertreten.⁴⁹⁶ Standen brisante Materien an, erhielt der CSU-Vorsitzende ein Schreiben mit der „dringenden Bitte“, bei der nächsten Sitzung anwesend zu sein.⁴⁹⁷ Auch der Parlamentarische Staatssekretär von Strauß machte seinen Minister auf wichtige Themen aufmerksam und riet ihm ebenso wie Guttenberg im Namen Kiesingers, zu erscheinen.⁴⁹⁸ Heck meinte zum Verhalten von Strauß, dieser mache „Politik durch Nichterscheinen“. Dann könne er notfalls immer sagen, er sei nicht selbst dabei gewesen.⁴⁹⁹

Der Koalitionsausschuss kam meist in einem der beiden Sitzungssäle des Bundeskanzleramtes oder im Hallstein-Zimmer, das mit seinen Vorzimmern salonmäßig wirkte, zusammen.⁵⁰⁰ Der Bundeskanzler berief den Kreis auch in das Arbeitszimmer von Barzel (10. Dezember 1968)⁵⁰¹ oder nach Berlin (5. März 1968)⁵⁰² ein.

Bis Februar 1969 traf sich das Koalitionsgremium, wie erwähnt, auf Vorschlag von Barzel dienstags. Der Wochentag bot sich deshalb an, weil nachmittags die Fraktions-sitzungen von CDU/CSU und SPD stattfanden, in denen die Fraktionsvorsitzenden aktuell berichten konnten, was im Kreßbronner Kreis besprochen worden war. Ab dem 23. Januar 1968 sollte der Kreßbronner Kreis dienstags um 13 Uhr tagen, verbunden mit einem kleinen Mittagessen.⁵⁰³ Die Uhrzeit konnte, abhängig von den Terminplänen der Teilnehmer, auch variieren.⁵⁰⁴ Begrenzt wurde der zeitliche Rahmen durch die Fraktionssitzungen, zu denen nicht nur die Vertreter der Fraktionen, sondern teilweise auch die Minister und der Kanzler erscheinen mussten.⁵⁰⁵

Nur außerplanmäßige Besprechungen konnten aus diesem Grund mit offenem Ende angesetzt werden. Dazu gehörte beispielsweise die Sitzung des Kreßbronner Kreises vom Samstag, dem 29. Juni 1969, in der „ohne zeitliche Begrenzung über

⁴⁹⁴ Vermerk Guttenbergs für Kiesinger vom 20. 2. 1969, BArch, NL Guttenberg, N 1397/92.

⁴⁹⁵ Vgl. Protokolle dieser Sitzungen, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-010.

⁴⁹⁶ Strauß an Brandt, 8. 3. 1968, AdsD, NL Jahn/1214. „Kränzchen“ war eine gern gebrauchte Bezeichnung, vgl. neben Strauß auch Barzel: Handschriftliche Notiz für die Sitzung am 4. 4. 1968, BArch, NL Carstens, N 1337/587.

⁴⁹⁷ Carstens an Strauß, 18. 1. 1968, BArch, BKA, B 136/3750; Carstens an Strauß, 18. 6. 1968, ACSP, NL Strauß, BMF/371.

⁴⁹⁸ Leicht an Strauß, 21. 10. 1968 u. 12. 11. 1968, ACSP, NL Strauß, BMF/376.

⁴⁹⁹ So Heck am 29. 12. 1967 vor CDU-Chefredakteuren, ACSP, NL Strauß, Fam/1152.

⁵⁰⁰ Gespräch Bruno Kaisers mit Kiesinger am 22. 1. 1982, Protokoll, S. 3, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-009. In diesen Räumen im Erdgeschoss des Palais Schaumburg hatte Walter Hallstein während seiner Zeit als Staatssekretär im Bundeskanzleramt (1950/1951) gearbeitet.

⁵⁰¹ Guttenberg an Carstens, 12. 12. 1968, BArch, NL Guttenberg, N 1397/95.

⁵⁰² Jahn an Brandt, 12. 3. 1968, in: Brandt an Kiesinger, AdsD, NL Jahn/1214; Brandt an Kiesinger, 14. 3. 1968, AdsD, HSA/5079.

⁵⁰³ Vermerk mit Betr.: Koalitionsgespräch am 23. 1. 1968, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-010.

⁵⁰⁴ So sollte die Sitzung – inkl. Mittagessen – am 25. 6. 1968 erst um 14 Uhr beginnen, vgl. Carstens an Schmidt, 21. 6. 1968, AdsD, HSA/5078.

⁵⁰⁵ Lediglich bei außergewöhnlich langen Besprechungen wurde die Uhrzeit des Tagungsendes angegeben, weshalb nicht genau zu erfassen ist, bis wann getagt wurde. Es ist aber von zwei bis drei Stunden auszugehen.

das Gesetzgebungsprogramm für den Rest der Legislaturperiode gesprochen werden“ sollte. Diese Sondersitzung, auf der ausgiebig diskutiert wurde, dauerte von 15 bis 23 Uhr.⁵⁰⁶ Die längste Besprechung des Kreßbronner Kreises am 2./3. Juni 1969 begann um 19 Uhr und endete erst um 5 Uhr am nächsten Morgen. Es ging um die Frage, wie die Bundesregierung auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen Kambodschas mit der DDR reagieren sollte, ferner um die Frage der Aufwertung der D-Mark und um den Nichtverbreitungsvertrag für Atomwaffen sowie um die noch nicht erledigten Punkte des Regierungsprogramms.⁵⁰⁷ Nach der Einschränkung der Teilnehmerzahl wurden die Besprechungen ab dem 11. Februar 1969 auf freitags 11 Uhr verlegt.⁵⁰⁸

Die Diskussionen im Kreis fanden in einem sehr guten Klima statt.⁵⁰⁹ Meistens wurden sie zwischen Kiesinger, Brandt und Schmidt geführt. Auch Barzel ergriff häufig das Wort. Stücklen äußerte sich nur, wenn es um die Meinung der CSU-Landesgruppe ging.⁵¹⁰ Sein Pendant bei der SPD, Möller, sprach am wenigsten. Es wurde behauptet, wegen des schwierigen Verhältnisses zwischen Kiesinger und Brandt habe sich dieser im Kreßbronner Kreis eher schweigsam verhalten und das Reden lieber Schmidt und Wehner überlassen.⁵¹¹ Zwar brachte Schmidt in der Regel die Meinung der SPD zum Ausdruck, aber Brandt beteiligte sich deutlich mehr an den Diskussionen als Wehner. Allein schon wegen seiner Position als Bundesaußenminister war seine Meinung und Kompetenz oft gefragt. Außerdem diskutierte Wehner nicht gern.⁵¹² Er hielt sich im Koalitionsausschuss mit Debattenbeiträgen genauso zurück wie im Kabinett. Schmidt sprach für Wehner. Strauß ergriff wie Wehner eher selten das Wort. Carstens diskutierte als Protokollant und Organisator nicht mit, sondern nahm nur die Vor- und Nachbereitung wahr. Er ergriff das Wort lediglich dann, wenn es um organisatorische Dinge ging.⁵¹³

Kiesinger war eindeutig die dominante Persönlichkeit im Kreßbronner Kreis.⁵¹⁴ Als Bundeskanzler leitete er die Diskussionen und sprach – wenn nötig – ein Machtwort.⁵¹⁵ Stellenweise füllte er die Rolle des Über-den-Parteien-Stehenden aus. Er äußerte zu jedem Tagesordnungspunkt seine Meinung und beteiligte sich auch ansonsten oft. Dass Kiesinger Vorsitzender des Kreises war, zeigte sich in seiner Entscheidungsgewalt über die Teilnahme von Externen. Als Brandt wünschte,

⁵⁰⁶ Carstens an Strauß, 18.6.1968, ACSP, NL Strauß, BMF/371; Vermerk mit Betr.: Koalitionsgespräch am 29.6.1969, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-010.

⁵⁰⁷ Carstens, Erinnerungen, S. 357f.; vgl. auch: Kap. IV.4.

⁵⁰⁸ Vermerk mit Betr.: Koalitionsgespräch am 11.2.1969, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-010.

⁵⁰⁹ So Heck am 29.12.1967 vor CDU-Chefredakteuren, ACSP, NL Strauß, Fam/1152.

⁵¹⁰ So am 1.10.1968, als es um das Städtebauförderungsgesetz ging.

⁵¹¹ Kieseritzky, Einleitung, in: Brandt, Demokratie, S. 23 u. 546 Anm. 20. Wehner redete im Kabinett ebenfalls wenig, wie er sich überhaupt selten an Diskussionen beteiligte.

⁵¹² Interview des Verfassers mit Benda am 26.4.2006.

⁵¹³ So in der Sitzung am 24.9.1968, als Carstens fragte, ob zu den vertagten TOPs „Städtebauförderungsgesetz“ und „Erhöhung der Personalstärke des BGS“ die zuständigen Bundesminister Lauritzen und Benda eingeladen werden sollten, vgl. Vermerk mit Betr.: Koalitionsgespräch, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-010.

⁵¹⁴ Carstens, Erinnerungen, S. 384.

⁵¹⁵ So z. B. am 13.8.1969 während der Wahlkampf-Debatte, vgl. Vermerk mit Betr.: Koalitionsgespräch, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-010.

dass Schiller aus sachlichen Gründen als Mitglied aufgenommen werden sollte, lehnte Kiesinger ab.⁵¹⁶

Während im Kabinett und in den Besprechungen der Fraktionsvorsitzenden die Parteieingensätze aufeinanderprallten, verliefen im Koalitionsausschuss die Fronten teilweise zwischen den Kabinetts- und Fraktionsrepräsentanten beider Lager. Barzel und Schmidt beanstandeten am 29. Juni 1968 gemeinsam die Arbeitsgruppe Wehrgerechtigkeit. Die Aufstockung des Altersgeldes für Landwirte durch den Kabinettsausschuss für Agrarfragen wurde von beiden Fraktionen kritisiert (10. Dezember 1968). Bei der Frage der Einsetzung eines Sonderausschusses für die Finanzreform stand Kiesinger am 7. Mai 1968 auf der Seite der Sozialdemokraten und sprach sich dafür aus.

Es kam vor, dass sich der stellvertretende SPD-Parteivorsitzende und Fraktionsführer seiner Partei im Bundestag, Schmidt, negativ über seine Parteigenossen im Kabinett äußerte. Am 29. August 1968 bat er um größere Disziplin der Kabinettsmitglieder und nannte als Beispiele für Fehlverhalten Reden Schillers und eine Initiative von Justizminister Heinemann zum Amnestiegesetz.

Der Koalitionsausschuss gewann bald an Bedeutung.⁵¹⁷ Die Betriebsstörungen, die zur ersten Einberufung im August 1967 geführt hatten, konnten überwunden werden.⁵¹⁸ Die Atmosphäre in der Koalition, die durch Querschüsse aus den Reihen des Kabinetts immer wieder belastet worden war, wurde nach Gründung des Kreßbronner Kreises merklich besser.⁵¹⁹ Das Gremium wirkte sich „günstig auf das Klima innerhalb der Koalition“ aus. Es prägte die stabilste Phase der Großen Koalition.⁵²⁰ Die Partner fanden nun zu einer loyalen Zusammenarbeit, deren Stil sich von dem der CDU/CSU-FDP-Koalitionen dadurch abhob, dass die Konflikte nicht mehr in der Öffentlichkeit, sondern unter der „Decke der Diskretion“ ausgetragen wurden.⁵²¹ Der positive Einfluss des Kreises wird besonders daran deutlich, dass der Erfolg der Vorhaben oft größer war, wenn ein Thema vorher dort behandelt worden war.⁵²² Der Koalitionsausschuss garantierte zwar keinen positiven Effekt, förderte ihn jedoch. Die Aufstellung der Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten und des Bundestagspräsidenten belegt jeweils, wie notwendig eine Abstimmung im Koalitionskreis gewesen wäre. In beiden Fällen gingen die Bündnispartner von vorneherein eigene Wege. Die Folgen waren jeweils ausgesprochen negativ für die Koalition.⁵²³

⁵¹⁶ Brandt an Wehner, 29. 6. 1968, AdsD, WBA, A7/9. Mit diesem Fall beschäftigte sich daraufhin am 4. 7. 1968 das SPD-Präsidium, Protokoll, AdsD, SPD-PV.

⁵¹⁷ So Heck am 29. 12. 1967 vor CDU-Chefredakteuren, ACSP, NL Strauß, Fam/1152.

⁵¹⁸ Neumaier, Pannenhilfe der Koalition, in: *Publik* vom 20. 12. 1968, S. 4; Kroegel, Einen Anfang finden!, S. 182 u. 184.

⁵¹⁹ Möller, Genosse Generaldirektor, S. 377; ähnlich: Hildebrand, Von Erhard zur Großen Koalition, S. 383.

⁵²⁰ Ebd., S. 273.

⁵²¹ Knorr, Der parlamentarische Entscheidungsprozeß, S. 142.

⁵²² Gassert, Kiesinger, S. 577.

⁵²³ Bei beiden Wahlen standen sich CDU/CSU und SPD nicht als Partner, sondern als Gegner gegenüber – mit allen Folgen für das Koalitions-klima. Zur Bundespräsidentenwahl vgl. Baring, Machtwechsel; zur Wahl Kai-Uwe von Hassels zum Nachfolger Eugen Gerstenmaiers zum Präsidenten des Bundestages vgl. Speich, Hassel, S. 398f.

Entscheidungsprozesse wurden durch den Kreßbronner Kreis effizienter.⁵²⁴ Der Kreis funktionierte auch deshalb so gut, weil er durch die kleine Anzahl der Mitglieder effektiver arbeitete als jedes andere Gremium der Koalition.⁵²⁵ Sein Einfluss gründete dabei auf dem politischen Gewicht der in ihm vertretenen Parteiführer und ihrer persönlichen Durchsetzungskraft in ihren Partei-, Parlaments- und Regierungsgremien.⁵²⁶ Der Koalitionsausschuss stellte „substantiell ein Parteigremium dar“ und wurde von der Ministerialbürokratie als solches angesehen.⁵²⁷

Während der Kreßbronner Kreis bis Ende 1967 nur fünfmal zusammentrat,⁵²⁸ erlebte er seine große Blütezeit im darauffolgenden Jahr. Zwischen 11. Januar und 11. Dezember 1968 trafen sich die „Kreßbronner“ 29-mal, also während der Sitzungswochen fast wöchentlich. Bis zur Wahl des 6. Deutschen Bundestages am 28. September 1969 waren es lediglich noch sechs weitere Treffen. Die Koalitionspartner hatten sich im Kreis zwar am 26. März 1968 geeinigt, dass sie die Koalition bis zu den Bundestagswahlen 1969 fortsetzen wollten, mit dem Näherücken des Wahltermins wurden die Sitzungen des Kreßbronner Kreises aber immer schwieriger.⁵²⁹ Die Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Koalitionsparteien waren ausgeschöpft.⁵³⁰ Auch waren alle gemeinsam geplanten Aufgaben erledigt.⁵³¹ Die Verstimmung der Union nach der Wahl des SPD-Politikers Gustav Heinemann zum Bundespräsidenten führte am 5. März 1969 dazu, dass sich die Koalitionspartner erst sieben Wochen nach diesem Ereignis wieder trafen.⁵³² Diese Maibesprechung war wichtig geworden, weil die Gegensätze in der Frage der D-Mark-Aufwertung unübersehbar geworden waren und eine Einigung gesucht werden musste, die allerdings nicht gelang.

⁵²⁴ Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, S. 268.

⁵²⁵ Kroegel, *Einen Anfang finden!*, S. 283.

⁵²⁶ Schönhoven, *Wendejahre*, S. 186; Zundel, *Akteure auf der Bonner Bühne*, in: *Die Zeit* vom 29. 12. 1967, S. 6.

⁵²⁷ Vermerk Ernsts für Abtl. I vom 31. 1. 1967, BAArch, BMI, B 106/92006; Kleßmann, *Zwei Staaten*, S. 208. Heck und Wehner nahmen an den Sitzungen des Koalitionsausschusses nicht in erster Linie als Bundesminister teil – beide hatten lediglich ein untergeordnetes Ministerium – sondern als (faktische) Generalsekretäre, vgl. Planitz, Helmut Schmidt rüstet zur Wahl, in: *Christ und Welt* vom 11. 8. 1967, S. 5.

⁵²⁸ Es dauerte immerhin über zehn Wochen, bis er das erste Mal zusammentrat. Im November und Dezember 1967 gab es lediglich fünf Treffen, auch deshalb, weil Kiesinger zwischenzeitlich in Indien war.

⁵²⁹ *Das Handelsblatt* vom 13./14. 12. 1968, S. 2; *Die Welt* vom 2. 6. 1969, S. 6; Brandt, *Begegnungen und Einsichten*, S. 181.

⁵³⁰ Knorr, *Der parlamentarische Entscheidungsprozeß*, S. 142. So hatten es ebenfalls bereits die *Nürnberger Nachrichten* vom 21./22. 12. 1968, S. 2, kommen sehen.

⁵³¹ Schmidt an Kiesinger, 23. 5. 1969, AdsD, WBA, A7/9.

⁵³² Die letzte Sitzung des Kreises am 21. 2. 1969 fand weniger als 14 Tage vor der Wahl in Berlin statt. Beide großen Parteien hatten einen eigenen Kandidaten aufgestellt. Mit den Stimmen der FDP wurde bei der bis heute spannendsten Bundesversammlung der Bundesjustizminister der Großen Koalition zum dritten Bundespräsidenten und Nachfolger Heinrich Lübkes gewählt. Der Ausgang der Bundespräsidentenwahl verschlechterte das Klima der Großen Koalition „entscheidend“, vgl. Wischnewski, *Leidenschaft*, S. 69.

Insgesamt trat der Kreßbronner Kreis 40-mal zusammen.⁵³³ Dies ist angesichts einer Zeitspanne von annähernd zwei Jahren und geplanten wöchentlichen Treffen nicht viel. Es gilt jedoch zu bedenken, dass selten Sitzungen während der Parlamentsferien, der Feiertage oder während des Urlaubs beziehungsweise der Abwesenheit von Kiesinger stattfanden. Es wurden zudem mehr Termine „ins Auge gefasst“, als tatsächlich zustande kamen.⁵³⁴

Kiesinger hatte Ende 1968 noch versucht, seinen guten Willen bezüglich des Kreßbronner Kreises zu zeigen. Schmidt bemängelte, wichtige Tagesordnungspunkte würden immer wieder vertagt. Sein Parteigenosse hatte auf die wachsende Restantenliste des Kreßbronner Kreises hingewiesen. Daraufhin unterstrich Kiesinger, dass der Koalitionskreis umso wichtiger sei, je näher die Wahl rücke.⁵³⁵ Nach der Bundesversammlung war es dann wieder Schmidt, unterstützt von Barzel,⁵³⁶ der auf die Einberufung des Kreßbronner Kreises drang: „So sehr ich allzu häufige und allzu lange Sitzungen vermieden sehen möchte, so wenig kann mich die gegenwärtige Spärlichkeit des Kontaktes befriedigen.“⁵³⁷ Diese letzte Feststellung gilt auch für die Vorgänge Ende April und Anfang Mai hinsichtlich der D-Mark-Spekulationen und der damit zusammenhängenden Kontroversen. Weitere Kontroversen stehen im Monat Juni offensichtlich bevor. Darüber hinaus halte ich eine materielle Verständigung über den Inhalt der Debatte am 17. Juni für unerlässlich.⁵³⁸ Dies sei auch gerade wegen des bevorstehenden Wahlkampfes nötig. Selbst wenn keine gemeinsamen Projekte mehr anstünden, könnten dennoch unvorhersehbare Ereignisse vorfallen. Die Fraktionsvorsitzenden schlugen vor, je eine Besprechung in den letzten drei Monaten Juli, August und September fest einzuplanen.⁵³⁹ Brandt hatte Kiesinger ebenfalls darauf hingewiesen, dass er für die Zeit nach Ende der Sitzungsperiode möglicherweise einen Tag im Monat für ein Koalitionsgespräch unter Einschluss der Fraktionsvorsitzenden verabreden wolle.⁵⁴⁰ Im Juli und September fanden allerdings keine Treffen statt.

Ein Gefühl des „relativen Unbefriedigtseins“⁵⁴¹ aller staute sich an und kam – wie dargelegt – im Wahlkampf gegen den Partner zum Ausdruck. Dementsprechend erging man sich in den letzten Beratungen am 2./3. und 10. Juni sowie 13. August 1969 verstärkt in gegenseitigen Anschuldigungen. So begann Kiesinger

⁵³³ 5-mal 1967 und 35-mal 1968 und 1969, vgl. Anhang.

⁵³⁴ So wurde am 11. 12. 1968 ausgemacht, dass ein erneutes Treffen für den 14. 1. 1969 anberaumt werde, der Termin kam aber nicht zustande. Auch der vom Bundeskanzler angeregte Vorschlag, sich „wie üblich“ – also am 8. 10. 1968 – zu treffen, ließ sich nicht realisieren, da Schmidt und Möller nicht in Bonn waren, vgl. Vermerk für Möller vom 4. 10. 1968, AdsD, Dep. Schüler/36.

⁵³⁵ Vermerk mit Betr.: Koalitionsgespräch am 26. 11. 1968, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-010.

⁵³⁶ Barzel an Kiesinger, 6. 5. 1969, BArch, NL Barzel, N 1371/273.

⁵³⁷ Bereits am 20. 12. 1968 hatte Schmidt an Kiesinger geschrieben, dass nur eine Sitzung des Kreises im Monat „für die Funktionsweise der Koalition Nachteile hätte“. (ACDP, NL Kiesinger, 01-226-007.)

⁵³⁸ Schmidt an Kiesinger, 23. 5. 1969, AdsD, WBA, A7/9.

⁵³⁹ Ebd.

⁵⁴⁰ Brandt an Kiesinger, 21. 5. 1969, in: Brandt, Demokratie, S. 185.

⁵⁴¹ Barzel in seiner Bundestagsrede am 6. 9. 1967, StenB BT, 5. WP, 119. Sitzung, S. 6044B; ähnlich Schmidt vor der Fraktion, vgl. *Vorwärts* vom 18. 3. 1968, S. 6.

das Treffen am 2. Juni 1969 damit, dass die Koalition in „ernster und schwieriger Situation“ sei. Danach beschwerte er sich über den SPD-Pressedienst, der gegen das Bündnis anschreibe.⁵⁴² Strauß war der Sitzung demonstrativ ferngeblieben.⁵⁴³

In der vorletzten Sitzung am 10. Juni 1969 beklagte sich Kiesinger über Schiller, der sich in seinen Äußerungen zur D-Mark-Aufwertung nicht an den Kabinettsbeschluss gehalten habe und „immer quer“ schieße. Brandt versprach daraufhin, mit dem Wirtschaftsminister zu reden. Am letzten Sitzungstag, dem 13. August 1969, wurde erneut die „Ausartung“ des Wahlkampfes moniert. Hauptsächlich wurde über gegenseitige Beschuldigungen gesprochen. Beide Partner warfen einander vor, sich unsachlich zu äußern und damit die Stimmung zu verderben. Kiesinger forderte, beide Seiten sollten persönliche Diffamierungen von Persönlichkeiten der anderen Partei unterbinden. In dieser Aussprache wurde offengelassen, ob noch einmal eine weitere einberufen werden sollte.⁵⁴⁴ Auch wenn dies nicht der Fall war, so fanden doch unter anderem aufgrund des Drängens von Schmidt⁵⁴⁵ noch Kabinettsitzungen statt.⁵⁴⁶

Funktionen und Arbeitsweisen

Der Kreis erfüllte im Laufe seiner Zeit mehrere Funktionen. Die erste und wichtigste war, dass er substantiell eine Art Clearing-Stelle für die Koalition darstellte.⁵⁴⁷ Die Debatte über inhaltliche Fragen nahm einen entscheidenden Platz ein. Am 14. Mai 1968 kam es zu einer Diskussion über die Meinungen von Strauß und Schiller zum Gesetzentwurf über die Publizitätspflicht von Unternehmen.⁵⁴⁸ Ebenso wie die Erörterungen zu den Themen „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“ oder „Verkauf von Leopard-Panzern an den Iran“ am 29. Juni 1968 zeigte der Austausch im Koalitionsausschuss darüber hinaus beiden Lagern, welche Haltung die Partner im Kabinett, die Fraktionen und die Parteien CDU, CSU und SPD dazu einnahmen.

Besonders bedeutsam war der Kreßbronner Kreis als Clearing-Stelle bei Ärgernissen zwischen den Koalitionspartnern. Die Artikel in der CSU-Zeitung *Bayernkurier* brachten die SPD so manches Mal gegen die CDU/CSU auf.⁵⁴⁹ Die Äuße-

⁵⁴² Handschriftliches Protokoll vom 2./3. 6. 1969, BArch, NL Carstens, N 1337/592.

⁵⁴³ Knorr, Der parlamentarische Entscheidungsprozeß, S. 154.

⁵⁴⁴ Barzel an die Mitglieder der CSU/CSU-Fraktion vom 13. 8. 1969: „Aus dem Kreßbronner Kreis, der heute – letztmals? – zusammentrat – ist nichts zu berichten.“ (BArch, NL Barzel, N 1371/83.)

⁵⁴⁵ Vermerk mit Betr.: Koalitionsgespräch am 13. 8. 1969, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-010.

⁵⁴⁶ Am 10. u. 23. 9. sowie 1. 10. 1969, vgl. Zeittafel 1966–1969 Bundeskanzler Dr. h. c. Kiesinger, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-320.

⁵⁴⁷ *Der Spiegel* vom 30. 6. 1969, S. 28; vgl. ebenfalls: Schönhoven, Wendejahre, S. 186.

⁵⁴⁸ Die Publizitätspflicht stellte die im Handelsgesetzbuch fixierte Pflicht von bestimmten Unternehmen dar, regelmäßig festgelegte und detaillierte Informationen zur Geschäftsentwicklung zu veröffentlichen.

⁵⁴⁹ So der Artikel gegen die Haltung der Bundesregierung gegenüber dem Atomwaffensperrvertrag (Sitzung am 5. 3. 1968); auch die Hetze gegen die SPD allgemein (besprochen am 24. 9. u. 26. 11. 1968). Besonders gern wurde dann von Seiten der Union auf „Hetzschriften“ der SPD gegen die CDU/CSU hingewiesen.

rungen von Günter Grass über den Bundespräsidenten und den Bundeskanzler auf dem Parteitag der SPD erregte bei den Christdemokraten Verärgerung (26. März 1968). Außerdem musste am 3. Dezember 1968 ein von den Sozialdemokraten als beleidigend aufgefasster Artikel des Bundestagsvizepräsidenten Richard Jaeger über Gustav Heinemann besprochen werden. Der Kreis bot den richtigen Rahmen, um über die Angriffe auf einen der Partner, wie beide Seiten sie mehrfach erlebten,⁵⁵⁰ in ruhiger Runde zu sprechen. Dadurch konnten Schlammschlachten zwischen den Koalitionären in der Öffentlichkeit verhindert werden. In den letzten Monaten vor dem Ende der Wahlperiode befasste sich der Ausschuss zunehmend mit solchen Vorwürfen.⁵⁵¹ Beide Seiten zeigten für die Verstimmungen Verständnis und gelobten immer wieder aufs Neue Besserung.⁵⁵²

Die Abstimmung zwischen Bundesregierung und der Fraktionsführung wurde durch den Koalitionskreis institutionalisiert. Dies vereinfachte die notwendige Koordinierungsarbeit sehr.⁵⁵³ So berichteten die Fraktionsvorsitzenden am 1. Oktober 1968 über die Meinungen innerhalb ihrer Fraktionen, ob als Kampfflugzeug für die Bundeswehr die „Phantom“ oder der „Starfighter“ zu bevorzugen sei.⁵⁵⁴ Daraufhin wurde darüber diskutiert, wie der Ausschuss die Koalitionsmitglieder im Bundestag überzeugend auf eine gemeinsame Linie festlegen könne. Wichtig war, dass dieses Überzeugen nicht durch Druck, sondern durch Argumente geschehen sollte. Die Fraktionen sollten – so wurde es im Kreßbronner Kreis vereinbart – durch Anreize gewonnen werden. In der Frage der Abschaffung des 17. Juni als Feiertag erläuterten Barzel und Schmidt am 6. Februar 1968 die Meinungen ihrer Fraktionen.

Die Fraktionsvertreter äußerten bisweilen ihren Unwillen über die Maßnahmen der Bundesregierung. So waren am 11. Januar 1968 Barzel und Schmidt verstimmt, weil Kiesinger sich nicht an die Regelung des Untersuchungsausschusses zum Projekt Schützenpanzer „HS 30“⁵⁵⁵ halte. Auch nach dem Beschluss des Agrarkabinetts zur Altersgeldaufstockung für Landwirte beschwerten sich beide am 10. De-

⁵⁵⁰ Kiesinger an Brandt, 19. 4. 1968, AdsD, HSA/5357.

⁵⁵¹ In der letzten Sitzung arteten die Vorwürfe aus, und die Beteiligten warfen sich gegenseitig vor, sich nicht an die getroffenen Abmachungen gehalten zu haben und keinen fairen Wahlkampf zu führen, vgl. Vermerk mit Betr.: Koalitionsgespräch am 13. 8. 1969, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-010.

⁵⁵² Kiesinger äußerte, Schiller müsse mehr Disziplin in seinen öffentlichen Äußerungen bezüglich der Frage der D-Mark Aufwertung üben, „sonst müsse er ihn förmlich darum bitten“. Brandt versprach daraufhin, er werde bald mit ihm sprechen, vgl. Vermerk mit Betr.: Koalitionsgespräch am 10. 6. 1969, ebd.

⁵⁵³ Gespräch Jost Küppers mit Kiesinger am 17. 11. 1980, Protokoll, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-305. Diese defensiven Bemerkungen sind den nachträglichen Verharmlosungsbemühungen geschuldet, vgl. Gassert, Kiesinger, S. 579.

⁵⁵⁴ Vgl. auch: Vermerke Guttenbergs für Kiesinger vom 7. u. 21. 10. 1968, BArch, NL Guttenberg, N 1397/91. Die Informationen gingen allerdings nicht nur aus den Fraktionen in den Kreis, sondern über die Berichterstattung ihrer Vorsitzenden in der Fraktionssitzung auch zurück in die Fraktionen, so dass diese über die Diskussionen im Koalitionsausschuss ebenfalls informiert wurden, vgl. auch: Kap. II.4.

⁵⁵⁵ Im 1. UA sollte geprüft werden, ob bei Vertragsschluss und Abwicklung des Projektes Schützenpanzer „HS 30“ Unregelmäßigkeiten vorgekommen waren, PA-DBT 3315, 5. WP.

zember 1968 bei der Bundesregierung, weil der Beschluss vorher nicht mit den parlamentarischen Koalitionsvertretern abgestimmt worden war. Ähnlich lautete die Kritik der Fraktionsvorsitzenden anlässlich der Vorträge zum Städtebauförderungsgesetz und des von der Bundesregierung beschlossenen Amnestieprogramms für politische Straftaten.

Die Abstimmung zwischen den Positionen der Parteien gelang bei der Neufassung des Kartellgesetzes am 22. Oktober 1968 und beim Punkt „Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre“ am 25. Juni 1968. In beiden Fällen konnten Irritationen zwischen den Parteien ausgeräumt werden.

Sehr häufig wurden Personalfragen behandelt, die Berufung eines Botschafters in Belgrad (5. März 1968) ebenso wie die Bestellung eines neuen Präsidenten der Deutschen Pfandbriefanstalt (12. März 1968) und des Kohlebeauftragten (25. Juni 1968). Oder es wurde erörtert, wie der dritte Zerstörer der Bundeswehr genannt werden sollte (7. Mai 1968).⁵⁵⁶ Darüber hinaus wurde im Kreßbronner Kreis über potentielle Probleme nachgedacht, um Lösungsmöglichkeiten bereits im Vorfeld zu entwickeln. So äußerte man anlässlich der Wahl des neuen Bundespräsidenten, zu der die beiden Koalitionspartner verschiedene Kandidaten aufgestellt hatten, die Furcht, dass das Ansehen des zurückgetretenen Bundespräsidenten Heinrich Lübke und des Kandidaten für das Amt beschädigt werden könne. Heck schrieb an den Regierungssprecher, Staatssekretär Diehl: „Im Kreßbronner Kreis sind neulich Besorgnisse darüber laut geworden, daß wegen und über das ganze Drum und Dran mit der Wahl des neuen Bundespräsidenten hämisch und spöttisch letztlich destruktiv über Rundfunk und Fernsehen berichtet werden könne, dies insbesondere über die Faschingszeit. Wir waren uns einig, daß man den Versuch machen sollte, schon jetzt die Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten und das ZDF auf diese Gefahr aufmerksam zu machen, mit der Bitte, dahin zu wirken, daß alles, was mit der Wahl des Bundespräsidenten zusammenhängt, in einer sachlichen und würdigen Form behandelt wird.“⁵⁵⁷

Auch beim Thema, wie sich der beginnende Wahlkampf auf die Koalition auswirken könnte (15. und 22. Oktober 1968), wurde präventiv gedacht. Dazu wurde ein Gentleman's Agreement getroffen, damit die sachliche Arbeit der Koalition nicht unter dem Wahlkampf leiden müsse, so Kiesinger. Es wurde zu verhindern versucht, dass ein Abgeordneter der NPD Alterspräsident werde, falls diese rechts-extreme Partei in den Bundestag kommen sollte (13. August 1969).⁵⁵⁸

⁵⁵⁶ In einem Vermerk vom 9.5.1968 berichtete Carstens an Kiesinger, er habe „Schröder heute über das Koalitionsgespräch vom 7.5.1968 unterrichtet. Es gebe noch keine Vorentscheidung, wie das Schiff heißen solle und im Übrigen habe er [Carstens] die Absicht, bevor er eine Entscheidung treffe, mit Herrn Abg. Schmidt und eventuell weiteren Herren der SPD-Fraktion zu sprechen.“ (BArch, BKA, B 136/3751.)

⁵⁵⁷ Heck an Diehl, 25.10.1968, ACDP, CDU-Bundespartei, 07-001-030/1. Bereits am 30.1.1968 war in der SZ, S. 4, despektierlich über Lübke geschrieben worden. Dies wurde noch am selben Tag im Kreis diskutiert.

⁵⁵⁸ Da die NPD einen sehr alten Kandidaten hatte, wurde die Berliner CDU gebeten, einen noch älteren zu nominieren, damit auf jeden Fall „ein Demokrat“ die Stellung des Alterspräsidenten bekommen würde. Zu diesem Vorgang vgl. Vermerke von Carstens für Kiesinger vom 20.8. u. 11.11.1969, BArch, BKA, B 136/3753. Da die NPD mit 4,3% den Einzug in den Bundestag 1969 knapp verfehlte, blieb diese Debatte gegenstandslos.

Dass die Mitglieder sich im Kreis treffen wollten, um Probleme gar nicht erst entstehen oder zumindest nicht gravierend werden zu lassen, wird auch in einem Brief von Schmidt deutlich. Dieser schrieb im Oktober 1968 an Kiesinger und Barzel, die sich abzeichnenden Konflikte in der Koalition wegen der Finanzverfassungsreform sollten im nächsten Kreßbronner Kreis besprochen werden, damit sie beigelegt werden könnten, bevor sie sich ausweiteten.⁵⁵⁹ Im Sommer 1968 hatte der sozialdemokratische Fraktionsführer darum gebeten, dass keine wesentlichen verteidigungspolitischen Entscheidungen ohne die Gelegenheit zum gemeinsamen Gespräch im Kreßbronner Kreis fallen sollten.⁵⁶⁰

Immer wieder spielte die Öffentlichkeit eine bedeutende Rolle für den Kreßbronner Kreis. Insbesondere die veröffentlichte Meinung wurde von den Teilnehmern sehr ernst genommen und sie versuchten, darauf zu reagieren.⁵⁶¹ Barzel beklagte sich am 10. Dezember 1968, dass die Öffentlichkeit nicht ausreichend über die Erhöhung der Kriegsofferleistungen um 850 Mio. DM im Januar 1967 informiert worden sei. Deshalb solle das Presseamt entsprechende Schritte zur Aufklärung unternehmen. Wehner und Schmidt unterstrichen diesen Vorschlag. Am 5. März 1968 wurden Aussagen in der *Süddeutschen Zeitung* über einen angeblichen Krach zwischen Kiesinger und Brandt besprochen.⁵⁶² Auch als sich eine größere Zahl von unerledigten Punkten dieser Art angesammelt hatte, wurde in diesem Gremium darüber gesprochen (26. November 1968).

Als gegen die Notstandsgesetzgebung zu einer Großdemonstration am 11. Mai 1968 aufgerufen worden war, bestand vier Tage vor dem Termin im Koalitionskreis Einigkeit, dass die deutsche Öffentlichkeit über Gang und Inhalt der Notstandsvorlagen „ganz unzulänglich und teilweise falsch unterrichtet“ sei.⁵⁶³ Daher sei es zweckmäßig, dass die Bundesregierung noch vor den Massenkundgebungen eine Erklärung abgebe. Der Kreis fasste dazu genaue Modalitäten ins Auge. Der Inhalt der Erklärung sollte im Kabinett abgestimmt werden. Weitere Einzelheiten sollten Barzel und Schmidt regeln.

Der Gesprächsbedarf erstreckte sich darüber hinaus auf die Weitergabe an Informationen. Am 1. Oktober 1968 fragte Schmidt den Bundeskanzler, wie er den Besuch Charles de Gaulles beurteile, und Brandt berichtete über die Absichten Belgiens, Vorschläge zu einer Intensivierung der Westeuropäischen Union vorzulegen. Barzel fragte den Außenminister, welche Haltung er beim Gespräch mit US-Außenminister Dean Rusk in New York einnehmen werde. Ferner berichtete

⁵⁵⁹ Schmidt an Barzel/Kiesinger, 18. 10. 1968, BArch, NL Barzel, N 1371/257.

⁵⁶⁰ Schmidt an Kiesinger, 22. 7. 1968, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-007; hier im Fall des Bundeswehr-Weißbuches und der „Phantom“.

⁵⁶¹ Z. B. als in der Welt stand, dass der BND über Ereignisse in der ČSSR rechtzeitig Kenntnis hatte, aber angewiesen worden sei, diese nicht weiterzugeben, wurde der Bundeskanzler aufgefordert, dazu Stellung zu beziehen, vgl. Sitzung am 23. 8. 1968, Vermerk mit Betr.: Koalitionsgespräch, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-010.

⁵⁶² SZ vom 5. 3. 1968, S. 1.

⁵⁶³ Bereits im Dezember 1967 hatte die Bundesregierung eine Informationsbroschüre zum Thema „Notstandsgesetzgebung“ herausgebracht, um die Bevölkerung aufzuklären, vgl. Tatsachen und Meinungen. Diese Maßnahme scheint nicht ausreichend gewesen zu sein.

Brandt über seinen Besuch bei Heinrich Lübke, der die Einberufung der Bundesversammlung Ende April und die Amtsübergabe Ende Juni 1969 wünschte.

Am 5. März 1968 berichtete Kiesinger über ein Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter Semjon Zarapkin vom 1. März 1968, am 3. Dezember 1968 gab Brandt über die Gespräche seines Botschafters Egon Bahr mit der Sowjetunion Mitteilung. Am 25. Juni 1968 wurde vereinbart, dass der Koalitionskreis zwischen dem 19. und dem 31. August über das Ergebnis der MifriFi unterrichtet werden sollte. Der Bundeskanzler lud hierzu für den 23. August 1968 ein,⁵⁶⁴ und der Kreis wurde informiert. Vor der Großdemonstration am 11. Mai 1968 gegen die Notstandsgesetzgebung berichtete Innenstaatssekretär Karl Gumbel im Koalitionsausschuss über die Sicherheitsmaßnahmen.

Der Ausschuss konnte auf den verschiedensten Gebieten Kompromisserfolge herbeiführen. Erst das Koalitionsgremium erreichte eine Einigung über die Selbstbeteiligung der Rentner an der Krankenversicherung.⁵⁶⁵ In der Frage der Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfall rettete der Kreßbronner Kreis die Situation:⁵⁶⁶ Angesichts der sehr unterschiedlichen Vorstellungen konnte nur noch eine Klärung bringen.⁵⁶⁷ In den Diskussionen steckten die Teilnehmer für alle Beteiligten die Grenzen des Zumutbaren ab und bereinigten die Unstimmigkeiten. Schließlich einigten sie sich unter anderem auf die Summe, die die Lohnfortzahlung kosten durfte (21. Februar 1969). Ohne die klärenden Aussprachen wäre die Lohnfortzahlung nicht zustande gekommen.

In der Frage der Kriegsopferversorgung stimmten sich die Parteien mehrmals im Kreßbronner Kreis ab, um zu einer einheitlichen Auffassung zu gelangen.⁵⁶⁸ Als Beispiele dafür, was dieses „in historischer Perspektive dringend benötigte Informationszentrum“⁵⁶⁹ leistete, nannte der als Erster Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion an den Sitzungen teilnehmende Alex Möller drei „sicher nicht weltbewegende“ Gesetze, die erst durch den Kreßbronner Kreis zustande gekommen seien: das Gesetz zur Ergänzung der handelsrechtlichen Vorschriften über die Änderung der Unternehmensform, ein Gesetz über steuerliche Maßnahmen bei Änderung der Unternehmensform und ein Gesetz über die Rechnungslegung von bestimmten Konzernen.⁵⁷⁰

Die Kompromisse wurden in den meisten Fällen gefunden, indem die Teilnehmer weniger über die anstehenden Themen en détail diskutierten, vielmehr den Fahrplan absteckten, Expertenkommissionen einsetzten und den groben Rahmen vorgaben. Am 24. September 1968 regte der Kreßbronner Kreis ein Gespräch der Fraktions-

⁵⁶⁴ Carstens an Möller, 13. 8. 1968, BArch, NL Möller, N 1369/349.

⁵⁶⁵ Schönhoven, Wendejahre, S. 354; Vermerk mit Betr.: Koalitionsgespräch am 29. 6. 1968, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-010.

⁵⁶⁶ Müller, Sozialpolitik, S. 105. Zur Diskussion um die Lohnfortzahlung vgl. Schneider, Kunst des Kompromisses, S. 188–193.

⁵⁶⁷ Schönhoven, Wendejahre, S. 361; zu den Terminen vgl. den Anhang zu dieser Arbeit.

⁵⁶⁸ Barzel an Schmidt, 22. 10. 1968, AdSD, HSA/5079; Schneider, Kunst des Kompromisses, S. 186.

⁵⁶⁹ Ebd., S. 94.

⁵⁷⁰ Möller, Genosse Generaldirektor, S. 377f.; zur Diskussion im Kreßbronner Kreis vgl. die Sitzungen am 14. u. 21. 5. 1968, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-010.

spezialisten mit dem für Wohnungsbau und Städtewesen zuständigen Bundesminister Lauritz Lauritzen an, um das Städtebauförderungsgesetz gründlicher zu behandeln. Der 30. Januar 1968 brachte die Entscheidung, dass bezüglich der Aufhebung des 17. Juni als gesetzlichen Feiertag ein Gespräch zwischen Lücke, Heck, Wehner und Leber geführt werden sollte.⁵⁷¹ Ähnlich verfahren wurde am 29. August 1968 in der Frage der Erweiterung der Gesetzgebungskompetenz des Bundes auf dem Gebiet der Gesundheit. Die Mitglieder kamen überein, die Thematik solle von den Fraktionsvorsitzenden und den Experten im Oktober 1968 weiter behandelt werden. Der Bundeskanzler sollte bis dahin die beiden verantwortlichen Minister für Arbeit und Gesundheit um eine Aufstellung der Kosten des Gesetzes bitten.

Selten wurde, wie in der Kontroverse über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Kambodscha, der wirkliche Kompromiss im Kreis ausgehandelt. Für detaillierte Sachentscheidungen waren die Teilnehmer des Kreßbronner Kreises meist nicht kompetent genug.⁵⁷² Häufig dienten die Gespräche lediglich dazu, atmosphärische Störungen zu bereinigen.⁵⁷³ In der Hauptsache steckte der Kreis durch seine Diskussionen den Rahmen ab, in dem die Politik der Koalition betrieben wurde. Eine Super- oder Nebenregierung – wie von Seiten der DDR behauptet –⁵⁷⁴ konnte er nicht sein, weil er von vierunddreißig Monaten, die die Koalition währte, lediglich sechzehn arbeitsfähig war.⁵⁷⁵

Eine Funktion des Kreises war, die Prozesse der Entscheidungsfindung zu überwachen, dies machen besonders Reformen wie die Notstandsverfassung und der Leber-Plan deutlich.⁵⁷⁶ Im Ausschuss wurde über Schwierigkeiten und den Stand der Dinge gesprochen, so dass Maßnahmen ergriffen wurden, um das Gesetzgebungswerk zu einem guten Ende zu führen.

Wenn der Koalitionskreis Übereinkünfte traf, bedeuteten sie für die Abgeordneten keine bindende, aber eine „faktisch-politische Verpflichtung“.⁵⁷⁷ Als „Empfehlungen“ eines informellen Gremiums wurden die Abmachungen auch von Teilen der Presse gesehen.⁵⁷⁸ Der Kreßbronner Kreis konnte dabei meistens mit der Disziplin der Fraktionen rechnen. Was er beschloss, bestätigten in der Regel nachher die Abgeordneten der Koalition⁵⁷⁹ – allerdings oft mit weit reichenden Ände-

⁵⁷¹ Als dieses Gespräch nicht zustande kam, wurde am 6. 2. 1968 betont, das Gespräch solle „so schnell wie möglich geführt werden“, vgl. ACDP, NL Kiesinger, 01-226-010.

⁵⁷² Interview des Verfassers mit Schüler am 23. 2. 2006.

⁵⁷³ Soell, Fraktion und Parteiorganisation, S. 617 Anm. 69.

⁵⁷⁴ Lange, Das „Kleine Regierungsprogramm“, S. 1. In einer Einschätzung zum Kreis zeigte ein Beobachter seine „Kenntnis“, indem er den Ausschuss als „Kresborner Kreis“ bezeichnete, vgl. Zum Thema: Revanchismus, 26. 7. 1968, SAPMO-BArch, NL Glückauf, NY 4200/17.

⁵⁷⁵ Engelmann, Perceptions of the Great Coalition, S. 32. Zwischen 21. 2. und 9. 5. 1969 gab es keine Treffen, für die Zeit vom 11. 12. 1968 und 11. 2. 1969 waren die Sitzungen zweimal abgesagt worden, vgl. die Ausführungen Barzels in der CDU/CSU-Fraktionssitzung am 11. 2. 69, Protokoll, S. 1, ACDP, CDU/CSU-BTF, 08-001-1018/1.

⁵⁷⁶ Vgl. dazu: Kap. IV. 1 u. 2.

⁵⁷⁷ Benda, Verfassungsprobleme, S. 165; Rudzio, Informelle Entscheidungsmuster, S. 130.

⁵⁷⁸ So z. B. die SZ vom 4./5. 6. 1969, S. 1 f.

⁵⁷⁹ So den Kreßbronner Kompromiss zur Altersversorgung, der nach einer Diskussion angenommen wurde, vgl. SPD-Fraktionssitzung am 12. 3. 1968, Protokoll, AdsD, SPD-BTF, 5. WP/88.

rungen⁵⁸⁰. Und es gab durchaus Ausnahmen. So beschrieb der sozialdemokratische Fraktionsgeschäftsführer Frehsee bedeutenden Abgeordneten der SPD das Resultat einer „Nichteinhaltung einer Koalitionsabrede“: „Laut der in Fotokopie beiliegenden Mitteilung von Alex Möller wurde in dem Koalitionsgespräch im Palais Schaumburg am Dienstag, dem 26. März 1968,⁵⁸¹ vereinbart, den § 4 des Diätengesetzes 1968 nach dem Formulierungsvorschlag zu ändern, den Alex Möller in der Vorstandssitzung am 25.3. gemacht hat. Die CDU/CSU-Geschäftsführer Rasner und Wagner, mit denen ich wegen der Mitunterzeichnung laufend in Verbindung gestanden habe, erklärten sich außerstande, mit zu unterzeichnen: Sie würden die Zustimmung der Fraktion benötigen; diese trete jedoch nicht mehr zusammen. [...] Im Plenum haben CDU/CSU und FDP geschlossen gegen den SPD-Antrag gestimmt, er ist abgelehnt worden.“⁵⁸² Vor diesem Hintergrund kritisierte Schmidt am 26. November 1968, der Kreßbronner Kreis lasse es oft an der Verbindlichkeit seiner Entscheidungen fehlen.⁵⁸³

Die Wahlrechtsreform wurde nicht verabschiedet, obwohl sich der Kreis dafür ausgesprochen hatte. Sieben Mal diskutierte der Koalitionskreis dieses Thema. Bereits im August 1967 erklärte Kiesinger, dass diese Reform „in Angriff genommen wird“.⁵⁸⁴ Im Januar 1968 einigten sich die Spitzenpolitiker auf die Einführung eines Mehrheitswahlrechts für die übernächste Bundestagswahl. Die Prüfung eines Übergangswahlrechts hatte dagegen nicht zu einem positiven Ergebnis geführt.⁵⁸⁵ Am 29. Juni 1968 kam der Kreis überein, dass das Wahlgesetz noch für die Wahl 1969 wirksam werden sollte – obwohl die Reform durch den Beschluss des SPD-Parteitages von Nürnberg im März bereits als gescheitert galt.⁵⁸⁶

In der Frage des Nichtverbreitungsvertrages für Atomwaffen wurde im Koalitionsausschuss eine Entscheidung immer wieder vertagt. Vor einer endgültigen Beschlussfassung, so wurde am 26. März 1968 entschieden, sollte ein Gespräch im Koalitionskreis geführt werden; dazu kam es nicht. Über das Städtebauförderungsgesetz wurde nur dreimal beiläufig gesprochen, wenn auch einmal eine Gesprächsrunde der Fraktionsspezialisten angeregt worden war. Obwohl Bundesminister Lauritzen bemerkte, die wichtigsten Streitigkeiten mit den CDU-Experten aus der Fraktion seien beigelegt, und Barzel äußerte, dass die Zustimmung des Bundestages sicher sei, kam das Gesetz nicht zustande.⁵⁸⁷

⁵⁸⁰ Strobel, Kreßbronner Motor, in: *Die Zeit* vom 5. 7. 1968, S. 5.

⁵⁸¹ Vermerk mit Betr.: Koalitionsgespräch am 26. 3. 1968, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-010.

⁵⁸² Frehsee an den Vorsitzenden, die stellvertretenden Vorsitzenden und die Parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion vom 28. 3. 1968, AdsD, HSA/5079.

⁵⁸³ Schmidt im Interview, in: Rudzio, *Regierung der informellen Gremien*, S. 357.

⁵⁸⁴ SZ vom 30. 8. 1967, S. 1; die NZZ vom 1. 9. 1967, S. 1, kommentierte bereits, eine wachsende Abneigung beider Parteien gegen ein neues Wahlrecht werde diese Reform verhindern. Zu den Terminen vgl. Anhang.

⁵⁸⁵ Anhang 1 zur Mitschrift Carstens vom 11. 1. 1968, BArch, NL Carstens, N 1337/586.

⁵⁸⁶ Bei der Wahlrechtsreform setzte sich in Nürnberg die Parteibasis der SPD gegen ihre Führung durch. Diese hatte monatelang im Parteiorgan Vorwärts prominente Sozialdemokraten Propaganda für das Mehrheitswahlrecht machen lassen. Die Basis hatte dies aber nicht beeindruckt, vgl. Koch, Brandt, S. 303. Zur Wahlrechtsfrage und deren Scheitern vgl. Schönhoven, *Scheitern der Wahlrechtsreform*.

⁵⁸⁷ Schneider, *Kunst des Kompromisses*, S. 186.

Der Koalitionsausschuss konnte nur im Zusammenspiel mit den Fraktionen agieren. So wollte Barzel die Diskussion im Kreßbronner Kreis über die Abschaffung des 17. Juni als Feiertag noch hinausschieben, weil in dieser Frage die Meinungsbildung unter den Abgeordneten noch im Gange sei. Er werde nun auf einen Abschluss der Diskussion drängen, die mit großer Wahrscheinlichkeit mit einer Beibehaltung des 17. Juni als Feiertag enden werde.⁵⁸⁸

Im Kabinett wurden bisweilen Entscheidungen vertagt, damit vor einem endgültigen Beschluss eine Erörterung im Ausschuss stattfinden konnte.⁵⁸⁹ Auch die Fraktionen wollten, dass in bestimmten Fällen zunächst im Koalitionsgremium eine Debatte geführt und dann erst in einer Sitzung der Bundesregierung diskutiert würde.⁵⁹⁰ Einzelne Bündnismitglieder sprachen sich immer wieder dafür aus, konkrete Themen im Kreßbronner Kreis zu behandeln.⁵⁹¹ Der Abgeordnete Wilhelm Schmidt (Wuppertal) bezeichnete den Kreßbronner Kreis sogar als „allerhöchste Ebene“.⁵⁹² Will Rasner betonte vor seiner Fraktion, dass seine Partei in der Frage der Kriegsofferrenten die SPD aufgefordert habe, keine Entscheidung zu treffen, bevor nicht noch einmal im Kreis darüber gesprochen worden sei.⁵⁹³

Der Koalitionskreis tauschte sich bisweilen über Themen aus, die nicht in seinem Bereich lagen. Als beispielsweise die SPD in Baden-Württemberg sich im „Kehler Beschluss“ gegen eine Koalition mit der CDU wandte, wurde am 21. Mai 1968 darüber gesprochen, ob nicht Neuwahlen in diesem Bundesland angebracht seien.⁵⁹⁴ Obwohl keine Beschlüsse über die Köpfe der eigentlichen Entscheidungsträger hinweg gefasst, sondern lediglich Meinungen ausgetauscht wurden,

⁵⁸⁸ Barzel an Kiesinger, 4.4.1968, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-002. Zum „17. Juni“ vgl. auch: Sprechzettel für die Kabinettsitzung am 7.2.1968, TOP „17. Juni“, BAarch, Bestand Benda, N 1564/Ordner Persönliche Schreiben; Vermerk mit Betr.: Koalitionsgespräch am 6.2.1968, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-010.

⁵⁸⁹ Z. B. Kurzprotokollauszug der 145. Kabinettsitzung am 7.11.1968, TOP 5, BAarch, BMF, B 126/51815. Bevor das Kabinett über den Entwurf der Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfall entschied, sollte der Kreis noch einmal darüber sprechen, vgl. Vermerk mit Betr.: Koalitionsgespräch am 11.2.1969, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-010; vgl. auch: Vermerk mit Betr.: Koalitionsgespräch am 7.5.1968, ebd., Thema: Wehrstrafgerichtsbarkeit (Art. 96a des GG).

⁵⁹⁰ Wegen der zweiten MifriFi sollten die Gespräche im Koalitionsgremium beginnen, damit dann das Kabinett darüber beraten könne, vgl. Besprechungsvermerk vom 15.7.1968, AdsD, HSA/5076.

⁵⁹¹ So z. B. Collet in der SPD-Fraktionssitzung am 25.6.1968, Protokoll, AdsD, SPD-BTF, 5. WP/98; ebenfalls: Kurzberichte der Sitzungen des CDU/CSU-AK IV am 12.11.1968, u. Kurzberichte der Sitzungen des CDU/CSU-AK II am 26.11.1968, ACDP, CDU/CSU-BTF, 08-001-412/1.

⁵⁹² Schmidt (Wuppertal) in der CDU/CSU-Fraktionssitzung am 22.10.1968, Protokoll, S.39, ACDP, CDU/CSU-BTF, 08-001-1017/1.

⁵⁹³ So Rasner in der CDU/CSU-Fraktionssitzung am 16.10.1968, Protokoll, S.23, ebd.; auch sein Kollege Eugen Maucher äußerte sich positiv über den Kreis, CDU/CSU-Fraktionssitzung am 16.10.1968, Protokoll, S.24, ebd. Barzel hatte sich später ebenfalls dafür ausgesprochen, dieses Thema im Koalitionsausschuss zu klären, vgl. CDU/CSU-Fraktionssitzung am 12.11.1968, Protokoll, S.14, ACDP, CDU/CSU-BTF, 08-001-1017/2.

⁵⁹⁴ Es kam doch zu einer Fortsetzung der Großen Koalition unter Ministerpräsident Filbinger bis 1972; vgl. dazu: Conradi, Die SPD nach Kehl, in: *Express International* vom 22.7.1968, S.5, in: Flechtheim (Hrsg.), Dokumente der parteipolitischen Entwicklung, Bd.7, S.445-447; *Der Spiegel* vom 27.5.1968, S.25 u. 27f.

war der Koalitionsausschuss intern immer wieder in der Kritik.⁵⁹⁵ Barzel sprach sich vor der CDU/CSU-Fraktion dafür aus, dass der richtige Ort für Sachgespräche der noch tagende Parlamentsausschuss sei: „Ich empfinde es auf Dauer als einen unerträglichen Zustand, wenn irgendwo etwas schwierig wird, dann die sachverständigen Kollegen in den Keller zu hängen und zu sagen, ‚das besprechen wir jetzt erstmal auf ganz hoher Ebene mit dem Parteivorsitzenden, mit der Regierung, mit den Fraktionsvorsitzenden‘. Das ist ein unmögliches Verfahren.“⁵⁹⁶ Sein Stellvertreter äußerte sich ähnlich, als er vom Kreßbronner Kreis als einer „Verwischung und einer Vermischung von Exekutive und Legislative“ sprach, die „so nicht korrekt“ sei.⁵⁹⁷ Auf SPD-Seite beschwerte sich Schiller, dass die Kartell-Novelle statt im Kreßbronner Kreis im Kabinett hätte behandelt werden müssen.⁵⁹⁸ Obwohl diese Aussagen aufgrund des Kontextes⁵⁹⁹ zu relativeren sind, waren die Vorwürfe nicht aus der Luft gegriffen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die formelle Koalitionsrunde Kreßbronner Kreis von außerordentlicher Bedeutung für Regierungspraxis und Erfolg der Allianz war. Als wichtigstes Gremium zur Koordination zwischen den beiden Partnern, zwischen den CDU/CSU-SPD-Vertretern in Bundesregierung und Parlament hatte der Koalitionsausschuss einen wesentlichen Anteil an der positiven Bilanz der Großen Koalition.⁶⁰⁰ Dies gilt, obwohl der Ausschuss kein Beschluss- oder Entscheidungsorgan war, sondern Entscheidungen *vorzubereiten* und Kompromisse zu finden hatte.

5. Abstimmung mit den Regierungsparteien

Die Bundesrepublik wird als „Parteiendemokratie“ oder „Parteienstaat“ bezeichnet.⁶⁰¹ So sind Fraktionen die parlamentarische Vertretung der Parteien.⁶⁰² Die

⁵⁹⁵ Barzel beschwerte sich einmal am 3. 12. 1968, dass das gerade besprochene Thema nicht in den Koalitionskreis gehöre. Hierbei ging es um die Verunglimpfung Gustav Heinemanns durch Bundestagsvizepräsident Richard Jaeger.

⁵⁹⁶ Barzel in der CDU/CSU-Fraktionssitzung am 12. 11. 1968, Protokoll, S. 3, ACDP, CDU/CSU-BTF, 08-001-1017/2. Am 24. 12. 1967 hatte er sich im Interview mit *Echo der Zeit*, S. 2, allerdings noch gegen solche Vorwürfe mit den Worten gewehrt, Gespräche der Verantwortlichen seien nötig. Es gebe keine Koalition, die ohne so etwas auskommen könne.

⁵⁹⁷ CDU/CSU-Fraktionssitzung am 28. 5. 1968, Protokoll, S. 60, ACDP, CDU/CSU-BTF, 08-001-1016/2.

⁵⁹⁸ SPD-Präsidiums-Klausurtagung am 30./31. 10. 1968, Protokoll, S. 4, AdsD, SPD-PV.

⁵⁹⁹ Schiller war auf den Kreis nicht gut zu sprechen, da er ihm nicht angehörte. Barzel sowie Stücklen wollten ihre Fraktionen beschäftigen, die aufgrund der Abstimmungsmodalitäten nicht mehr so stark beteiligt waren.

⁶⁰⁰ Vgl. auch: Strauch, Bonn macht's möglich, S. 64.

⁶⁰¹ Vgl. u. a.: Schildt/Vogel (Hrsg.), Auf dem Weg zur Parteiendemokratie; Schefold, Deutschland als Parteiendemokratie, S. 413–428. Die Bundesrepublik sei „Parteienstaat“, wie sie Rechtsstaat oder Bundesstaat sei, so: Hennis, „Parteienstaat“ des Grundgesetzes, S. 26. Dazu grundsätzlich: Katz, A Theory of Parties, S. 1–16; Blondel, Introduction, S. 1–17. Zur Auslegung von Art. 21 des GG und seiner Bedeutung für die Bundesrepublik vgl. BVerfGE Bd. 20, S. 100f., u. Bd. 52, S. 82f.

⁶⁰² Hauenschild, Wesen und Rechtsnatur der parlamentarischen Fraktionen, S. 142.

Kabinettsmitglieder handelten faktisch als Repräsentanten ihrer Parteien. Deshalb war es wichtig, dass sie sich vor wichtigen Sachentscheidungen bei den obersten Parteigremien rückversicherten. In entscheidenden Fragen musste sogar die Zustimmung des obersten Beschlussorgans der Partei, des Parteitag, eingeholt werden.⁶⁰³

Helmut Schmidt sprach von einer Koordinierung der „vier Pole“ Fraktion, Parteivorstand, Bundesminister und Landesregierungen.⁶⁰⁴ Das CDU-Bundesvorstandsmitglied Fritz Hellwig verdeutlichte das große Gewicht der Parteien für den Erfolg der Großen Koalition: „Wird die von der SPD gestellte Mehrheit im Bundesrat mitziehen? Das ist die entscheidende Frage, wenn Sie an das Grundgesetz mit gewissen Änderungen herangehen wollen, wenn Sie die Finanzverfassung und die Wahlrechtsänderung machen wollen. Sie müssen das verpflichtende Wort nicht nur der SPD-Bundestagsfraktion, sondern auch der SPD als Partei [!] haben, daß sie auch auf der Landesebene und im Bundesrat mitziehen.“⁶⁰⁵ Es ist zu untersuchen, ob – und wenn ja, wie – die drei Parteien CDU, CSU, SPD⁶⁰⁶ Entscheidungen beeinflusst haben. Die Abstimmung der Politik von Bundesregierung und Bundestagsfraktionen mit ihren Parteien tritt dabei in den Vordergrund. Zunächst bedarf es einer Darstellung der Entscheidungsorgane der Parteien.

CDU: Auf dem 15. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands in Braunschweig vom 22. bis 23. Mai 1967 wurde aufgrund der bevorstehenden Verabschiedung des Parteiengesetzes durch eine grundlegende Satzungsreform eine neue Organisations- und Führungsstruktur geschaffen.⁶⁰⁷ Als wichtigste Maßnahme wurde der Bundesvorstand von 60 auf 30 Personen verkleinert.⁶⁰⁸ Allerdings urteilte dessen Mitglied Helmut Kohl, noch nach dem Braunschweiger Parteitag sei die Arbeit des Bundesvorstandes unbefriedigend ge-

⁶⁰³ Schuett-Wetschky, Richtlinienkompetenz, Teil I, S. 1921. So beispielsweise im Falle der Sozialdemokratie die Wahlrechtsreform auf dem Nürnberger Parteitag von 1968.

⁶⁰⁴ SPD-Fraktionssitzung am 12. 4. 1967, zitiert nach: Soell, Fraktion und Parteiorganisation, S. 619.

⁶⁰⁵ CDU-Bundesvorstandssitzung am 29. 11. 1966, in: Kiesinger: „Wir leben in einer veränderten Welt“, S. 413.

⁶⁰⁶ Schmidt war es in einem *Spiegel*-Interview vom 7. 7. 1969, S. 24, wichtig zu betonen, dass „Kiesinger in Wirklichkeit einer Koalition aus drei [CDU, CSU u. SPD] und nicht nur aus zwei [CDU/CSU u. SPD] Parteien vorgesessen hat“.

⁶⁰⁷ Schönbohm, CDU wird moderne Volkspartei, S. 65f.; Gesetz über die politischen Parteien vom 24. 7. 1967, BGBl. I 1967, S. 773; im Folgenden werden die drei – aufgrund des Parteiengesetzes – während der Großen Koalition geänderten Statuten genutzt, vgl. Statut der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Stand: 7. 11. 1968, in: Die CDU stellt sich vor, S. 44–55 (= CDU-Statut); Satzung der Christlich-Sozialen Union in Bayern, Stand: 1. 8. 1968, in: Politisches Jahrbuch der CDU und CSU 1969, S. 397–416 (CSU-Satzung); Organisationsstatut der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Stand: 21. 3. 1968, in: Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei, S. 485–492 (= SPD-Satzung). Die Mitglieder der Präsidien und Vorstände sind im Anhang dieser Arbeit aufgelistet.

⁶⁰⁸ § 33 des CDU-Statuts.

blieben.⁶⁰⁹ Das Gremium tagte unregelmäßig⁶¹⁰ und beriet vornehmlich über Parteiinterna.⁶¹¹

Das Präsidium wurde in der Großen Koalition ein wichtiges Gremium, was unter Konrad Adenauer nie der Fall gewesen war.⁶¹² Es traf sich im Durchschnitt monatlich, 1969 sogar nahezu wöchentlich.⁶¹³ Das Parteipräsidium war das maßgebliche Führungsgremium der CDU.⁶¹⁴ In ihm tauschten Kabinetts- und Fraktionsmitglieder Meinungen über die politischen Aufgabenfelder aus, und die Partei wurde in ihm über Vorhaben der Bundesregierung informiert.⁶¹⁵ Ansonsten befasste es sich hauptsächlich mit Parteiangelegenheiten.⁶¹⁶

Seit 1967 zeigten sich die Parteitage tatsächlich als zentrales politisches Entscheidungsorgan der Partei.⁶¹⁷ Während sie für die Partei bestimmend waren, ließen sie es an Anweisungen für die Bundestagsfraktion oder den Vorstand gänzlich fehlen.⁶¹⁸ Auf beiden CDU-Parteitag in der Zeit der schwarz-roten Koalition wurde die Politik der Regierung nicht behandelt. Der 15. Bundesparteitag in Braunschweig stand ganz im Zeichen der Debatte, wie das Amt des Generalsekretärs aussehen beziehungsweise wie das neue Statut beschaffen sein sollte. Der 16. Bundesparteitag vom 4. bis 7. November 1968 in Berlin beschäftigte sich vornehmlich mit dem neuen Aktionsprogramm.⁶¹⁹

Der Bundesausschuss der CDU bestand aus Vertretern der Kreis- und Landesverbände, dem Vorstand, den Vorsitzenden der Vereinigungen und der Bundesfachausschüsse. Er traf sich zweimal jährlich. Obwohl er zwischen den Parteitag offiziell oberste Instanz war, ging es in seinen Debatten ebenfalls lediglich um interne CDU-Angelegenheiten.⁶²⁰ Wie der Bundesvorstand wurde auch er auf dem Braunschweiger Parteitag verkleinert: von 200 auf 120 Mitglieder.⁶²¹

Außerhalb der Gremien besprachen sich Parteivertreter aus Bund und Ländern bei informellen Treffen. Darunter zählten die in unregelmäßigen Abständen stattfin-

⁶⁰⁹ Kohl, *Erinnerungen*, S. 237.

⁶¹⁰ Zu seinen Sitzungsterminen vgl. die Übersicht über die Protokolle, in: Kiesinger: „Wir leben in einer veränderten Welt“, S. XXXI–XXXIII.

⁶¹¹ Wie z.B. die Vorbereitung des Bundesparteitages am 4.12.1967, die Vorbereitung der Wahl eines Bundesschatzmeisters durch den Bundesausschuss am 29.1.1968 und die Verabschiedung des Etats der Bundespartei am 21.6.1968, in: Kiesinger: „Wir leben in einer veränderten Welt“, S. 750–756, 844–848 u. 926–941.

⁶¹² Bösch, *Adenauer-CDU*, S. 414.

⁶¹³ Herzog, *Die innerparteiliche Willensbildung*, S. 80.

⁶¹⁴ Haungs, *Christlich Demokratische Union*, S. 78f.

⁶¹⁵ Als Kiesinger das Präsidium informierte, dass die Bundesregierung dem Bundestag ein Gesetz über die Aufhebung des 17. Juni als gesetzlichen Feiertag zuleiten wolle, meldete Barzel für seine Person nachhaltigen Widerspruch gegen einen solchen Plan an, vgl. CDU-Präsidiumssitzung am 3.2.1967, Protokoll, ACDP, CDU-Bundespartei, 07-001-1401.

⁶¹⁶ Vgl. Protokolle der Sitzungen, ACDP, CDU-Bundespartei, 07-001-1401f.

⁶¹⁷ Schönbohm, *CDU wird moderne Volkspartei*, S. 64f.

⁶¹⁸ Müller, *Demokratische Willensbildung*, S. 74.

⁶¹⁹ 15. Bundesparteitag in Braunschweig. Niederschrift; 16. Bundesparteitag. Niederschrift.

⁶²⁰ Vgl. dazu: §§ 30–32 des CDU-Statuts; z.B. die Wahl von Kurt Schmücker zum Interimsschatzmeister der Partei am 20.2. und die Parteitagsvorbereitung am 1.10.1968, Protokolle, ACDP, CDU-Bundespartei, 07-001-023/3 u. -023/4).

⁶²¹ Schönbohm, *CDU wird moderne Volkspartei*, S. 65–67.

denden Aussprachen zwischen dem Bundeskanzler und den CDU/CSU-Ministerpräsidenten⁶²² sowie in einem um die Fraktionsvorsitzenden erweiterten Kreis⁶²³.

Der Abstimmung der Landespolitik diente die „Konferenz der Vorsitzenden der Landtags- und Bürgerschaftsfraktionen der CDU/CSU“, die Fraktionsvorsitzendenkonferenz. Sie war 1956 gegründet worden und trat in unregelmäßigen Abständen zusammen. Ihr Sitz war Düsseldorf.⁶²⁴ Während der Großen Koalition bemühte sich die Bundestagsfraktion besonders, den Kontakt zu den Landtagsfraktionen zu verstärken,⁶²⁵ wofür Ernst Müller-Herrmann zuständig war.⁶²⁶

Besondere Bedeutung in der Koordinierungsarbeit kam dem Parteivorsitzenden Kiesinger zu, der gleichzeitig das Amt des Bundeskanzlers innehatte. Auch wenn er nach außen hin nicht prinzipiell auf einer Personalunion von Kanzleramt und Parteivorsitz bestanden hatte,⁶²⁷ so wurde er doch am 23. Mai 1967 auf dem Braunschweiger Parteitag nach dem Verzicht Ludwig Erhards ohne Gegenkandidat zum dritten Bundesvorsitzenden der CDU (1967–1971) gewählt.⁶²⁸

Kiesinger verkündete zwar am Vorabend seiner Wahl vor den Delegierten, er „werde nicht als stumme Figur an der Spitze stehen“ und „diese Partei führen“.⁶²⁹ Allerdings pflegte er lediglich die Beziehungen zur Fraktion, dagegen kaum die zur CDU.⁶³⁰ Kiesinger konnte nicht mehr die unumschränkte Führungs- und Integrationsfigur der Union sein, weil er auch als Kanzler nicht dominierte. Somit wurde zwangsläufig ein weiterer Schritt in Richtung Selbstständigkeit der CDU getan.⁶³¹ Kiesingers Wahlergebnis auf dem Braunschweiger Parteitag zeigt, dass ihm keine nennenswerte innerparteiliche Konkurrenz gegenüberstand, die ihm den Anspruch auf den Parteivorsitz hätte streitig machen können. Trotzdem verfügte Kiesinger in der Partei über keine Hausmacht.⁶³² Ihm fehlten somit die Möglichkeiten, innerparteiliche Machtinteressen auszuspielen.⁶³³

Vor der Bundespräsidentenwahl 1969 berichtete der CDU-Landesvorsitzende von Rheinland-Pfalz, Helmut Kohl, dem CDU-Chef, die Stimmung für ihn, Kiesinger, sei in ganz Westdeutschland schlecht. Kiesinger habe eine zu große Distanz

⁶²² So am 8. 2. u. 29. 4. 1968 zu den Studentenunruhen, den Auswirkungen der Wahl in Baden-Württemberg und der Gemeindefinanzreform, vgl. Zeittafel 1966–1969 Bundeskanzler Dr. h. c. Kiesinger, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-320.

⁶²³ So am 5. 2. 1968, vgl. ACDP, NL Kiesinger, 01-226-320.

⁶²⁴ Mächler, CDU/CSU, S. 82f.

⁶²⁵ Vgl. die Ansprache Barzels auf dem 15. Bundesparteitag in Braunschweig, Niederschrift, S. 44.

⁶²⁶ Sitzung der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzendenkonferenz vom 23. 6. 1967, Protokoll, S. 1, ACDP, CDU-Bundespartei, 07-001-1636.

⁶²⁷ CDU-Präsidiumssitzung am 5. 1. 1967, Protokoll, ACDP, CDU-Bundespartei, 07-001-1401. Kleinmann meinte dagegen, die Personalunion sei von Kiesinger „bewußt und energisch angestrebt worden“, da er sein Gewicht in Partei, Kabinett und gegenüber dem Koalitionspartner vergrößern wollte. (Kleinmann, „Ich gehöre doch zu dieser Partei“, S. 504.)

⁶²⁸ Kiesinger erhielt eine Zustimmung von 94%, vgl. 15. Bundesparteitag in Braunschweig, Niederschrift, S. 178.

⁶²⁹ Hoff, Kiesinger, S. 147f.

⁶³⁰ Kleinmann, Geschichte der CDU, S. 304. Zu den Gründen: Korte, Konjunktoren des Machtwechsels, S. 843.

⁶³¹ Dedring, Adenauer-Erhard-Kiesinger, S. 290f.

⁶³² Kleinmann, „Ich gehöre doch zu dieser Partei“, S. 501.

⁶³³ Dedring, Adenauer-Erhard-Kiesinger, S. 329.

zur Partei.⁶³⁴ Seine Parteitätigkeit stand im Schatten Bruno Hecks, dessen Amt als Generalsekretär auf dem Parteitag von 1967 neu geschaffen worden war⁶³⁵ und dem Kiesinger die Parteiarbeit überlassen hatte⁶³⁶.

Als Kiesinger Vorsitzender der CDU wurde, war diese noch geschwächt durch das Ende der Ära Erhard. Gerade in der Anfangszeit musste er die auseinanderstrebende Partei wieder zusammenführen und ihre Flügelkämpfe unterbinden, wenn er erfolgreich sein wollte. Die Gegensätze innerhalb der eigenen Reihen zwischen Atlantikern und Gaullisten, Befürwortern einer Entspannungspolitik und „Kalten Kriegern“, Liberalen und Konservativen, Deutschnationalen und Christsozialen führten zu einer Zersplitterung der Union.⁶³⁷ Strauß sah den Übergang von Erhard zu Kiesinger als einen Erfolg an. Er sprach in einer Sitzung des CSU-Landesvorstands im Juni 1967 von einer Konsolidierung, die durch Kiesinger eingetreten sei.⁶³⁸ Dennoch wurden noch 1968 die innere Zerstrittenheit und die Führungslosigkeit der CDU beklagt,⁶³⁹ obwohl es gerade unter den Bedingungen der Großen Koalition einer handlungsfähigen Bundespartei bedurfte.⁶⁴⁰

Aufgrund der großen Schnittmenge zwischen Mitgliedern der Bundesregierung und des Bundestages einerseits und des Präsidiums und des Bundesvorstandes andererseits bestimmten zusammen mit den Landesfürsten über die ganzen 1960er-Jahre hinweg Kabinett, Fraktion und Ministerpräsidenten die Richtung der Unionspolitik.⁶⁴¹ Zehn von elf Präsidiumsmitgliedern saßen im Bundestag, sei es auf der Regierungs- oder der Abgeordnetenbank. Nur der ehemalige Innenminister von Nordrhein-Westfalen und Fast-Bundesvorsitzende Josef Hermann Dufhues⁶⁴² war nicht auf Bundesebene tätig. Im Bundesvorstand waren von dreißig Mitgliedern sieben Landtagsabgeordnete oder Landesminister, drei waren Ministerpräsidenten, siebzehn weitere Personen waren Bundestagsabgeordnete oder Mitglieder der Bundesregierung.⁶⁴³ Zwei besaßen keine öffentlichen Ämter, hinzu kam Helmut Kohl, der als zukünftiger Ministerpräsident gehandelt wurde. Vertreter des Bundeskabinetts, des Bundestages und die Ministerpräsidenten dominierten mit einundzwanzig Vertretern den Bundesvorstand deutlich. Besonders

⁶³⁴ Kohl an Kiesinger, 12. 2. 1969, ACDP, NL Kiesinger, 01-226-005; vgl. auch: Kohl, Erinnerungen, S. 236.

⁶³⁵ Kleinmann, Geschichte der CDU, S. 266. Zum Tauziehen um den Posten des Generalsekretärs vgl. *Rheinische Post* vom 22. 5. 1967, S. 1f., u. vom 23. 5. 1967, S. 1, in: Flechtheim (Hrsg.), Dokumente der parteipolitischen Entwicklung, Bd. 6, S. 156–158.

⁶³⁶ Kleinmann, „Ich gehöre doch zu dieser Partei“, S. 510.

⁶³⁷ *Der Spiegel* vom 20. 3. 1967, S. 30f.

⁶³⁸ Strauß in der CSU-Landesvorstandssitzung am 30. 6. 1967, Protokoll, S. 20, in: Mintzel, Geschichte der CSU, S. 394; ders., CSU, S. 671f. Anm. 96; vgl. auch die Ausführungen von Strauß in der CSU-Landesvorstandssitzung am 24. 5. 1967, Protokoll, S. 2, ACSP, CSU-LV.

⁶³⁹ Pütz, CDU ohne Konzept?, S. 7.

⁶⁴⁰ So Barzel auf dem 15. Bundesparteitag in Braunschweig, Niederschrift, S. 64.

⁶⁴¹ Kleinmann, Geschichte der CDU, S. 259.

⁶⁴² Zunächst hatte Kiesinger an Dufhues für den Posten des Parteivorsitzenden gedacht, der es wahrscheinlich geworden wäre, wenn Kiesinger dann nicht doch beherzt nach dem Vorsitz gegriffen hätte, vgl. Gassert, Kiesinger, S. 566.

⁶⁴³ Inkl. Josef Stingl, der noch als Abgeordneter gewählt wurde, bevor er 1968 Präsident der Bundesanstalt für Arbeit wurde.

wichtig für die Willensbildung innerhalb der Partei war die Bundestagsfraktion. Sie war das „bestorganisierte und effektivste Gremium der CDU und somit in einer zentralen Position“.⁶⁴⁴

Die Abstimmung zwischen den CDU-Vertretern auf Bundes- und auf Länderebene erfolgte im Bundesvorstand. Dort saßen nicht nur die wichtigsten Kabinetts- und Fraktionsmitglieder, sondern überdies die vier Ministerpräsidenten sowie Vertreter aus Berlin, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Hessen.

CSU: Ihrem Selbstverständnis entsprechend war die Christlich-Soziale Union in Bayern ein selbstständiger Teil der Bonner Koalition.⁶⁴⁵ Die Landesvorstandsschaft⁶⁴⁶ stellte aufgrund ihrer Größe mehr ein Konsultativ- und Koordinierungs- als ein Führungsorgan dar, während die Führungsfunktion vom Landesvorsitzenden und dem Geschäftsführenden Vorstand beziehungsweise seit 1968 vom Präsidium wahrgenommen wurde.⁶⁴⁷ Nach dem Parteitag der CSU am 13./14. Dezember 1968, auf dem zum ersten Mal der Landesvorstand nach dem neuen Statut der CSU gewählt worden war, besaß er 39 Mitglieder, darunter 11 Bundes- und 19 Landespolitiker (zusammen 79 Prozent).⁶⁴⁸ Der Vorstand behandelte Bundesangelegenheiten, wie beispielsweise die Finanzverfassungsreform, traf dazu jedoch keine Entscheidungen. Der Geschäftsführende Vorstand setzte sich aus 15 Mitgliedern zusammen.⁶⁴⁹ Sowohl der Landesausschuss⁶⁵⁰ als auch die Landesparteitage behandelten hauptsächlich Parteiangelegenheiten und kaum die aktuelle Regierungspolitik. Die Landesversammlungen – so der Name der CSU-Parteitage – nahmen nicht maßgeblich am Willensbildungsprozess der Partei teil.⁶⁵¹ Franz Josef Strauß war als Vorsitzender der CSU (1961–1988) unumstritten und dominierend. Der ebenfalls fest im Sattel sitzende CSU-Landesgruppenchef Richard Stücklen war ihm gegenüber loyal – ebenso wie die Landesgruppe selbst.⁶⁵²

Als Entscheidungszentren der CSU sah Strauß die Fraktionen im Landtag und im Bundestag sowie die Kabinettsmitglieder.⁶⁵³ Für Stücklen bildeten das Parteipräsidium und der Landesvorstand nur insoweit Machtzentren der Partei, als die

⁶⁴⁴ Dedring, Adenauer-Erhard-Kiesinger, S. 312; Bösch, Adenauer-CDU, S. 411.

⁶⁴⁵ Waigel, Rolle der CSU-Landesgruppe, S. 109.

⁶⁴⁶ Die Landesvorstandsschaft tagte in unregelmäßigen Abständen 16-mal während der ersten Großen Koalition.

⁶⁴⁷ Mintzel, Geschichte der CSU, S. 122.

⁶⁴⁸ Mintzel, CSU-Parteitage, S. 381; für 1967 vgl. ders., CSU, S. 488f.

⁶⁴⁹ Mintzel, CSU, S. 678–685. Zur Parteiorganisation von 1967 vgl. ebd., Schaubild 24, S. 476. Die Sitzungsfrequenz und Bedeutung sind aufgrund der schlechten Quellenlage nicht mehr vollständig nachvollziehbar. Die Bedeutung des Präsidiums ist aber für das schwarz-rote Bündnis als nicht sonderlich wichtig einzuschätzen.

⁶⁵⁰ Der Landesausschuss tagte fünfmal während der Koalition: am 30. 6. 1967, 16. 3., 12. 7., 13. 12. 1968 u. 5. 7. 1969.

⁶⁵¹ Mintzel, CSU, S. 484.

⁶⁵² Finger, Strauß; Interview des Verfassers mit Ackermann am 9. 2. 2006. Strauß war bis zu seiner Berufung zum Bundesfinanzminister selbst Landesgruppenvorsitzender gewesen.

⁶⁵³ Mintzel, CSU-Parteitage, S. 381.

nationalen und regionalen Entscheidungsträger in Parlament und Regierung dort dominierten.⁶⁵⁴

Bei der jährlichen Klausurtagung von Landesgruppe und Parteileitung wurde der informelle Kontakt hergestellt. Die Beziehungen zwischen München und Bonn waren trotzdem nicht immer frei von Konflikten. Zum Leidwesen der Landespolitiker neigten die Politiker des Bundes mitunter dazu, ein „Bonner Bewusstsein“ zu entwickeln. Alle Vorsätze, die Koordination zu institutionalisieren, erlahmten nach einiger Zeit wieder, so dass es bei mehr zufälligen Kontaktaufnahmen blieb.⁶⁵⁵

Zusammenarbeit von CDU und CSU: Auf Bundesebene funktionierte die Koordination zwischen den beiden Schwesterparteien CDU und CSU aufgrund der institutionalisierten Kooperation recht gut. Die Kabinettsmitglieder der Unionsparteien besprachen ihr Vorgehen in den gemeinsamen Sitzungen der Minister mit dem Bundeskanzler und die Fraktionsangehörigen in den Besprechungen der CDU/CSU-Fraktion. Auf Parteiebene wurde die Vereinbarung getroffen, dass immer ein Mitglied aus der anderen Unionspartei bei den Vorstandssitzungen anwesend sein durfte. So beschloss der neu gewählte CDU-Bundesvorstand in seiner konstituierenden Konferenz Mitte Juni 1967, künftig zu allen Vorstandssitzungen den Vorsitzenden und den Generalsekretär der CSU als Gäste einzuladen. Heck wollte sich bemühen, an den Sitzungen des Landesvorstandes der CSU teilzunehmen.⁶⁵⁶

Zu den Sitzungen des CDU-Parteipräsidiums wurde ferner der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe eingeladen.⁶⁵⁷ Dafür konnte auch der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende in Parteigremien der CSU sprechen.⁶⁵⁸ Franz Josef Strauß, der bayerische Ministerpräsident Alfons Goppel und ihr Generalsekretär, Max Streibl, nahmen allerdings lediglich an sechs von achtzehn Besprechungen des CDU-Bundesvorstandes teil.⁶⁵⁹ Das Schwergewicht der praktisch-politischen Zusammenarbeit der Partner CDU und CSU lag auf der Ebene der gemeinsamen Bundestagsfraktion. Hier war der institutionelle Kern.⁶⁶⁰ Weil Strauß einen Kabinettsposten bekommen hatte, war er ein stabilisierender Faktor.⁶⁶¹

Obwohl die Kooperation zwischen den beiden Unionsparteien prinzipiell ganz gut war, kam es gelegentlich zu Spannungen, ja sogar zu einem „kritischen Verhältnis“⁶⁶², einer „kooperativen Konkurrenz“⁶⁶³. Die Große Koalition erschien

⁶⁵⁴ Interview mit Stücklen 1968, in: Mintzel, CSU-Parteitage, S. 381 f. Anm. 51.

⁶⁵⁵ Mühler, CDU/CSU, S. 69 f.

⁶⁵⁶ Heck an Strauß, 26. 1. u. 24. 7. 1967, ACSP, NL Strauß, BMF/336. Die Vereinbarung, sich gegenseitig zu den Vorstandssitzungen einzuladen, bestand faktisch bereits bei Beginn der Koalition.

⁶⁵⁷ Stücklen an Kiesinger, 8. 5. 1969, ACSP, CSU-LG, 5, WP/112.

⁶⁵⁸ Barzel an Kiesinger, 20. 9. 1968, BArch, NL Barzel, N 1371/77.

⁶⁵⁹ Teilnehmer an den Sitzungen des Bundesvorstands, in: Kiesinger: „Wir leben in einer veränderten Welt“, S. XXXV–XXXVII.

⁶⁶⁰ Mühler, CDU/CSU, S. 61 u. 82; § 49 des CDU-Statuts: „CDU und CSU bilden eine Arbeitsgemeinschaft“.

⁶⁶¹ Interview des Verfassers mit Ackermann am 9. 2. 2006.

⁶⁶² So Kiesinger in der CDU-Bundesvorstandssitzung am 16. 1. 1969, in: Kiesinger: „Wir leben in einer veränderten Welt“, S. 1317.

⁶⁶³ Mintzel, Rolle der CSU-Landesgruppe, S. 129.

gegen Ende der Amtszeit zunehmend nicht nur als ein Bündnis von zwei Bundestagsfraktionen, sondern vielmehr als eine Koalition von drei Parteien. Die CSU und ihr dem Kabinett angehörender Parteivorsitzender spielten in wachsendem Maße eine Sonderrolle, und der Bundeskanzler war dem nicht ausreichend gewachsen.⁶⁶⁴ Die CSU verursachte die meisten Probleme für das Koalitionsklima, wie Brandts Klage über die Kommentare des *Bayernkuriers* zu seiner Politik und vor allem der Streit über die Finanzreform zeigt.⁶⁶⁵

SPD: In der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands trat der Parteivorstand in der Regel alle vier Wochen freitagnachmittags zusammen. Er wählte zur Ausführung seiner Beschlüsse und zur laufenden politischen und organisatorischen Geschäftsführung der Partei aus seiner Mitte den Geschäftsführenden Vorstand. Dieses Parteipräsidium traf sich wöchentlich am Freitagnachmittag⁶⁶⁶ und bereitete die Sitzungen des Bundesvorstandes vor. Bei der SPD vollzog sich die Willensbildung hauptsächlich im Präsidium als der „Regierung der Partei“. Dieser Geschäftsführende Vorstand präjudizierte die Entscheidungen des Vorstandes und anderer Gremien.⁶⁶⁷ Er bildete somit zusammen mit dem Vorsitzenden und seinen beiden Stellvertretern das wichtigste politische Leitungsgremium.⁶⁶⁸ Vor dem Nürnberger Parteitag umfassten der Vorstand 32 und das Präsidium 10 Personen, danach zählte der Vorstand 34 Mitglieder, einschließlich der 3 Vorsitzenden, das Präsidium 11 Mitglieder.⁶⁶⁹

Die Diskussionen in den SPD-Parteigremien waren aufgrund der bisherigen Oppositionserfahrung – die Partei konnte nicht aus dem Kabinett oder Kanzleramt regiert werden –, deutlich stärker auf die Regierungsarbeit und damit verbundene Themen orientiert als die der Union. Das Schwergewicht der Beratungen lag zwar ebenfalls auf der Parteiebene,⁶⁷⁰ aber es wurden darüber hinaus viele wichtige Themen der Bundespolitik besprochen oder zumindest vorgestellt.⁶⁷¹ Dadurch gelang es Präsidium und Vorstand, die Pole Fraktion, Kabinett, Partei und Länder zu koordinieren. Den Parteigremien der Sozialdemokraten kam somit eine große Bedeutung zu.

Der Parteiausschuss der SPD hieß Parteirat und setzte sich aus wichtigen Vertretern von Bund und Ländern zusammen, um vor Beschlüssen des Vorstandes in grundlegenden Fragen der Innen- und Außenpolitik Entscheidungen zu treffen.

⁶⁶⁴ Schmidt, Bilanz, S. 283f.; FAZ vom 8. 7. 1969, S. 1.

⁶⁶⁵ Brandt an Barzel, 27. 6. 1969, in: Brandt, Demokratie, S. 186–188.

⁶⁶⁶ SPD-Präsidiumssitzung am 11. 1. 1967, Protokoll, AdsD, SPD-PV.

⁶⁶⁷ Dexheimer, Koalitionsverhandlungen, S. 111f.

⁶⁶⁸ Schönhoven, Wendejahre, S. 193.

⁶⁶⁹ Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei, S. 228; SPD-Präsidiumssitzung am 16. 3. 1968, Protokoll, AdsD, SPD-PV.

⁶⁷⁰ Vgl. z. B. die Präsidiumsthemen „Jungsozialisten“ am 27. 1. 1967 u. 21. 11. 1968 sowie die Diskussionen zu den Parteitagsvorbereitungen am 1. 12. 1967, 25. 1. u. 28. 2. 1968, Protokolle, AdsD, SPD-PV.

⁶⁷¹ Am 22. 11. 1968 berichtete Schmidt im Bundesvorstand über die Gesetzentwürfe zur Mitbestimmungsfrage, die ohne Diskussion zur Kenntnis genommen wurden. Am 25. 1. 1968 wurde der Parteivorstand über den Stand der Gesetzgebungsverfahren beim Leber-Plan, der Notstandsgesetzgebung, der Finanzreform und über die Wirtschaftslage informiert. Beraten wurde darüber aber nicht, vgl. Protokoll, AdsD, SPD-PV.

Zwischen den Parteitagen war der Parteirat das oberste Gremium. Er hatte unter anderem die Aufgabe, die Politik von Bund und Ländern aufeinander abzustimmen.⁶⁷²

Eine Besonderheit innerhalb der Sozialdemokratie war die Kontrollkommission. Dieses aus neun Mitgliedern bestehende Gremium wurde vom Parteitag gewählt und sollte die Arbeit des Vorstandes kontrollieren. In der Praxis spielte die Kontrollkommission eine untergeordnete Rolle.⁶⁷³ Einmal pro Quartal gab es eine gemeinsame Sitzung von Vorstand, Parteirat und Kontrollkommission.

Jeden ersten Freitag im Monat wurde eine Koordinierungsbesprechung zwischen dem Präsidium, den sozialdemokratischen Bundesministern, den Fraktionsvorsitzenden und einem Geschäftsführer der Fraktion abgehalten.⁶⁷⁴ In diesen Sitzungen im Erich-Ollenhauer-Haus, der Parteizentrale,⁶⁷⁵ konnte die Bundespolitik zwischen Partei, Kabinett und Fraktion abgestimmt werden.⁶⁷⁶ Es war nicht ungewöhnlich, dass sich die Partei mit der Fraktions- und Kabinettsarbeit beschäftigte.⁶⁷⁷ Bei wichtigen Ereignissen konnte es daneben zu einer außerordentlichen Sitzung des Partei- und Fraktionsvorstandes kommen.⁶⁷⁸

Wehner machte in einem Schreiben an Brandt Anfang 1967 darauf aufmerksam, dass die Leitung der Partei „zur Zeit mehr als mangelhaft“ sei. Auch sei „der Tatsache Rechnung zu tragen“, dass einige aus dem Führungskreis nicht mehr an der laufenden Arbeit der Bundestagsfraktion beteiligt seien.⁶⁷⁹ Daraufhin wurde dem Präsidium regelmäßig ein kurzer Bericht über die wichtigsten Arbeitsfelder der Bundesregierung, Fraktion und des Ollenhauer-Hauses gegeben.⁶⁸⁰

Während der Großen Koalition wurden SPD-Bundesparteitage⁶⁸¹ vom 17. bis 21. März 1968 in Nürnberg und vom 16. bis 18. April 1969 in Bad Godesberg⁶⁸²

⁶⁷² §§ 29–31 des SPD-Statuts.

⁶⁷³ § 32 des SPD-Statuts; Dittberner, Bundesparteitage, S. 23 Anm. 73.

⁶⁷⁴ SPD-Präsidiumssitzung am 11. 1. 1967, Protokoll, AdsD, SPD-PV; sowie Brandts Ausführungen am 17. 3. 1967 in der gemeinsamen Sitzung von SPD-Parteivorstand, Parteirat und Kontrollkommission, Protokoll, AdsD, SPD-PV. Diese Art von Koordinierungstreffen deckte sich mit der Forderung nach einem immer am ersten Dienstag im Monat stattfindenden Gespräch zwischen „SPD-Ministern und den übrigen Mitgliedern des Präsidiums der Partei mit dem ‚engeren Vorstand‘ der Bundestagsfraktion“, vgl. Vorbesprechung am 17. 1. 1967, Protokoll, AdsD, SPD-BTF, 5. WP/254. Die Begrifflichkeiten gehen etwas durcheinander. So berichtete Potthoff von „Vorsitzendenbesprechungen“ vor denen des Präsidiums. Eine Sitzung ist für den 28. 3. 1967 nachweisbar. (AdsD, SPD-PV; SPD-Fraktion. Sitzungsprotokolle, S. XCVIIf.)

⁶⁷⁵ Tageskalender Brandts von 1967, AdsD, WBA, A1/30.

⁶⁷⁶ Vgl. die Frage von Schmidt bzgl. der Sozialpolitik und ihrer Behandlung im Kabinett, SPD-Präsidiumssitzung am 30. 8. 1967, Protokoll, AdsD, SPD-PV.

⁶⁷⁷ So beispielsweise, als sie festlegte, dass die Minister und Staatssekretäre aufgefordert werden sollten, möglichst an den Sitzungen der Fraktion teilzunehmen, vgl. SPD-Präsidiumssitzung am 7. 4. 1967, Protokoll, AdsD, SPD-PV.

⁶⁷⁸ So z. B. im Falle des sowjetischen Einmarsches in der Tschechoslowakei, vgl. SPD-Parteivorstandssitzung am 27. 8. 1968, Protokoll, AdsD, SPD-PV.

⁶⁷⁹ Wehner an Brandt, 26. 2. 1967, AdsD, HWA/120. Zu den Schwierigkeiten nach der Übernahme des Ministeramtes und dem damit verbundenen eingeschränkten Parteieinsatz durch Wehner vgl. Meyer, Wehner, S. 339.

⁶⁸⁰ SPD-Präsidiumssitzung am 14. 4. 1967, Protokoll, AdsD, SPD-PV.

⁶⁸¹ Zur Zusammensetzung der Delegierten und deren Aufgaben vgl. Dittberner, Bundesparteitage, S. 19f. u. 125–127.

⁶⁸² Parteitag der SPD in Nürnberg 1968. Protokoll; Außerordentlicher Parteitag. Protokoll.

abgehalten. Die wichtigste Entscheidung in Nürnberg war, dass der Eintritt in die Bundesregierung nachträglich bestätigt wurde.⁶⁸³ Mit 173 zu 129 Stimmen fiel die Mehrheit für den Antrag von Brandt und Wehner bemerkenswert knapp aus.⁶⁸⁴ Im Vergleich zu vorherigen Parteitagten herrschte nicht mehr die demonstrative Geschlossenheit, vielmehr dominierten kritische Einwände gegen die Koalitionsentscheidung und die Kompromisse. Der Parteitag bekam dadurch eine ganz neue Prägung.⁶⁸⁵ Für die Wahlrechtsreform war auf dem Parteitag keine Mehrheit zu erreichen. Die Delegierten vertagten die Wahlrechtsreform⁶⁸⁶ und riskierten dadurch eine Koalitionskrise⁶⁸⁷ sowie einen Verlust an Ansehen für die Große Koalition in den Unionsreihen⁶⁸⁸. Von diesem Punkt abgesehen wurden zu allen wichtigen Sachthemen – wie Notstandsgesetzgebung, Leber-Plan, Finanzreform – Beschlüsse gefasst.⁶⁸⁹ Der Parteitag folgte dabei fast durchgehend den Vorstellungen des Vorstandes, der von den Mitgliedern des Kabinetts und der Bundestagsfraktion dominiert wurde. In Godesberg wurde 1969 zum ersten Mal seit langer Zeit wieder über das Verhältnis zwischen Bundestagsfraktion und Partei diskutiert.

In der SPD machte sich die „Dominanz der Bundestagsfraktion“ bemerkbar, der es in immer stärkerem Maße gelang, in die Parteigeschäfte „hineinzuregieren“.⁶⁹⁰ Dies geschah deshalb, weil zwischen der Partei- und der Fraktionsführung eine Personalunion bestand.⁶⁹¹ Dadurch ergaben sich zwischen den beiden Gremien lediglich geringe Meinungsverschiedenheiten.⁶⁹² Für die SPD galt, dass die Politik in den Ländern und in der Bundestagsfraktion in den meisten Fällen stark verflochten war. Häufig nahm ein Bevollmächtigter der Landesvertretung an den Arbeitskreissitzungen der Fraktion teil.⁶⁹³ Für die Beziehung zwischen der Partei und den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten war Bundesratsminister Carlo Schmid zuständig.⁶⁹⁴ Die Koordinierung der Arbeit der SPD-Fraktion mit der der sozialdemokratischen Landespolitiker wurde dem Nachfolger von Friedrich Schäfer im Amt des Parlamentarischen Geschäftsführers, Karl Wienand, übertragen.⁶⁹⁵

⁶⁸³ Antrag 378, in: Parteitag der SPD in Nürnberg 1968. Protokoll, S. 993f.

⁶⁸⁴ Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik, S. 444.

⁶⁸⁵ Schönhoven, Wendejahre, S. 233. Brandt sagte in seiner Schlussansprache auf dem SPD-Parteitag in Nürnberg 1968: „Dieser Parteitag hat [...] einen unverwechselbaren Platz in der Geschichte unserer Partei. [...] Wir haben die Kraft gehabt, Meinungsverschiedenheiten in aller Offenheit und in aller Öffentlichkeit auszutragen. Dies sind wahrhaftig Tage der Auseinandersetzung gewesen.“ (Protokoll, S. 948.)

⁶⁸⁶ Zur Wahlrechtsreform vgl. Schneider, Kunst des Kompromisses, S. 104–116; Schönhoven, Wendejahre, S. 235–267.

⁶⁸⁷ Stoltenberg, Erfolg der Großen Koalition, 332; Diehl, Zwischen Politik und Presse, S. 411f.

⁶⁸⁸ Kroegel, Einen Anfang finden!, S. 179.

⁶⁸⁹ Kundgebungen und Entschließungen des SPD-Parteitages in Nürnberg.

⁶⁹⁰ Schneider, Kunst des Kompromisses, S. 226 u. 270; Schroers, SPD zwischen Kabinett und Fraktion, S. 8.

⁶⁹¹ Knorr, Der parlamentarische Entscheidungsprozeß, S. 48.

⁶⁹² Besonders bei der Bildung der Großen Koalition, vgl. Nowka, Machtverhältnis, S. 115.

⁶⁹³ Böckenförde, Die innerparteiliche Willensbildung, S. 66–68; vgl. z. B.: Sitzung des SPD-AK VII am 28. 11. 1967, Protokoll, AdsD, SPD-BTF, 5. WP/1259.

⁶⁹⁴ Vgl. beispielsweise: Schmid an die SPD-Ministerpräsidenten vom 12. 6. 1968, AdsD, NL Schmid/1075.

⁶⁹⁵ Vgl. SPD-Fraktionssitzung am 21. 2. 1967, Protokoll, AdsD, SPD-BTF, 5. WP/55.

Die Position Willy Brandts als Parteivorsitzendem (1964–1987) war innerhalb der SPD ohne Konkurrenz.⁶⁹⁶ In seinem Amt wurde er zusätzlich durch die ständigen außenpolitischen Auseinandersetzungen zwischen ihm und Kiesinger⁶⁹⁷ sowie durch seine Reputation als Bundesaußenminister gestärkt.⁶⁹⁸ Der Parteivorsitzende befasste sich allerdings ungern mit Problemen der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik und überließ diese Themenfelder lieber Schmidt und anderen.⁶⁹⁹ In der Partei führte Wehner die Regie.⁷⁰⁰ Brandts Autorität innerhalb der Partei tat dies keinen Abbruch.

Um das Präsidium zu entlasten, wurde das Amt eines Bundesgeschäftsführers geschaffen. Brandt erhoffte sich durch den ersten Amtsinhaber Hans-Jürgen Wischnewski eine Verbesserung der Kommunikation zwischen Präsidium, Parteivorstand und Bundestagsfraktion sowie zwischen dem Ollenhauer-Haus und den regionalen Parteigliederungen. Die Einsetzung in das Amt fand am 31. Mai 1968 durch Präsidium und Vorstand statt.⁷⁰¹

Die Politik wurde zwar von Vertretern der Parteien gemacht, aber die Entscheidungen fielen nicht in deren Gremien. Selbst wenn ein Beschluss des Parteitages zustande kam, bedeutete dies noch nicht automatisch, dass die Bundespolitiker ihn umsetzten.⁷⁰² Heck drückte dies in der CDU-Bundesvorstandssitzung am 6. Mai 1968 eindrücklich so aus: „Wenn die Fraktion zu der Auffassung kommen sollte, daß ihre Entscheidung mit den Beschlüssen des Parteitags nicht in Einklang zu bringen ist, sollte wenigstens der Parteivorstand zwischengeschaltet werden.“⁷⁰³ Die Mitglieder der Bundesregierung und Koalitionsfraktionen hatten eine so starke Stellung in ihren Parteien, dass es ihnen gelang, ihre Parteien für ihren Standpunkt zu gewinnen – und nicht umgekehrt.⁷⁰⁴ Minister und Fraktionsangehörige holten nachträglich ihre Zustimmung von den Parteigremien ein.⁷⁰⁵ Für die Regierungspraxis war die Abstimmung von Bundesregierung und Regierungsfraktionen mit den Parteigremien somit nur von untergeordneter Bedeutung.

⁶⁹⁶ Wehner kam aufgrund seiner kommunistischen Vergangenheit nicht in Frage, Schmidt hatte sich noch nicht positioniert und konnte aufgrund seines Alters noch warten.

⁶⁹⁷ Walter, *Führung in der Politik*, S. 1304.

⁶⁹⁸ Schönhoven, *Wendejahre*, S. 196.

⁶⁹⁹ Ebd., S. 200.

⁷⁰⁰ Merseburger, Brandt, S. 487.

⁷⁰¹ Schönhoven, *Wendejahre*, S. 315–318.

⁷⁰² Dittberner, *Bundesparteitage*, S. 242.

⁷⁰³ Abgedruckt in: Kiesinger: „Wir leben in einer veränderten Welt“, S. 1358.

⁷⁰⁴ Carstens, *Politische Führung*, S. 218.

⁷⁰⁵ Interview des Verfassers mit Schmidt am 17. 11. 2005.